Stefan Fina, Bastian Heider

UNGLEICHES HESSEN

WIE KÖNNEN GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE ERREICHT WERDEN?

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Hessen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autor_innen

Stefan Fina ist im Rahmen einer gemeinsamen Berufung der RWTH Aachen University und des ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH Dortmund Professor für Analyse und Monitoring urbaner Räume und leitet den Bereich Geoinformation und Monitoring am ILS.
Bastian Heider arbeitet als Postdoktorand am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH und ist stellvertretender Leiter des Bereichs Geoinformation und Monitoring.
Unter Mitarbeit von: Katinka Gehrig-Fitting (Textbearbeitung), Christian Gerten (WebGIS), Jutta Rönsch (Karten und Abbildungen), Benjamin Scholz (Datenrecherchen und Analysen).

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Severin Schmidt, Leiter des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Stefan Fina, Bastian Heider

UNGLEICHES HESSEN
WIE KÖNNEN GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE ERREICHT WERDEN?

Vorwort 3

1 Pandemie und Ungleichheit 4

2 Ungleiches Hessen im Überblick 6
2.1 Raumtypen der Ungleichheit in Hessen ... 7
2.2 Variante: Drei Raumtypen ... 13

3 Dimensionen der Ungleichheit 16
3.1 Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung ... 16
3.2 Lebens- und Bildungschancen ... 26
3.3 Wohlstand und Gesundheit ... 37
3.4 Staatliches Handeln und Partizipation ... 48
3.5 Wanderungen ... 58

4 Zusammenfassung und Ausblick 64

Anhang A: Dokumentation der Indikatoren ... 66
Anhang B: Wertebereiche der Indikatoren ... 68
Anhang C: Methodische Erläuterungen zur Hauptkomponenten- und Clusteranalyse ... 70
Anhang D: Kartografische Umsetzung und Lesehilfe ... 72
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis ... 74
Literaturverzeichnis ... 76

Vorwort

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist ein wichtiges politisches Ziel in Deutschland und in Hessen. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland findet sich der Begriff im Artikel 72, in der Hessischen Landesverfassung in Artikel 26d. Im Jahr 2019 legten gleich drei Bundesministerien einen gemeinsamen Plan vor, wie diese Gleichwertigkeit hergestellt werden kann.

Das Thema hat eine überragende politische Bedeutung – zu Recht. Denn politisch stabil kann eine Gesellschaft nur dann bleiben, wenn sie sich am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse orientiert und diese Gleichwertigkeit auch immer wieder erreicht wird. Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass ein Auseinanderdriften etwa von städtischen und ländlichen Räumen zu Ungleichgewichten führt, die letztlich die Akzeptanz demokratischer Institutionen verringern.

In der vorliegenden Studie nehmen die Autor_innen das Bundesland Hessen genauer in den Blick. Basierend auf Indikatoren zu den Themen Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Lebens- und Bildungschancen, Wohlstand und Gesundheit, Wanderung sowie staatliches Handeln und Partizipation arbeiten sie vier „Cluster" für das Bundesland Hessen heraus:

1. Dynamische Städte und Umlandgemeinden mit Exklusionsgefahr
2. Hessens solide Mitte
3. Städte und Gemeinden mit deutlichen sozioökonomischen Herausforderungen
4. Ländliche Gemeinden mit langfristigen strukturellen Herausforderungen

Natürlich wird die Lebensqualität in den unterschiedlichen Regionen auch unterschiedlich wahrgenommen. So empfinden viele Menschen in ländlichen Räumen die vergleichsweise niedrigen Mieten, die Nähe zur Natur und die Gemeinschaft in kleineren Städten und Dörfern als großen Gewinn für ihre Lebensqualität. Bewohner_innen von Großstädten wissen oft das größere kulturelle Angebot oder die gute Infrastruktur zu schätzen. Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichheit.

Problematisch wird es, wenn die Lebenschancen negativ beeinflusst werden. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass in Deutschland bestimmte Regionen in Phasen des Wirtschaftswachstums weniger profitieren und in ökonomisch schwierigen Zeiten stärker negativ betroffen sind. Dies hat unter anderem Auswirkungen auf die Haushalte der Kommunen, die in schwachen Regionen weniger investieren können. Es ist ein Teufelskreis, der politisch durchbrochen werden muss.

In dieser Studie geben die Autor_innen eine detaillierte Übersicht der sozioökonomischen Situation der unterschiedlichen Regionen Hessens und leiten darauf basierend konkrete Vorschläge für die Politik ab. Wir hoffen, damit als Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen einen Beitrag zu einer lebhaften politischen Debatte leisten zu können.

Wir danken Prof. Dr. Stefan Fina und Dr. Bastian Heider sowie dem gesamten Team des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit und wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre.

SEVERIN SCHMIDT
Leiter des Landesbüros Hessen der
Friedrich-Ebert-Stiftung

1

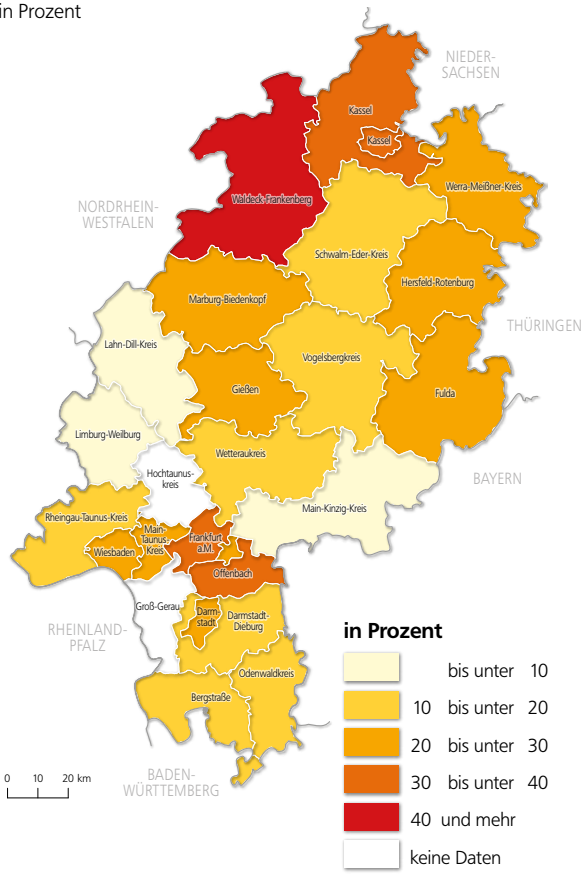
PANDEMIE UND UNGLEICHHEIT

Dieser Bericht wäre ohne einführende Worte zu den aktuellen Dynamiken der Corona-Krise unvollständig. Auch wenn heute niemand wissen kann, wie sich die disruptiven Entwicklungen des Jahres 2020 mittel- und langfristig auswirken werden: Die im Verlauf der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen setzen neue Rahmenbedingungen für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. In der ersten Hälfte des Jahres 2020 hat es Deutschland zwar weitestgehend geschafft, die Gesundheitsversorgung für das aufgekommene Infektionsgeschehen sicherzustellen. Dafür mussten allerdings erhebliche sozioökonomische Einschränkungen in Kauf genommen werden, die sich räumlich und sozial stark selektiv auswirken. Einzelne Wirtschaftszweige und Unternehmen sind beispielsweise sehr viel stärker von Kundenverlust, Produktionseinbußen und Verdienstausfällen betroffen als andere. Strukturschwächere ländliche Regionen sind mit anderen Herausforderungen konfrontiert als dynamisch wachsende Städte mit weiter steigenden Lebenshaltungskosten (Hövermann 2020).

Zwei ausgewählte Karten illustrieren einführend, wie Auswirkungen und Risiken dieser Krise in Hessen räumlich variieren. Abbildung 1 zeigt den Anteil der gemeldeten Kurzarbeiter_innen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen für die Zeit des Krisenbeginns im März und April 2020. Die Karte liefert Anhaltspunkte dafür, wo vermehrt temporäre Unterstützungsleistungen zur Krisenbewältigung abgerufen wurden. Die höchsten Werte sind im nordwestlich gelegenen Kreis Waldeck-Franckenberg anzutreffen (41,2 Prozent), der einen vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe aufweist, ähnlich wie Landkreis (35,1 Prozent) und Stadt Kassel (38,9 Prozent). In Frankfurt am Main (33,1 Prozent) und im Landkreis Offenbach (30,5 Prozent) sind ebenfalls überdurschschnittlich hohe Werte anzutreffen. Hier dürfte die Bedeutung des Flughafens Frankfurt als Arbeitgeber für zahlreiche betroffene Beschäftigte eine große Rolle spielen.

Im weiteren bisherigen Verlauf der Corona-Krise sind viele Kurzarbeiter_innen mittlerweile in die Beschäftigung zurückgekehrt. Dennoch zeigt die räumliche Ungleichverteilung strukturelle Anfälligkeiten für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in einigen Wirtschaftszweigen auf, mit denen sich Strukturpolitik auseinandersetzen muss. Die regionale Konzentration von Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftszweigen mag außerhalb von Krisenzeiten ein Standortvorteil für die Regionen sein, zum Beispiel durch Kooperationen und Wissenstransfer zwischen

Abbildung 1
Kurzarbeit März/April 2020
Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent



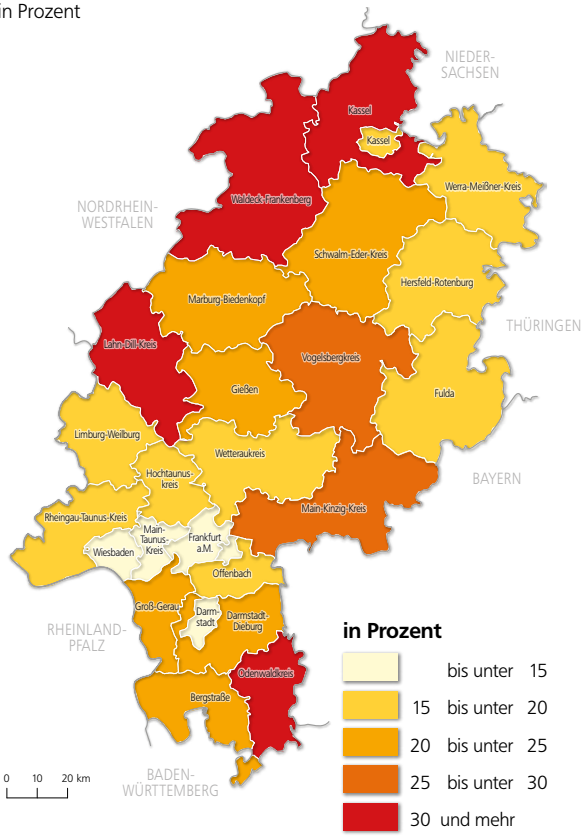
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

hoch spezialisierten Unternehmen. In der Krise gelten allerdings Diversität und Vielfalt als wichtige Eckpunkte resilienter Arbeitsmärkte. Konzentrationen in anfälligen Wirtschaftszweigen führen dagegen zu entsprechend stärkerer Betroffenheit.

Abbildung 2 zeigt in diesem Zusammenhang eine Bewertung der Branchenbetroffenheit durch Lockdown-Maßnahmen in der Corona-Krise. Dargestellt ist der Anteil von Beschäftigten in Branchen mit hoher Betroffenheit, die das Prognos Institut für diesen Zweck aus den Wirtschaftszweigeklassifikationen der Bundesagentur für Arbeit definiert hat (Prognos 2020). Dazu gehören die Wirtschaftszweige Tourismus und Gastgewerbe, Kultur und Kreativwirtschaft, Metall- und Elektroindus-

trie sowie die Herstellung von Vorleistungen (Zulieferbetriebe). Auch in dieser Betrachtung zeigt der Nordwesten Hessens mit den Landkreisen Kassel (38,4 Prozent) und Waldeck-Frankenberg (32,2 Prozent) entsprechende Konzentrationen auf dem Arbeitsmarkt. Der Lahn-Dill-Kreis (36,2 Prozent) sowie der Odenwaldkreis (31,1 Prozent) sind ebenfalls in der rot eingefärbten Klasse mit hohen Anteilen an Beschäftigten in Wirtschaftszweigen mit hoher Krisenbetroffenheit zu finden. Es wird in diesem Zusammenhang zu erörtern sein, inwiefern in laufenden Strukturwandelprozessen zukünftig Diversifizierungsstrategien berücksichtigt werden können, die krisenresiliente Arbeitsmarktstrukturen zum Ziel haben.

Abbildung 2
Krisenbetroffenheit 2020
Anteil der Beschäftigten in Branchen mit hoher Krisenbetroffenheit in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: https://www.prognos.com/presse/news/detailansicht/1931/7191bb33fdbdd1d3fdcf799f77ee0846/, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Große Hoffnung wird dabei in ortsungebundene Tätigkeiten gesetzt, die einer Vielzahl von Arbeitssuchenden neue Möglichkeiten der Beschäftigung im Homeoffice ermöglichen. Die vielfach beschriebene Katalysatorwirkung, die die Corona-Krise für innovative digitale Geschäftsmodelle auch im ländlichen Raum darstellt, ist allerdings auch mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu diskutieren. So zeigte die Krise nämlich, dass beim Wegbrechen von Aufträgen flexible Arbeitsarrangements sehr viel unmittelbarer zur Disposition stehen können als tariflich abgesicherte Anstellungen. Zudem erfahren Haushalte mit Betreuungsverpflichtungen für Angehörige erheblichen psychosozialen Stress durch Doppelbelastungen, wenn gleichzeitig digital gearbeitet werden soll. Die Erfahrung des Homeschoolings hat auch gezeigt, dass die digitale Infrastruktur als Voraussetzung für einen funktionierenden Schulunterricht noch sehr viel schneller ausgebaut und von weiteren bildungspolitischen Maßnahmen flankiert werden muss. Weiterhin entstehen in manchen Wohnlagen neue Versorgungsengpässe, wenn eine Vielzahl Beschäftigter im Homeoffice plötzlich Angebote im unmittelbaren Wohnumfeld sehr viel stärker nachfragt als zuvor.

Die Krisendynamik des weltweiten Ausbruchs von SARS-CoV-2 beeinflusst somit bestehende Ungleichheiten sehr unmittelbar. Sozial- und Strukturpolitik wird Lebensverhältnisse und -chancen daher künftig noch sehr viel stärker mit einem stetig zu aktualisierenden Verständnis für Krisengefahren erfassen müssen. Aber auch längerfristige Anpassungsanforderungen unterliegen ungleichen Voraussetzungen, bezogen auf naturräumliche Spezifika in der Klimaanpassung beispielsweise. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse bedarf deshalb zielgruppenspezifischer und räumlich koordinierter Maßnahmenbündel. Gleichzeitig birgt der Verständigungsprozess über geeignete Maßnahmen in Zeiten der Unsicherheit die Gefahr, dass die Divergenz von Handlungsmöglichkeiten zum gesellschaftlichen Problem wird. Die schärfer werdenden Debatten um die richtigen Maßnahmen im Umgang mit der Krise zeigen jetzt schon, dass sich Politik und Gesellschaft auf zunehmend fragmentierte Positionen einstellen müssen (Iskan 2020).

In Anbetracht der Krise erweist sich politische Handlungsfähigkeit dabei bislang weniger als das Ergebnis internationaler oder zwischenstaatlicher Kooperation. Sie wird eher durch eine Rückbesinnung auf nationalstaatliche Souveränität und lokale Entscheidungskompetenzen bestimmt. Gerade im föderalen System Deutschlands sind die unterschiedlichen Erfahrungen mit Maßnahmen im Abgleich mit dem lokalen Infektionsgeschehen hilfreich. Die Ausbreitungsmöglichkeiten des Virus können so von Ländern und ihren Kommunen anlassbezogen und mit Blick auf sozioökonomische Auswirkungen bekämpft werden. Im Umkehrschluss bleibt jedoch fraglich, ob eine durch die Krise ausgebremste internationale Politik die Bekämpfung globaler Krisen wie Klimawandel, Flüchtlingsmigration oder Unterbrechung globaler Wertschöpfungsketten wieder aufnehmen kann, ohne sozioökonomische Ungleichheiten weiter zu verfestigen oder zu verschärfen. Vertrauenskrisen in die Krisenbewältigung sind somit nicht nur eine Frage räumlicher und gesellschaftlicher Lebensverhältnisse in Deutschland. Sie sind eingebettet in internationale Kontexte, deren Dynamik für sozial- und strukturpolitische Maßnahmen zu berücksichtigen ist (Brand 2020).

Ein wissensbasiertes Verständnis bestehender räumlicher Ungleichgewichte ist die Voraussetzung, um entsprechende Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Die nachfolgenden Ausführungen werden deshalb im Text immer wieder erste Hinweise liefern, inwiefern pandemiebedingte Krisenauswirkungen die aufgezeigten sozioökonomischen Disparitäten in Hessen beeinflussen.

2

UNGLEICHES HESSEN IM ÜBERBLICK

Ausgangslage

„Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Sicherung der Lebensgrundlagen und der Lebenschancen zukünftiger Generationen soll das Land Hessen in seiner Gesamtheit und in seinen Teilräumen wirtschafts-, sozial- und umweltverträglich entwickelt werden" (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen 2020: 18). Mit diesem Grundsatz aus dem Ende 2019 vorgelegten Entwurf zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bekennt sich die hessische Landesregierung zu den Kernaussagen der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2019).

Doch was bedeutet dieser Grundsatz konkret für ein Bundesland wie Hessen? Ist der Handlungsdruck, diesem Ziel politisch mehr Gewicht zu verleihen, nicht auch Ergebnis eines drohenden Kontrollverlusts gegenüber den wirkmächtigen Treibern von Ungleichheit im 21. Jahrhundert? Auch hessische Struktur- und Sozialpolitik ist einem globalen Wettbewerb um wirtschaftliche Produktivität und Ressourcen ausgesetzt, die in umstrittenen Abwägungsprozessen Prioritäten setzen muss. In der Praxis zeigt sich folglich immer wieder, dass Prioritäten und Ziele in ihrer Um- und Durchsetzung angepasst werden (müssen), sobald sie auf widerstrebende Interessen treffen.

Die Ausgangslage für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen ist schon deshalb herausfordernd. Bekannt ist weiterhin, dass die Geografie Hessens ungleiche Voraussetzungen für die Raumentwicklung in den Teilräumen Süd-, Mittel- und Nordhessen mitbringt und durch die zentrale Lage in Deutschland ganz besonders von den räumlichen Dynamiken Gesamtdeutschlands beeinflusst wird. Die Landesplanung sieht in diesem Zusammenhang besondere Herausforderungen in der Anpassung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge an demografische Veränderungen, in der Stärkung der Dezentralisierung und des ländlichen Raums sowie in der Konzentration der Raumentwicklung entlang von Entwicklungsachsen (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen 2020: 18ff.). Klar ist aber auch, dass alle Anpassungen die Herausforderungen der Zukunft zu berücksichtigen haben, die wir erst andeutungsweise kennen. Der Klimawandel und die digitale Transformation weiter Lebensbereiche sind nur die bekanntesten Beispiele, die durch die disruptiven Entwicklungen der Corona-Pandemie neue Bewertungen erfahren werden. Umso wichtiger erscheint es in einer Bestandsaufnahme wie der vorliegenden Studie deshalb, Kenngrößen einzubeziehen, die Auskunft über das Vorbereitetsein für verschiedene Zukuntsszenarien geben: Informationen, die Rahmenbedingungen für die Raumentwicklung zusammenführen, die Ergebnisse zusammenfassend aufbereiten, aber auch Details bereithalten.

In diesem Sinne geben die folgenden Ausführungen Einblicke in eine Gesamtbewertung ungleicher Lebensverhältnisse und Raumstrukturen in Hessen, die im weiteren Verlauf in ihren einzelnen Dimensionen und Kenngrößen beschrieben werden. Detaillierten Einblick in die Datengrundlagen der Studie bietet die zusammen mit dieser Studie veröffentlichte Webseite www.ungleiches-hessen.de.

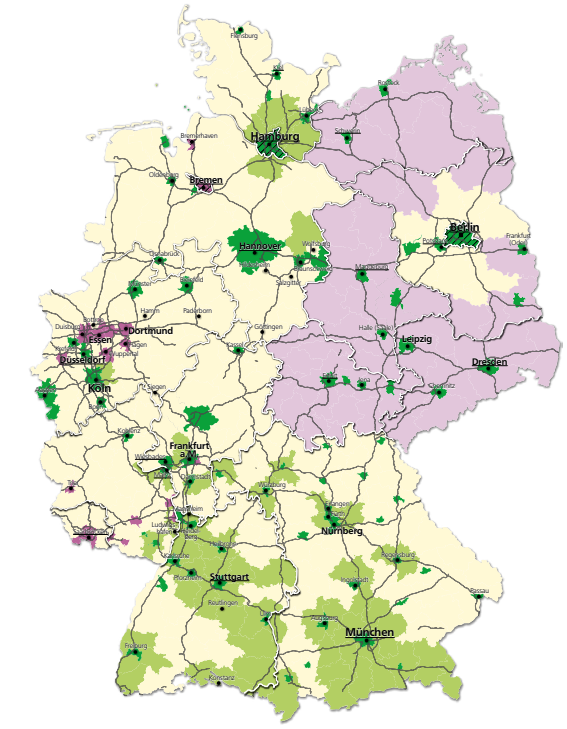
Wir beginnen mit einer Einordnung hessischer Lebenslagen im gesamtdeutschen Vergleich.

Einordnung im deutschlandweiten Vergleich

Sozioökonomische Rahmenbedinungen in hessischen Städten und Landkreisen entsprechen in ihrer Mehrzahl dem Bundesdurchschnitt. Diese Erkenntnis ergibt sich aus Messverfahren, mit denen in einem deutschlandweiten Bericht Kenngrößen der Ungleichheit ausgewertet wurden (siehe die Ergebniskarte in Abbildung 3). Eine Auszählung der hessischen Städte und Landkreise zeigt, dass diese in ihrer Mehrzahl dem sogenannten Raumtyp der *soliden Mitte* entsprechen. In diesem Raumtyp sind zum Beispiel durchschnittlich viele Menschen hoch qualifiziert, Armutsquoten sind ebenso durchschnittlich wie Wohlstandskennziffern (Einkommen, Gehälter) oder Belastungen wie Mietpreise. Durchschnittlich viele Bürger_innen in diesem Raumtyp gehen wählen und verfügen über eine durchschnittlich gute infrastrukturelle Ausstattung (Breitbandanschlüsse, Erreichbarkeit von Hausärzt_innen, vgl. Fina et al. 2019).

Der soliden Mitte gehören von den 26 hessischen Städten und Kreisen 17 an. Weitere fünf Städte (Frankfurt am Main, Darmstadt, Gießen, Kassel und Wiesbaden) gehören zum Raumtyp der *dynamischen Großstädte mit Exklusionsgefahr:* Diese Städte bieten einem größeren Teil der Bevölkerung sehr gute Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie eine hohe Lebensqualität, die man sich allerdings leisten können muss. Hohe Armuts- und Arbeitslosigkeitsquoten in Kombination mit hohen Lebenshaltungskosten behindern benachteiligte Haushalte in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe. Überdurchschnittlich ausgeprägt sind diese eher negativ kon-

Abbildung 3
Disparitätenkarte Deutschland 2019



Quelle: eigene Darstellung (aus: Fina et al. 2019: 6).
Datengrundlage: GeoBasis-DE/BKG 201.

notierten Kenngrößen in der Stadt Offenbach am Main, die sich folglich im Raumtyp der *städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel* wiederfindet. Wohlhabende Umlandgemeinden wie Darmstadt-Dieburg sowie Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis gehören zum sogenannten *starken (Um)Land,* in dem Einwohner_innen seit langer Zeit von der räumlichen Nähe zu lukrativen Arbeitsmärkten profitieren. Hier sind weniger soziale Problemlagen als Überlastungen der Infrastruktur ein negativer Nebeneffekt, zum Beispiel im Hinblick auf Stauzeiten im Pendelverkehr und den stetig hohen Zuzugsraten durch Binnenmigration.

Diese Ergebnisse können im Detail in der Langfassung der genannten Vorgängerstudie nachgeschlagen werden. Die Ergebnisse wurden zudem für eine Webanwendung (https://www.fes.de/ungleiches-deutschland) aufbereitet, in der die Ergebnisse interaktiv erschlossen werden können. Die folgenden Ausführungen orientieren sich an der Methodik dieser Studie, gehen aber noch einen Schritt weiter: Neben einer umfassenden Aktualisierung der Datenbasis wurden weitere Indikatoren einbezogen, in der überwiegenden Anzahl auf der Ebene von Gemeinden. So wird neben der thematischen Vielfalt auch die räumliche Auflösung der Bewertung deutlich verbessert und erlaubt damit präzisere Einblicke und Deutungen der Muster an Ungleichheit für das Bundesland Hessen. Im folgenden Abschnitt werden mit weiteren Ausführungen zum methodischen Ansatz die dabei ermittelten Raumtypen vorgestellt.

2.1 RAUMTYPEN DER UNGLEICHHEIT IN HESSEN

Methodik

Räumliche Ungleichheit hat mehrere Dimensionen, die sich mit einzelnen Kennziffern aus unterschiedlichen Themenbereichen veranschaulichen lassen. Auf diese Art und Weise werden Stärken und Schwächen der 432 hessischen Städte und Gemeinden einander vergleichend gegenübergestellt. Ähnliche Ausprägungen der zugrundeliegenden Kennziffern führen zu einer Zusammenfassung in *Raumtypen der Ungleichheit*. Die Kennziffern stehen repräsentativ für die nachfolgend genannten Themenbereiche. Mögliche selbst verstärkende Effekte durch die Einbeziehung von Kennziffern, die voneinander abhängen (korrelieren), wurden mit statistischen Methoden ausgeschlossen (siehe Anhang C). Als Resultat dieser Analyse werden die Städte und Gemeinden in Hessen in vier Raumtypen mit ähnlichen Werteausprägungen eingordnet, die im weiteren Verlauf dieses Abschnitts detailliert beschrieben werden.

Die folgenden Themenbereiche und Indikatoren gingen in die oben beschriebene Analyse ein:

1. **Arbeitsmarkt und Beschäftigung (Arbeitslosigkeit, hoch qualifizierte Beschäftigte, Pendelnde mit 50 Kilometer und mehr Arbeitsweg)**
   Erwerbstätigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für regionalen Wohlstand und die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit einer Region. Der Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen (am Wohnort) gibt Auskunft darüber, inwiefern ein Arbeitsmarkt passfähige Angebote für Erwerbstätige vorhält. Eine hohe Arbeitslosenquote deutet auf strukturelle Problemlagen bezüglich der regionalen Wirtschaftsstruktur und/oder des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung hin. Arbeitslosigkeit korreliert darüber hinaus stark mit einem erhöhten Armutsrisiko in der Bevölkerung.

   Bildung ist eine wesentliche Zugangsvoraussetzung für den Arbeitsmarkt, insbesondere hinsichtlich lukrativer und zukunftsorientierter Beschäftigungsverhältnisse. Der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort beschreibt, inwieweit die zunehmende Nachfrage nach wissensintensiver Arbeit auf entsprechend hoch qualifizierte Fachkräfte trifft. Umso höher der Anteil, desto besser sind die Zukunftsperspektiven für Beschäftigte und Unternehmen.

   Lange Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort können zu einer erheblichen finanziellen und psychischen Mehrbelastung für die betroffenen Personen führen. Der Anteil der Pendelnden mit einem Arbeitsweg von 50 Kilometer und mehr an den Beschäftigten am Wohnort gibt Aufschluss darüber, inwieweit die regionale Bevölkerung von derartigen Mehrbelastungen betroffen ist. Überdurchschnittlich lange Arbeitswege sind darüber hinaus ein Zeichen für ein räumliches Ungleichgewicht zwischen dem Angebot an Arbeitsplätzen und entsprechend qualifizierten Arbeitskräften.

2. **Lebens- und Bildungschancen (Kinderarmut, Erreichbarkeit von Grundschulen)**
   Für Kinder und Jugendliche ist Armut eine schwerwiegende Belastung und Bürde für den weiteren Lebensweg zugleich. Sie ist oftmals ein Grund für geringere Chancen auf dem zukünftigen Bildungs- und Berufsweg. Als Kennziffer gehen die Leistungsempfänger_innen an den Personen unter 18 Jahren in die Analyse ein. Sie geben das aktuelle Ausmaß von Kinderarmut in einer Untersuchungsregion und die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen der Grundsicherung wieder.

   Die Gewährung gleichwertiger Bildungschancen in allen Teilregionen des Landes ist Teil des grundgesetzlich verankerten Ziels der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dennoch kann die schlechte Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen in einigen Regionen als nicht unerhebliche Barriere des Zugangs zu Bildung verstanden werden. Die mittlere Pkw-Wegezeit zur nächstgelegenen Grundschule gibt demnach das Ausmaß der Mehrbelastung wieder, die Schüler_innen und ihre Familien für den täglichen Schulweg auf sich nehmen müssen.

3. **Wohlstand und Gesundheit (Mediangehalt am Wohnort, Mietpreise, Erholungsflächen, Hausarztbesatz)**
   Finanzieller Wohlstand lässt sich für viele Menschen auf das erzielte Arbeitseinkommen zurückführen. Der Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) gibt Auskunft über das durchschnittliche Einkommen, das Beschäftigten am Wohnort zur Verfügung steht.

   Hohe Mieten sind eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung insbesondere für Familien und einkommensschwächere Haushalte. Die durchschnittlichen Angebotsmieten (Kaltmieten) geben Aufschluss über die Höhe dieser Mehrbelastung. Steigende Mietpreise können zudem zur Verdrängung einkommensschwacher Haushalte aus betroffenen Regionen führen und sind somit ein treibender Faktor räumlicher Ungleichheit.

   Mangelnder Zugang zu Grün- und Erholungsflächen kann das persönliche Wohlbefinden sowie die Gesundheit gerade weniger mobiler Personengruppen erheblich beeinträchtigen. Die Erholungsfläche je Einwohner_in in Quadratmetern gibt Auskunft über die Ausstattung einer Region mit frei zugänglichen Möglichkeiten der Naherholung. Eine unterdurchschnittliche Versorgung mit Erholungspotenzialen deutet auf potenzielle Defizite für betroffene Anwohner_innen hin.

   Insbesondere für ältere und weniger mobile Menschen ist die Erreichbarkeit von Hausärzt_innen ein wesentlicher Aspekt der medizinischen Grundversorgung. Der verwendete Indikator beschreibt die durchschnittliche Pkw-Fahrzeit zur nächsten Hausarztpraxis. Lange Fahrzeiten resultieren in der Regel daraus, dass die Versorgungslage dünn ist und sich Hausarztpraxen insbesondere im ländlichen Raum aus Wirtschaftlichkeitserwägungen zurückziehen.

4. **Staatliches Handeln und Partizipation (Steuerkraft, Wahlbeteiligung)**
   Kommunale Steuereinnahmen definieren den Rahmen lokaler staatlicher Handlungsmöglichkeiten. Die kommunale Steuerkraft je Einwohner_in gibt die Steuereinnahmen an, die eine Gemeinde bei einer statistisch vergleichbaren (normierten) Anpassung ihrer Steuerquellen erzielen würde. Je niedriger die Steuerkraft, desto eingeschränkter sind die Möglichkeiten, regionale Entwicklungsimpulse durch Investitionen zu realisieren.

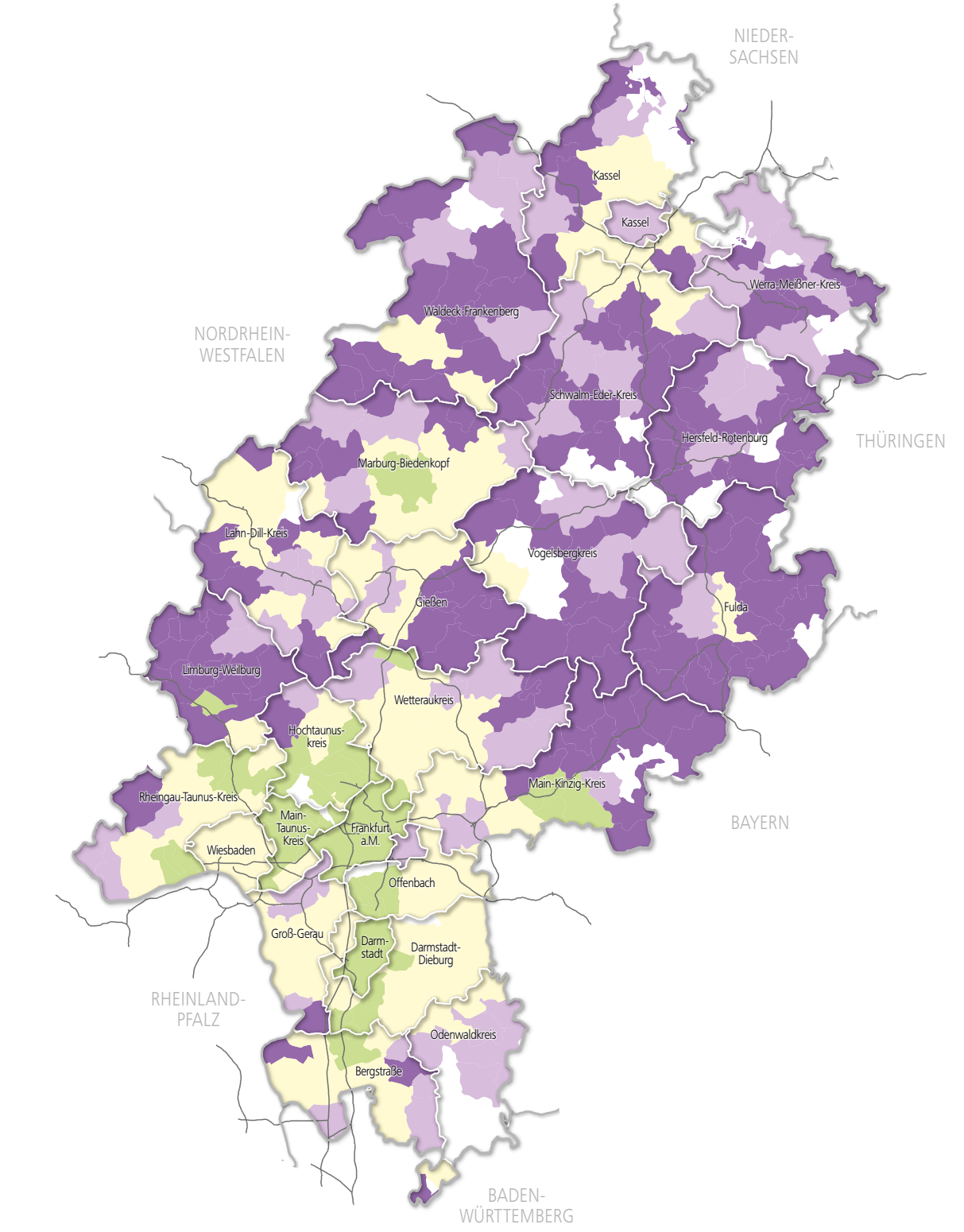
   Politische Teilhabe ist ein grundlegender Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mangelnde Beteiligung größerer Bevölkerungsteile am demokratischen Prozess deutet auf mangelnde politische Repräsentanz bestimmter Bevölkerungsgruppen und/oder eine grundlegende Unzufriedenheit hin. Unter bestimmten Voraussetzungen kann diese Unzufriedenheit zum Nährboden populistischer und antidemokratischer Bewegungen werden. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen wird als Indikator herangezogen, um diesen Aspekt in die Analysen einzubeziehen.

5. **Wanderungen (Gesamtwanderungssaldo)**
   Das Wanderungsverhalten der Bevölkerung lässt sich mit der Bilanz aus Zuzügen und Fortzügen je 1.000 Einwohner_innen im Ausgangsjahr messen. Es gilt als Ausdruck von Wohnstandortpräferenzen und damit als Einschätzung der Menschen zu erwünschten Lebensbedingungen. Verzerrt werden diese Zahlen jedoch von der staatlich gesteuerten Flüchtlingszuwanderung im Beobachtungszeitraum.

Abbildung 4 zeigt die räumliche Ausprägung der Ergebnisse der Clusteranalyse als Gesamtkarte (Disparitätenkarte Hessen). Für die Interpretation wurden die einzelnen Cluster mit „sprechenden Namen" versehen und in Tabelle 1 anhand der verwendeten Indikatoren charakterisiert. Die Symbole bewerten die Ausprägung der Indikatoren im Vergleich aller hessischen Gemeinden als positiv (stark positiv: ↑; positiv: ↗) beziehungsweise negativ (stark negativ: ↘; negativ: ↓). Das Symbol 0 steht für den Durchschnitt. Die Bewertungen sind normativ zu verstehen. So zeigt ein geringer Wert für Kinderarmut einen geringen Anteil an armutsgefährdeten Kindern an: Das ist positiv zu bewerten, der Pfeil zeigt nach oben. Bei Mietpreisen ist ein hoher Wert negativ zu werten, der Pfeil zeigt nach unten. Die Indikatormittelwerte für jeden Raumtyp stehen in grauer Textfarbe in Klammern. Der Text greift die normative Einordnung der Cluster auf und ergänzt weitere charakteristische Merkmale.

Die vier in der Clusterkarte in Abbildung 4 abgebildeten Raumtypen weisen sehr unterschiedliche standörtliche Vorteile und Problemlagen auf und stellen somit äußerst differenzierte strukturpolitische Herausforderungen dar. Auf der einen Seite stehen 40 **dynamische Städte und Umlandgemeinden mit Exklusionsgefahr** mit insgesamt rund 1,68 Millionen Einwohner_innen (Stand 2018) sowie deren erweitertes Einzugsgebiet, das sich aus 152 Gemeinden mit insgesamt

Abbildung 4
Disparitätenkarte Hessen



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; GeoBasis-DE/BKG 2020.

2,18 Millionen Einwohner_innen zusammensetzt und als **Hessens solide Mitte** bezeichnen lässt. Beide Regionstypen profitieren von der wirtschaftlichen Stärke, Zukunftsfähigkeit und Zentralität der Großstädte, insbesondere des Rhein-Main-Gebiets, was sich u. a. in guten Verdienstmöglichkeiten und der schnellen Erreichbarkeit von Grundschulen und Hausärzt_innen äußert. Die hohe Wahlbeteiligung deutet darüber hinaus auf einen hohen Grad an Partizipation und Zufriedenheit mit politischen Prozessen hin. Allerdings sind auch diese wirtschaftlich und infrastrukturell stark aufgestellten Raumtypen nicht frei von sozioökonomischen Herausforderungen. Vor allem die hohen Mietpreise bereiten Grund zur Sorge und weisen auf Exklusionsgefahr hin, von der vor allem einkommensschwächere Haushalte betroffen sein dürften. Hierbei ist zu beachten, dass die extremen Mietpreissteigerungen in den Großstädten teilweise auch ins Umland ausstrahlen und zu erwarten ist, dass sich damit verbundene Verdrängungsprozesse weiter fortsetzen.

Auf der anderen Seite stehen zwei Raumtypen, die einen besonderen strukturpolitischen Fokus verlangen, dabei aber gänzlich unterschiedliche Herausforderungen aufweisen. Zum einen wäre da eine Gruppe aus 65 **Städten und Gemeinden mit deutlichen sozioökonomischen Herausforderungen** (rund 1,42 Millionen Einwohner_innen), die durch verschiedene sich überlappende ökonomische, infrastrukturelle und soziale Problemlagen gekennzeichnet ist. Hohe Arbeitslosigkeit, geringe Verdienstmöglichkeiten und durch erhöhte Kinderarmut und die unterdurchschnittliche Erreichbarkeit von Grundschulen beeinträchtigte Lebenschancen stehen beispielhaft für die Nachteile dieses Raumtyps. Die niedrige Wahlbeteiligung deutet zudem auf ein geringes Maß an politischer Partizipation hin. Trotz der Probleme wiesen diese Gemeinden in den vergangenen fünf Jahren einen positiven Gesamtwanderungssaldo auf. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass dieser durch die staatlich gelenkte Fluchtzuwanderung stark beeinflusst wurde. Räumlich weist dieser Cluster die größte Streuung auf. Er umfasst sowohl eher ländliche Regionen als auch größere Städte wie Kassel und Offenbach und ist in allen Landesteilen vertreten.

Mit gänzlich anderen Herausforderungen haben die 138 Gemeinden mit insgesamt 0,86 Millionen Einwohner_innen zu kämpfen, die als **ländliche Gemeinden mit langfristigen strukturellen Herausforderungen** bezeichnet werden. Der Nachteil dieser Gemeinden lässt sich im Wesentlichen durch ihre periphere Lage abseits der bedeutenden Zentren des Rhein-Main-Gebiets erklären. Diese kann als kausal für die unterdurchschnittliche Erreichbarkeit von Grundschulen und Hausärzt_innen, die langen Pendeldistanzen sowie das niedrige Angebot an wissensintensiven Beschäftigungsmöglichkeiten angesehen werden. Obwohl dieser Cluster bei Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und Kinderarmut überdurchschnittlich gut abschneidet, deuten insbesondere die geringe Wissensintensität der lokalen Wirtschaft sowie der niedrige Gesamtwanderungssaldo darauf hin, dass diese Gemeinden Gefahr laufen, langfristig den Anschluss an die wirtschaftlichen Zentren des Landes zu verlieren.

Die in Tabelle 1 präsentierten Mittelwerte verdecken teilweise die große Bandbreite an Werteausprägungen, die innerhalb der einzelnen Cluster herrscht. In Tabelle 2 sind daher die Minimal- und Maximalwerte der Indikatoren für jeden Cluster mit Angabe der betreffenden Gemeinde aufgelistet. Auf diese Weise wird nicht nur die Bandbreite und Heterogenität innerhalb der vier Cluster deutlich, sondern es lassen sich auch einzelne Gemeinden identifizieren, die durch untypische Indikatorausprägungen innerhalb ihres Clusters auffallen. So weisen z. B. die Mietpreise in Cluster 3 eine extrem große Bandbreite auf, die von 4,20 Euro pro Quadratmeter in Bad Karlshafen bis 11,70 Euro pro Quadratmeter in Kelsterbach reicht. Der zur Beschreibung der Cluster verwendete Mittelwert ist in diesem Fall also nur bedingt aussagekräftig. Weitere Beispiele für Indikatoren mit einer hohen Spannweite innerhalb der Cluster sind die Wanderungssalden (Cluster 1 und 3) oder der Anteil an Langstreckenpendler_innen (Cluster 1 und 4). Weiterhin wird deutlich, dass Wiesbaden innerhalb von Cluster 2 eine deutliche Ausnahmestellung einnimmt, die sich durch große Abweichungen in den Indikatoren Kinder armut, Mieten, Arbeitslosigkeit und hoch qualifizierte Beschäftigte auszeichnet. Städte wie Wiesbaden oder auch Limburg an der Lahn in Cluster 4 sind im Gesamtkontext aller hessischen Gemeinden nur schwierig eindeutig einem der vier Raumtypen zuzuordnen.

Tabelle 1
Beschreibung der Raumtypen

Charakterisierung	Vor- oder Nachteil	räumliche Ausdehnung
Cluster 1: Dynamische Städte und Umlandgemeinden mit Exklusionsgefahr (40 Gemeinden; 1,68. Mio. Einw.)		
Ein ungewöhnlich hoher Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter, außerordentlich hohe Mediangehälter und Steuerkraft sind kennzeichnend für den Cluster der wirtschaftlichen Boomgemeinden, der sich im Wesentlichen aus den wohlhabenden Gemeinden des Rhein-Main-Gebiets sowie den Universitätsstädten Marburg und Darmstadt zusammensetzt und somit das Süd-Nord-Gefälle innerhalb Hessens verdeutlicht. Weitere Merkmale dieses Clusters sind eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung, positive Werte bei den Erreichbarkeitsindikatoren und ein überdurchschnittlich hoher Gesamtwanderungssaldo. Bei aller wirtschaftlichen Stärke gibt es allerdings auch hier Hinweise auf sozioökonomische Herausforderungen. Neben dem überdurchschnittlichen Anteil an Langstreckenpendler_innen und dem Fehlen von Erholungsflächen deuten vor allem die im hessischen Vergleich extrem hohen Mietpreise auf erhöhte Exklusionsgefahr insbesondere einkommensschwächerer Haushalte hin.	Arbeitslosenquote: 0 (4,2 %) HQ-Beschäftigte: ↑ (19,9 %) Pendelnde (> 50 km): ↘ (13,1 %) Kinderarmut: 0 (8,4 %) Erreichbarkeit Grundschulen: ↗ (3,16 Min.) Mediangehalt WO: ↑ (4.185 EUR) Mieten: ↓ (9,5 EUR) Erholungsflächen: ↘ (29,8 m²) Erreichbarkeit Hausärzt_innen: ↗ (3,18 Min.) Steuerkraft: ↑ (1.363 EUR) Wahlbeteiligung: ↗ (81,9 %) Gesamtwanderungssaldo: ↗ (43,6 Pers. je 1.000 Einw.)	
Cluster 2: Hessens solide Mitte (152 Gemeinden; 2,18 Mio. Einw.)		
Durch gute Erreichbarkeit von Hausärzt_innen und kurze Pendeldistanzen sowie überdurchschnittlich hohe Mediangehälter zeichnen sich die Gemeinden des zweiten Clusters aus. Diese beziehen ihre Standortvorteile weitgehend aus ihrer Lage im erweiterten Einzugsbereich der wirtschaftlichen Zentren des Landes und liegen bei einer Vielzahl an weiteren Indikatoren im soliden hessischen Mittelfeld. Eine Ausnahme stellt Wiesbaden dar, welche als einzige Großstadt innerhalb dieses Clusters bei einzelnen Indikatoren positiv (hoch qualifizierte Beschäftigte) oder negativ (Arbeitslosigkeit, Kinderarmut) heraussticht. Ähnlich wie bei den dynamischen Städten deuten auch bei Hessens solider Mitte das relativ hohe Mietniveau und die geringe Verfügbarkeit von Erholungsflächen auf eine gewisse Exklusionsgefahr bzw. Nachteile in der Lebensqualität hin.	Arbeitslosenquote: 0 (4,6 %) HQ-Beschäftigte: 0 (10,3 %) Pendelnde (> 50 km): ↗ (9,5 %) Kinderarmut: 0 (9,4 %) Erreichbarkeit Grundschulen: 0 (3,35 Min.) Mediangehalt WO: ↗ (3.679 EUR) Mieten: ↘ (7,4 EUR) Erholungsflächen: ↘ (37,4 m²) Erreichbarkeit Hausärzt_innen: ↗ (3,54 Min.) Steuerkraft: 0 (891 EUR) Wahlbeteiligung: ↗ (79,4 %) Gesamtwanderungssaldo: 0 (33,5 Pers. je 1.000 Einw.)	
Cluster 3: Städte und Gemeinden mit deutlichen sozioökonomischen Herausforderungen (65 Gemeinden; 1,42 Mio. Einw.)		
Die größte geografische Streuung weist Cluster 3 auf. Diese Gemeinden sind über alle Landesteile verteilt und umfassen sowohl ländliche Gemeinden als auch größere Städte wie Kassel und Offenbach. Während der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten, die Pendeldistanzen, das Mietniveau, die Erholungsflächen und die Steuerkraft hier im Mittelfeld liegen, bündeln sich innerhalb dieses Clusters unterschiedliche Problemlagen aus den verschiedenen Themenbereichen. Vor allem die Arbeitslosenquoten, die Kinderarmut und die niedrige Wahlbeteiligung deuten auf große sozioökonomische Herausforderungen hin. Aber auch bei der Erreichbarkeit von Hausärzt_innen sowie den Mediangehältern schneidet der Cluster unterdurchschnittlich ab. Demgegenüber steht überraschenderweise ein überdurchschnittlich positiver Gesamtwanderungssaldo, bei dem aber eine Verzerrung durch die Effekte der teils staatlich gesteuerten Fluchtzuwanderung nicht auszuschließen ist.	Arbeitslosenquote: ↓ (6,3 %) HQ-Beschäftigte: 0 (10,6 %) Pendelnde (> 50 km): 0 (10,8 %) Kinderarmut: ↓ (15,1 %) Erreichbarkeit Grundschulen: 0 (4,11 Min.) Mediangehalt WO: ↘ (3.273 EUR) Mieten: 0 (6,4 EUR) Erholungsflächen: 0 (49,5 m²) Erreichbarkeit Hausärzt_innen: ↘ (5,25 Min.) Steuerkraft: 0 (758 EUR) Wahlbeteiligung: ↓ (74 %) Gesamtwanderungssaldo: ↗ (57,3 Pers. je 1.000 Einw.)	
Cluster 4: Ländliche Gemeinden mit langfristigen strukturellen Herausforderungen (138 Gemeinden; 0,86 Mio. Einw.)		
Auch in Cluster 4 manifestieren sich die deutlichen strukturellen Unterschiede zwischen Nord- und Südhessen. Er beinhaltet weitestgehend ländlich geprägte Gemeinden nördlich des Rhein-Main-Gebiets und abseits der wirtschaftlichen Zentren. Niedrige Arbeitslosigkeit nahe der Vollbeschäftigung, niedrige Kinderarmut und Mieten sowie die überdurchschnittlich gute Verfügbarkeit von Erholungsflächen deuten auf grundsätzlich positive Lebensverhältnisse hin. Lange Pendeldistanzen, unterdurchschnittliche Erreichbarkeit von Hausärzt_innen sowie die niedrigen Mediangehälter und Steuerkraft zeigen aber, dass diese Gemeinden langfristig strukturelle Herausforderungen zu bewältigen haben, um nicht den Anschluss an die dynamischen Großstädte und ihr Umland zu verlieren. Insbesondere der niedrige Anteil an hoch qualifzierten Beschäftigten und der unterdurchschnittliche Wanderungssaldo deuten auf aufkommende wirtschaftliche und demografische Problemlagen hin.	Arbeitslosenquote: ↗ (3,7 %) HQ-Beschäftigte: ↘ (7,3 %) Pendelnde (> 50 km): ↘ (13,1 %) Kinderarmut: ↗ (6,8 %) Erreichbarkeit Grundschulen: 0 (3,93 Min.) Mediangehalt WO: ↘ (3.381 EUR) Mieten: ↗ (5,3 EUR) Erholungsflächen: ↗ (72,2 m²) Erreichbarkeit Hausärzt_innen: ↘ (5,17 Min.) Steuerkraft: ↘ (724 EUR) Wahlbeteiligung: 0 (78,3 %) Gesamtwanderungssaldo: ↘ (11,9 Pers. je 1.000 Einw.)	

(stark positiv: ↑; positiv: ↗; Durchschnitt: 0; negativ: ↘; stark negativ: ↓;
Abkürzungen: Pers. = Personen; Einw. = Einwohner_innen; HQ = Hochqualifizierte)

Tabelle 2
Bandbreiten in den Raumtypen

Indikator	Wert	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4
Arbeitslosigkeit in Prozent	**Minimum**	2,3 (Kiedrich)	2,2 (Niedenstein)	3,8 (Biebesheim am Rhein)	1,8 (Hohenroda)
	Maximum	6,9 (Marburg)	8,1 (Wiesbaden)	10,6 (Wetzlar)	8,0 (Limburg a. d. Lahn)
hoch qualifizierte Beschäftigte in Prozent	**Minimum**	5,4 (Linsengericht)	4,5 (Limeshain)	2,9 (Grasellenbach)	1,9 (Münchhausen am Christenberg)
	Maximum	46,6 (Kronberg im Taunus)	23,9 (Wiesbaden)	25,4 (Rüsselsheim)	20,5 (Bad Zwesten)
Pendelnde > 50 km in 100 SV-Beschäftigten	**Minimum**	6,7 (Hochheim am Main)	5,3 (Eschenburg)	5,8 (Hofgeismar)	4,5 (Steffenberg)
	Maximum	32,3 (Brechen)	17,8 (Linden)	20,5 (Bad Orb)	38,8 (Selters (Taunus))
Kinderarmut in Prozent aller Kinder	**Minimum**	2,1 (Kiedrich)	1,8 (Ronneburg)	6,9 (Reichelsheim)	1,3 (Grebenau)
	Maximum	19,8 (Darmstadt)	21,0 (Wiesbaden)	26,4 (Bad Schwalbach)	18,6 (Limburg a. d. Lahn)
Erreichbarkeit Grundschulen in Wegeminuten	**Minimum**	0,6 (Darmstadt)	0,2 (Ahnatal)	0,3 (Hanau)	0,3 (Niederaula)
	Maximum	8,1 (Dreieich)	10,8 (Trebur)	10,0 (Spangenberg)	11,8 (Heidenrod)
Medianentgelt am Wohnort in Euro	**Minimum**	3.663 (Gelnhausen)	3.281 (Gemünden (Wohra))	2.840 (Bad Salzschlirf)	2.751 (Willingen (Upland))
	Maximum	5.009 (Bad Soden am Taunus)	4.217 (Niedernhausen)	3.599 (Grävenwiesbach)	3.917 (Selters (Taunus))
Mieten in Euro pro Quadratmeter	**Minimum**	6,0 (Brechen)	5,0 (Gemünden (Wohra))	4,2 (Bad Karlshafen)	4,0 (Nentershausen)
	Maximum	13,4 (Frankfurt am Main)	10,3 (Wiesbaden)	11,7 (Kelsterbach)	8,0 (Gernsheim)
Erholungsflächen in Quadratmeter je Einwohner_in	**Minimum**	7,4 (Kiedrich)	10,9 (Einhausen)	16,0 (Lützelbach)	20,4 (Neckarsteinach)
	Maximum	70,4 (Kronberg im Taunus)	102,3 (Messel)	138,1 (Hofgeismar)	253,0 (Waldeck)
Erreichbarkeit Hausärzt_innen in Wegeminuten	**Minimum**	2,0 (Eschborn)	1,7 (Heuchelheim)	2,4 (Kassel)	2,4 (Limburg a. d. Lahn)
	Maximum	4,9 (Münzenberg)	7,2 (Oestrich-Winkel)	10,1 (Michelstadt)	9,1 (Ludwigsau)
Steuerkraft in Euro je Einwohner_in	**Minimum**	796 (Brechen)	564 (Gemünden (Wohra))	512 (Neustadt)	–505 (Philippsthal (Werra))
	Maximum	5.810 (Eschborn)	1.565 (Baunatal)	1.041 (Biebesheim am Rhein)	2.068 (Hohenroda)
Wahlbeteiligung in Prozent	**Minimum**	74,9 (Frankfurt am Main)	68,2 (Dillenburg)	67,5 (Raunheim)	70,5 (Selters (Taunus))
	Maximum	86,5 (Wehrheim)	85,1 (Fischbachtal)	81,1 (Lorch am Rhein)	85,9 (Schenklengsfeld)
Gesamtwanderungssaldo, Personen je 1.000 Einwohner_innen	**Minimum**	–12,4 (Liederbach am Taunus)	–11,5 (Sinn)	–3,1 (Kelsterbach)	–59,6 (Kirchheim)
	Maximum	109,4 (Bickenbach a. d. Bergstraße)	83,1 (Hattersheim am Main)	171,0 (Michelstadt)	73,4 (Elbtal)

Quelle: siehe Anhang A.

2.2 VARIANTE: DREI RAUMTYPEN

Das Ergebnis der Hauptkomponenten- und Clusteranalyse ist stark abhängig von der Auswahl der verwendeten Indikatoren. Neben der oben dargestellten Lösung mit vier Clustern wurde deshalb eine zweite Variante mit leicht veränderter Indikatorenauswahl gerechnet. Die Indikatoren Pendelnde mit mindestens 50 Kilometer Arbeitsweg, Erreichbarkeit von Grundschulen und Erholungsflächen fehlen in dieser Variante. Neu hinzugekommen ist hingegen ein Indikator, der den Anteil der Haushalte mit einem Breitbandanschluss mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) beschreibt und dem Themenbereich staatliches Handeln und Partizipation zuzuordnen ist. Schnelles Internet ist eine der Grundvoraussetzungen für Teilhabe an Prozessen der Digitalisierung. Die Förderung des Breitbandausbaus auch in eher ländlich geprägten Gebieten, wo dieser aus privatwirtschaftlichen Erwägungen nicht immer rentabel ist, ist deshalb ein wichtiger Fokus staatlichen Handelns.

Im Gegensatz zur ersten Variante mit vier Clustern wurden die einzelnen Gemeinden in der zweiten Variante zu nur drei Clustern zusammengeführt. Die Indiaktorenmittelwerte der einzelnen Cluster sowie ihr Abschneiden im gesamthessischen Vergleich sind in Tabelle 3 dargestellt. Abbildung 5 zeigt die räumliche Ausprägung der Cluster als Karte. Im Gesamtbild lassen sich recht starke Überschneidungen mit der Vier-Cluster-Variante erkennen.

Cluster 1 ist dabei in etwa äquivalent zur Gesamtheit der Cluster 1 und 2 in der ersten Variante. Diese Gemeinden zeichnen sich durch überdurchschnittlich positive Werte bei fast allen Indikatoren aus. Lediglich die hohen Mietpreise stechen negativ heraus. Bei Arbeitslosigkeit und Kinderarmut liegt der Cluster im Mittelfeld.

Cluster 2 kann hingegen als Pendant zu Cluster 3 in der Vier-Cluster-Variante gesehen werden. Hier überlappen sich unterschiedliche sozioökonomische Problemlagen wie eine hohe Arbeitslosigkeit und Kinderarmut, niedrige Mediangehälter und Wahlbeteiligung. Die Indikatoren Breitbandanschluss und Wanderungssaldo stechen hingegen positiv hervor. Auffällig ist, dass in dieser Variante der Clusteranalyse auch Wiesbaden den Gemeinden mit deutlichen sozioökonomischen Herausforderungen zugeordnet wurde. Dies bekräftigt den oben angedeuteten Ausnahmestatus der Stadt innerhalb Hessens.

Cluster 3 weist zu guter Letzt deutliche räumliche Überschneidungen mit Cluster 4 aus der ersten Variante auf. Die eher ländlich geprägten Gemeinden abseits der Metropolräume zeichnen sich durch niedrige Arbeitslosigkeit und Kinderarmut, niedrige Mieten, aber auch deutliche Defizite bei den hoch qualifizierten Beschäftigten, der Erreichbarkeit und Breitbandinfrastruktur sowie beim Wanderungssaldo aus.

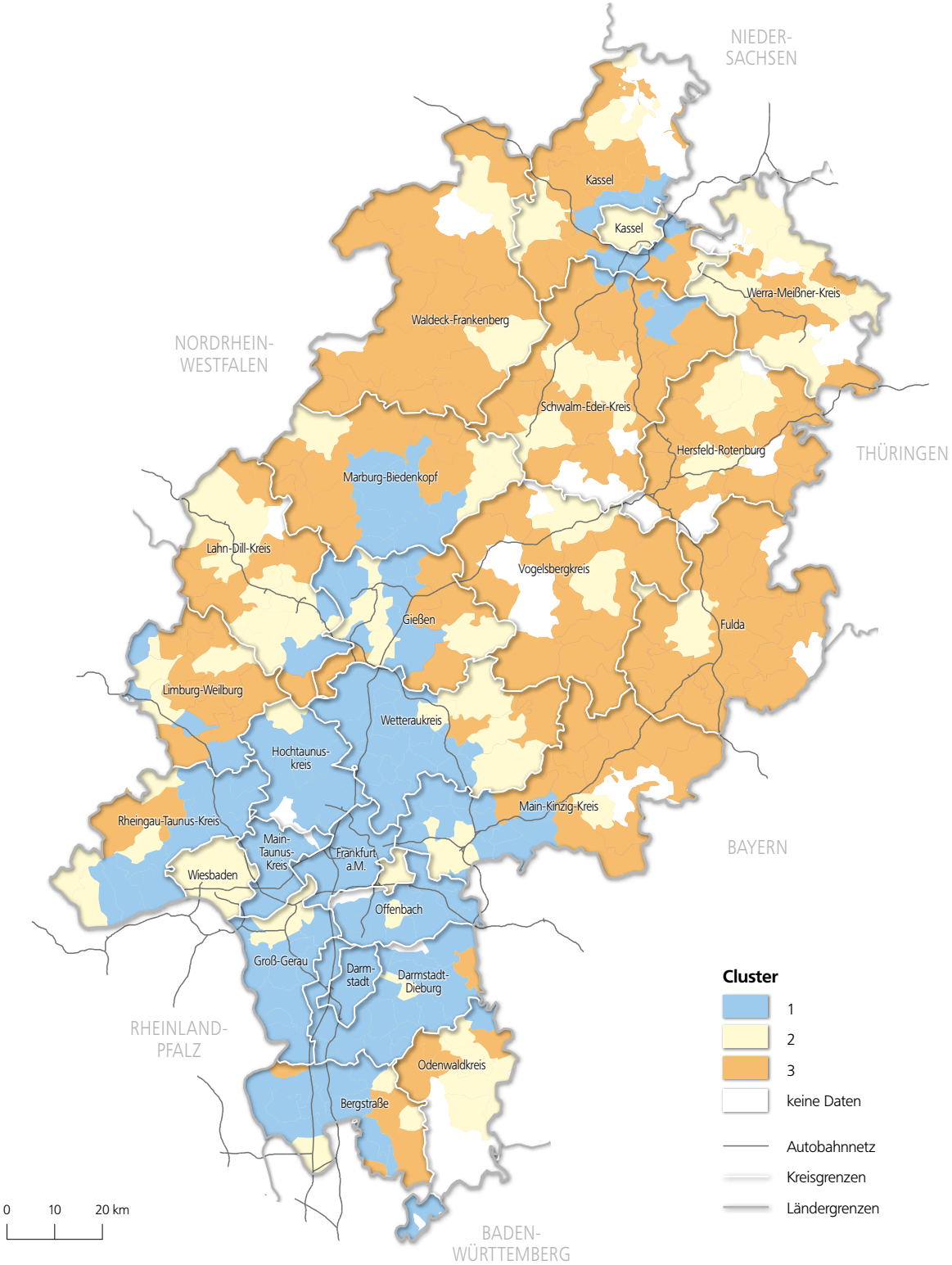
Tabelle 3
Beschreibung der Raumtypen der Variante

Indikator	Cluster 1		Cluster 2		Cluster 3	
Arbeitslosigkeit in Prozent	4,44	0	6,71	↓	3,69	↗
hoch qualifizierte Beschäftigte in Prozent	13,04	↗	11,05	0	7,37	↘
Kinderarmut in Prozent aller Kinder	9,19	0	15,80	↓	6,78	↗
Mieten in Euro pro Quadratmeter	8,16	↘	6,55	0	5,37	↗
Medianentgelt am Wohnort in Euro	3.834,13	↗	3.284,13	↘	3.413,47	↘
Erreichbarkeit Hausärzt_innen in Wegeminuten	3,43	↗	4,77	0	5,05	↘
Steuerkraft in Euro je Einwohner_in	1.027,37	↗	788,63	0	728,80	↘
Wahlbeteiligung in Prozent	80,38	↗	73,82	↓	78,32	0
Breitbandanschluss in Prozent	94,30	↗	88,27	↗	70,57	↘
Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner_innen	39,38	↗	54,27	↗	13,27	↘

Symbole: (stark positiv: ↑; positiv: ↗; Durchschnitt: 0; negativ: ↘; stark negativ: ↓)

Quelle: siehe Anhang A.

Abbildung 5
Variante der Disparitätenkarte Hessen mit drei Raumtypen



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; GeoBasis-DE/BKG 2020.

3

DIMENSIONEN DER UNGLEICHHEIT

3.1 WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG

Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu erzielen ist eine zentrale, entscheidende Bedingung für soziale Teilhabe, die Realisierung eigener Lebensentwürfe und die Vermeidung von Altersarmut. Dabei spielt neben der grundsätzlichen Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen insbesondere die Produktivität und Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Die diesbezüglichen Angebote der regionalen Arbeitsmärkte weisen allerdings deutliche Disparitäten auf.

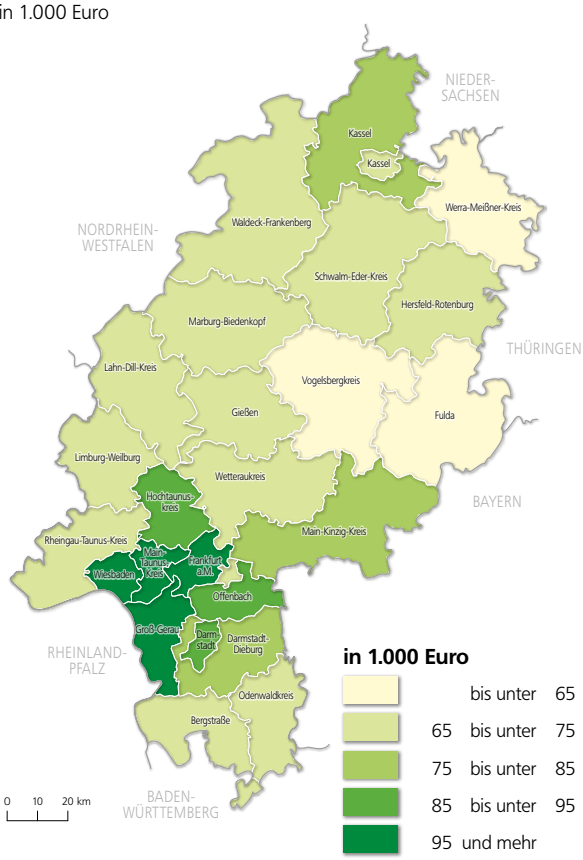
Während die Arbeitslosigkeit in ländlich geprägten Regionen tendenziell sogar niedriger liegt als in den Verdichtungsräumen, äußert sich in der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und speziell in der Produktivität, der Wissensintensität und der Repräsentanz von Zukunftsbranchen mit hoher Wissensintensität und Innovationskraft die deutliche Spitzenreiterstellung des Rhein-Main-Gebiets. Andere Regionen fallen dagegen in der Versorgung mit gut bezahlten und zukunftssicheren Arbeitsstellen zurück. Hinsichtlich des zu erwartenden anhaltenden Strukturwandels muss deshalb davon ausgegangen werden, dass sich die gezeigten wirtschaftlichen Disparitäten auch zukünftig weiter verschärfen, auch wenn es punktuelle Aufholprozesse in bestimmten Regionen gibt. Eine wichtige Aufgabe der Strukturpolitik wird darin bestehen, die peripheren und vom Strukturwandel betroffenen Regionen Nord- und Mittelhessens zu stärken. Dies kann zum einen durch die bessere infrastrukturelle Anbindung an die wirtschaftlichen Zentren und zum anderen durch die gezielte Förderung endogener Potenziale in Zukunftsbranchen erfolgen. Aber auch in den dynamischen Zentren des Rhein-Main-Gebiets gibt es Handlungsbedarf. Überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten zeugen davon, dass nicht alle Bewohner_innen gleichsam vom Wirtschaftswachstum profitieren. Der zunehmenden Polarisierung der Arbeitsmärkte zwischen hoch bezahlten Beschäftigten der Wissensindustrie und einem hohen Anteil von Menschen in wirtschaftlich prekären Verhältnissen gilt es entgegenzuwirken.

BRUTTOINLANDSPRODUKT

Aussagekraft des Indikators

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die wirtschaftliche Leistung einer Region. Es drückt den Wert aller dort hergestellten Waren und Dienstleistungen aus. In Deutschland werden Daten zum BIP nicht unterhalb der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte veröffentlicht. Um eine vergleichbare Basis für die unterschiedlich großen Kreise zu schaffen, wird das BIP hier in 1.000 Euro je erwerbstätiger Person dargestellt. Es ist somit ein gut vergleichbares Maß für die Produktivität einer regionalen Ökonomie, auch wenn das BIP nicht immer am tatsächlichen Sitz der Produktion eines Unternehmens verbucht wird. Dies trifft zum Beispiel auf Unternehmen mit Haupt- und Nebensitzen zu. Dennoch gibt das regional differenzierte BIP je erwerbstätiger Person eine recht zuverlässige Auskunft über die räumliche Verteilung der Wirtschaftskraft und die regionalen Produktivitätsunterschiede.

Abbildung 6
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen/Erwerbstätiger 2017
in 1.000 Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Eurostat Regio Datenbank, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Interpretation

Hessen hat in jüngerer Vergangenheit ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum erlebt. Zwischen 2013 und 2017 stieg das BIP von rund 243 Milliarden Euro auf über 278 Milliarden Euro. Bundesweit liegt Hessen bei der Produktivität mit 81.300 Euro je Erwerbstätigen/Erwerbstätiger auf dem zweiten Platz hinter Hamburg und somit deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 73.600 Euro. Die Karte in Abbildung 6 zeigt jedoch, dass das Land von deutlichen Unterschieden in der Produktivität geprägt ist. Die Spannweite reicht von 59.922 Euro je Erwerbstätigen/Erwerbstätiger im Werra-Meißner-Kreis bis zu 101.190 Euro je Erwerbstätigen/Erwerbstätiger im Main-Taunus-Kreis, der bedingt durch seine Lage in direkter Nachbarschaft zu Frankfurt eine Reihe wichtiger multinationaler Unternehmen beherbergt. Die dargestellten Disparitäten verdeutlichen die Agglomerationsvorteile des Rhein-Main-Gebiets. Insbesondere wissensintensive, hoch produktive und innovative Branchen profitieren von räumlicher Nähe und regionalen Netzwerken. Sie neigen deshalb zur starken Konzentration innerhalb von Ballungsgebieten (Volgmann/Münter 2018). Solche industriellen Cluster, wie die Finanzwirtschaft in Frankfurt oder die Automobilindustrie in Rüsselsheim, sind der Grund für den deutlichen Produktivitätsvorsprung des Rhein-Main-Gebiets gegenüber dem Rest des Landes. Weitere Faktoren für das deutlich höhere Produktivitätsniveau der Region sind die bessere infrastrukturelle Anbindung und die außergewöhnliche internationale Vernetzung durch den Flughafen Frankfurt am Main, der ein wichtiger Standortfaktor für multinationale Unternehmen mit hoher Wertschöpfung ist.

ARBEITSLOSENQUOTE

Aussagekraft des Indikators

Die Arbeitslosenquote drückt das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und allen Erwerbspersonen in Prozent aus. Arbeitslosigkeit ist ein zentraler Erklärungsfaktor für wirtschaftliche Strukturschwäche und individuelle Armutsgefährdung. Die Quote hat allerdings keine Aussagekraft über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Sie unterliegt außerdem starken konjunkturbedingten Schwankungen, weshalb die Arbeitslosenquote zum Stichtag immer nur eine Momentaufnahme der aktuellen Disparitäten ist. Gerade durch die Corona-Krise dürfte sich die räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit in den zurückliegenden Monaten stark verändert haben.

Interpretation

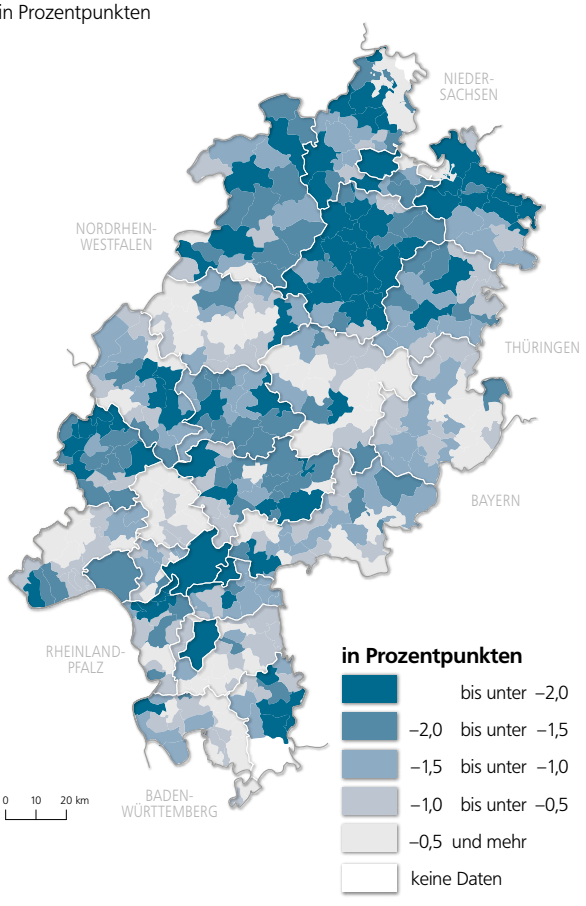
Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung in ganz Deutschland ist die Arbeitslosigkeit auch in Hessen deutlich gesunken. Zwischen 2015 und 2019 verlor sie mehr als einen Prozentpunkt von 5,5 auf 4,4 Prozent. Damit liegt sie unter dem gesamtdeutschen Wert von rund fünf Prozent. In einigen Gemeinden herrschte 2019 nahezu Vollbeschäftigung, der Mangel an Fachkräften entwickelte sich zum drängenden Problem für die regionalen Unternehmen. Dennoch ist diese positive Entwicklung nicht gleichermaßen verteilt. Gerade Personen mit Vermittlungshemmnissen sind weiter von Arbeitslosigkeit betroffen.

Bei der räumlichen Verteilung der Arbeitslosigkeit zeigen sich starke regionale Disparitäten. Die Spannweite der Arbeitslosenquoten lag zwischen 1,5 Prozent in Friedewald im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, einem wichtigen Standort der Logistikbranche, und 10,6 Prozent in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis), das stark vom Strukturwandel in der Stahlindustrie betroffen ist. Die Karte in Abbildung 8 zeigt eine deutliche Konzentration der Arbeitslosigkeit in den Städten. Dies ist ein weit verbreitetes Phänomen (Grözinger 2018) und erscheint vor dem Hintergrund der allgemeinen ökonomischen Vorteile von Städten zunächst paradox.

Die größeren und dynamischeren Arbeitsmärkte in den Städten bewirken eine höhere Anziehungskraft auf Menschen, die Verdienstmöglichkeiten werden dort als vielversprechender wahrgenommen. Die erhöhte Jobkonkurrenz sorgt jedoch auch dafür, dass Arbeitssuchende in Städten durchschnittlich länger für die Jobsuche benötigen (Haller/Heuermann 2020). Aufgrund der starken wirtschaftlichen Dynamik und der generell höheren Arbeitsproduktivität in den Städten lässt sich hieraus aber kein akuter politischer Handlungsbedarf ableiten.

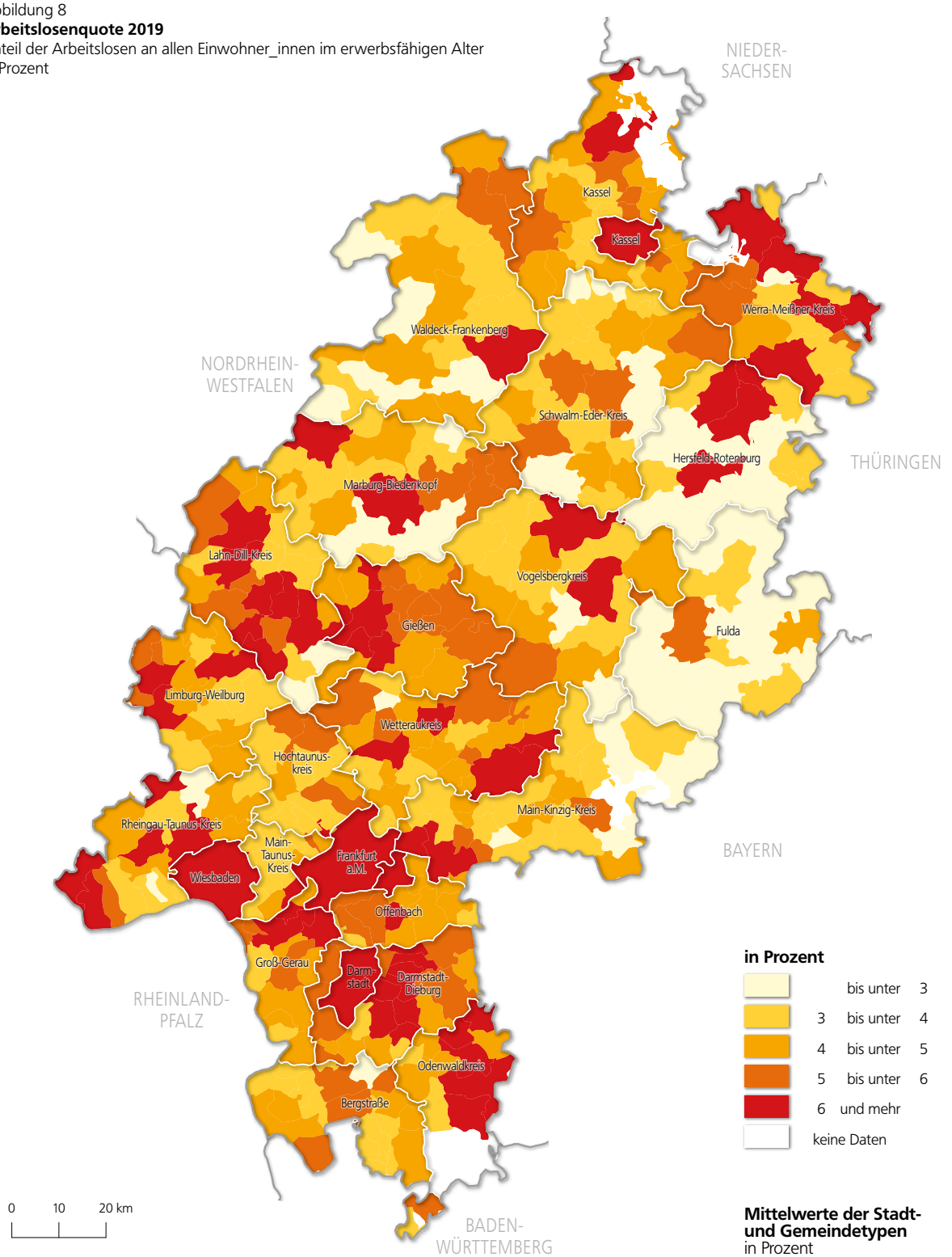
Bezüglich der Dynamik der regionalen Arbeitslosenquoten ist ein klares räumliches Muster nur schwierig auszumachen. Sowohl ländlichere Gemeinden Nordhessens als auch einige Städte der Metropolregion Rhein-Main konnten einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7
Veränderung der Arbeitslosenquote 2015–2019
in Prozentpunkten



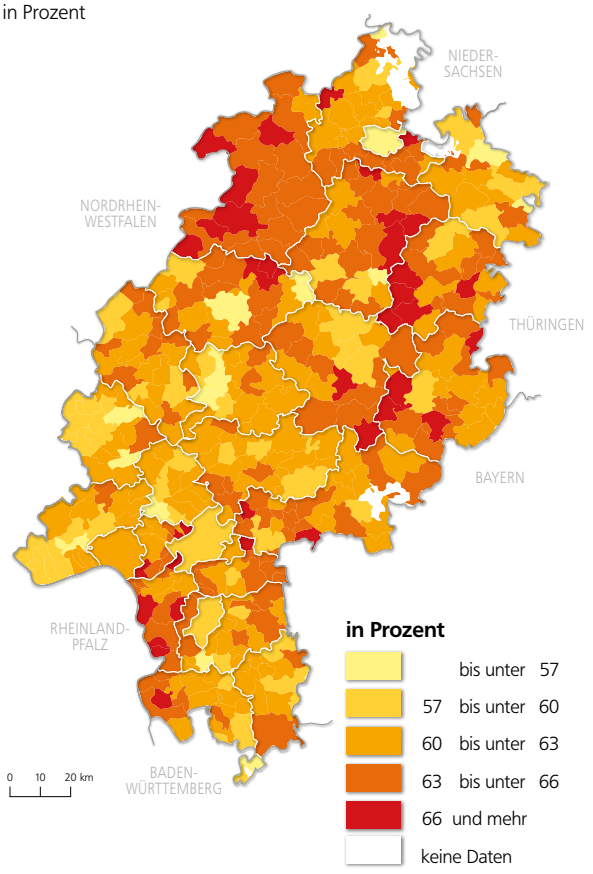
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 8
Arbeitslosenquote 2019
Anteil der Arbeitslosen an allen Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter in Prozent



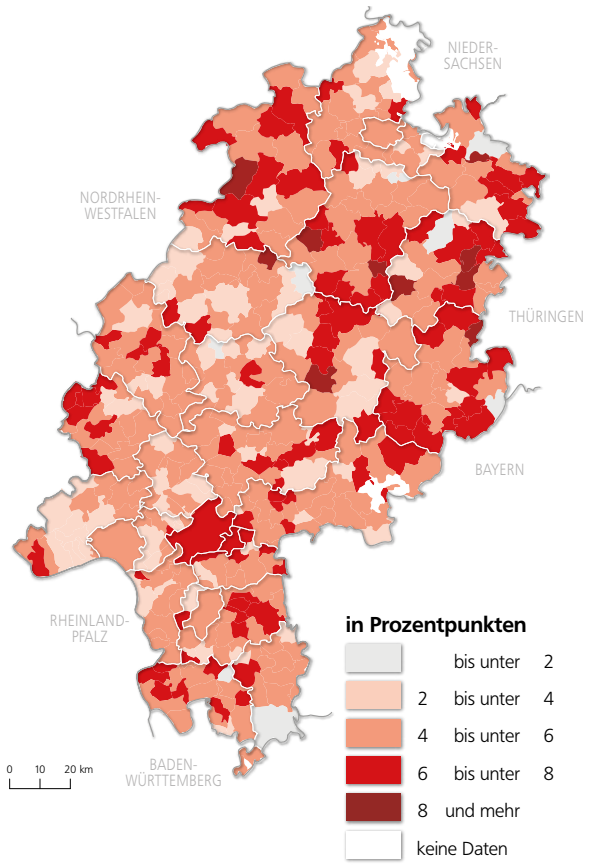
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 9
Beschäftigungsquote am Wohnort 2019
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an allen Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 10
Veränderung der Beschäftigungsquote 2014–2019
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Allerdings bleibt festzuhalten, dass diese Entwicklungen nur einen Zwischenstand darstellen. Die aktuelle Corona-Krise hat die Dynamik der Arbeitslosigkeit erschüttert, was zu deutlichen Änderungen in den regionalen Mustern geführt hat. Vor allem in den Großstädten mit einer besonders hohen Konzentration betroffener Branchen kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit.

BESCHÄFTIGUNGSQUOTE

Aussagekraft des Indikators

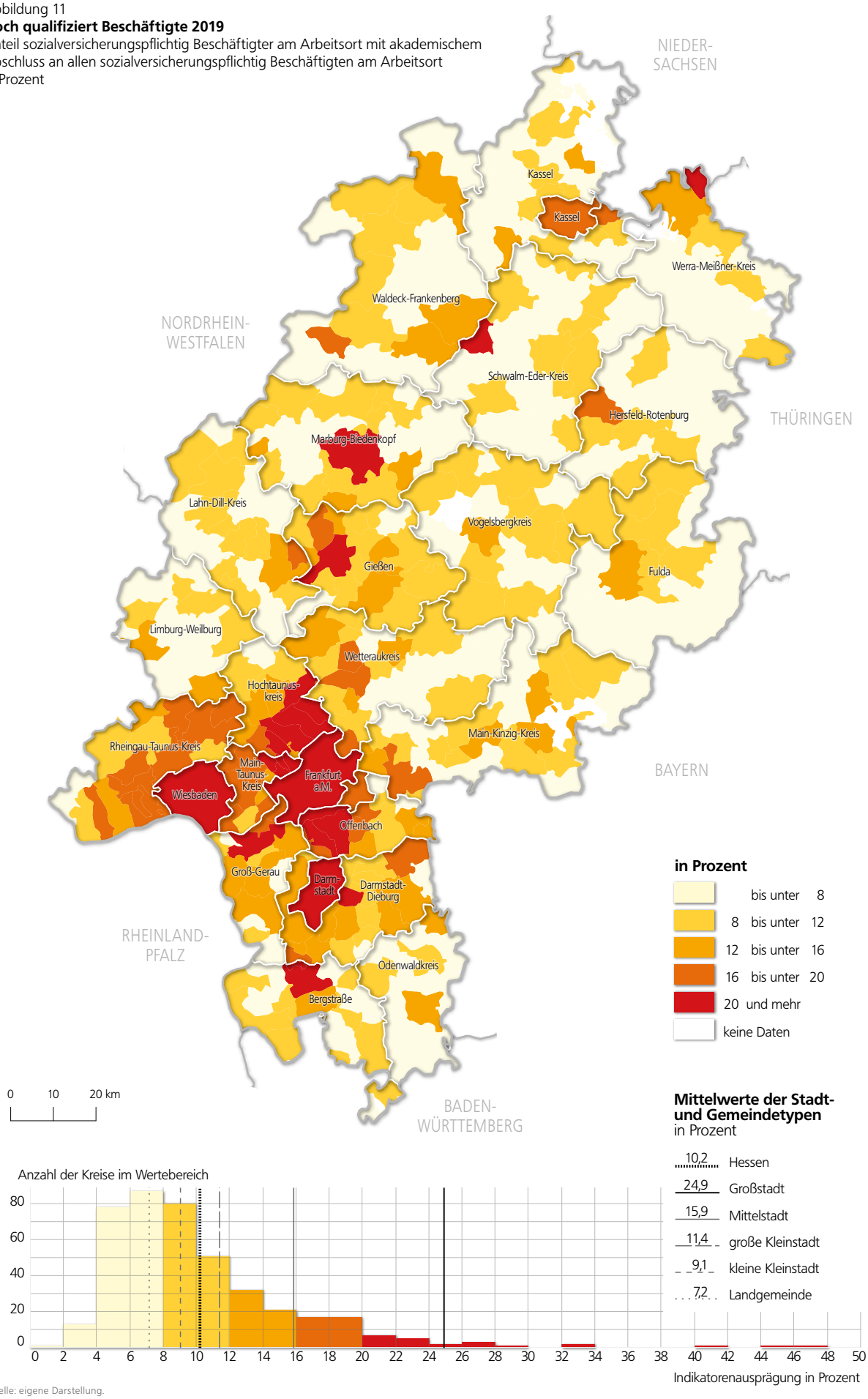
Die Beschäftigungsquote gibt Auskunft über die Integration der erwerbsfähigen regionalen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt. Die Aussage, wie viel Prozent der Einwohner_innen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, erlaubt somit Rückschlüsse auf die Übereinstimmung zwischen regional angebotenen Stellen und dem lokalen Potenzial an dafür qualifizierten Erwerbspersonen. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Beschäftigungsquote durch die Anzahl der Studierenden und den Umfang der Beamtenbeschäftigung beeinflusst wird. In größeren Universitäts- und Verwaltungsstädten sind die Beschäftigungsquoten häufig unterdurchschnittlich.

Interpretation

Hessen hat wie Gesamtdeutschland in jüngerer Vergangenheit einen bemerkenswerten Beschäftigungsboom erlebt. Dies zeigt sich auch im Anstieg der Beschäftigungsquoten in nahezu allen Regionen. Sie lagen im Jahr 2019 zwischen 46,8 Prozent in Gießen und 74 Prozent in Kirchheim im Kreis Hersfeld-Rotenburg, das stark vom boomenden Logistiksektor geprägt ist. Ein Blick auf die Karte in Abbildung 9 zeigt kein eindeutiges räumliches Muster. Besonders hohe Beschäftigungsquoten lassen sich in den eher ländlich geprägten Regionen Nordhessens finden, aber auch einige Umlandgemeinden im Rhein-Main-Gebiet stechen positiv hervor. Großstädte und insbesondere die Universitätsstädte (neben Marburg auch Gießen mit 43,9 Prozent) zeichnen sich durch niedrige Beschäftigungsquoten aus. Dies lässt sich durch die höhere Anzahl an Selbstständigen, Beamt_innen und Studierenden erklären, die nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gezählt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die hohen Beschäftigungsquoten im ländlichen Raum auch als Anzeichen für akuten Fachkräftemangel gelesen werden können. Besonders in Nordhessen stellt dieser ein akutes wirtschaftliches Problemfeld dar (IWAK 2019).

Die Dynamikkarte in Abbildung 10 deutet darauf hin, dass es zwischen 2014 und 2019 innerhalb Hessens nicht zu einer

Abbildung 11
Hoch qualifiziert Beschäftigte 2019
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort mit akademischem Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Nahversorgungsmodell des BBSR, Wer-zu-Wem-Verlag; GeoBasis-DE/BKG 2020.

übermäßigen Zunahme an Disparitäten bei den Beschäftigungsquoten gekommen ist. Zwar konnten einige nordhessische Gemeinden mit hohem Ausgangsniveau deutlich zulegen, aber auch größere Städte wie Frankfurt (+6,5 Prozentpunkte) und Offenbach (+7,7 Prozentpunkte) konnten erheblich vom Beschäftigungsboom der vergangenen Jahre profitieren.

HOCH QUALIFIZIERTE BESCHÄFTIGTE

Aussagekraft des Indikators

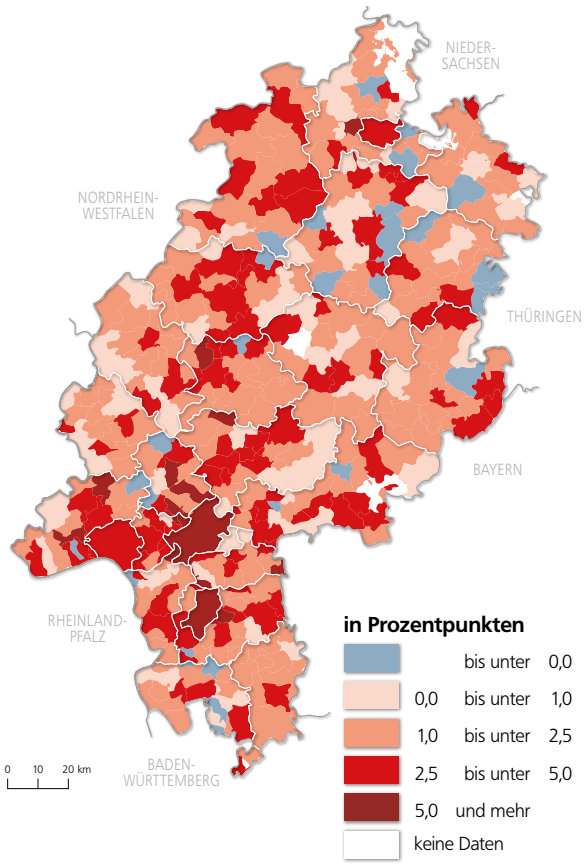
Der Indikator drückt den Anteil hoch qualifizierter Beschäftigung als Prozentsatz aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus und kann Aufschluss über die Wissensintensität und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsstruktur einer Region geben. Als hoch qualifiziert gilt eine Person, die über einen Hochschulabschluss verfügt. Hoch qualifizierte Fachkräfte gelten als wichtige Ressource im interregionalen Wettbewerb um innovative und wachstumsstarke Unternehmen. Allerdings hat der formale Bildungsgrad nur geringe Aussagekraft zur tatsächlichen Qualität der ausgeübten Tätigkeiten.

Interpretation

Der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten ist im Durchschnitt aller hessischen Gemeinden deutlich um 1,9 Prozentpunkte auf rund 10,2 Prozent angestiegen. Im landesweiten Vergleich zeigen sich allerdings deutliche Disparitäten in der hoch qualifizierten Beschäftigung. Die Spannweite reicht von 1,9 Prozent in Münchhausen am Christenberg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) bis zu 46,6 Prozent in Kronberg im Taunus, einem Standort wichtiger multinationaler Unternehmen in unmittelbarer Nähe zu Frankfurt am Main. Die Karte in Abbildung 11 zeigt wenig überraschend eine erhöhte Konzentration hoch qualifizierter Beschäftigter in Großstädten und deren Umlandgemeinden. Wie bereits beim Produktivitätsindikator des BIP kommen hier die Agglomerationsvorteile insbesondere des Rhein-Main-Gebiets voll zum Tragen. Wissensintensive Tätigkeiten profitieren in überproportionalem Maß von der räumlichen Nähe zu verwandten oder komplementären ökonomischen Tätigkeiten. Sie neigen daher zur Konzentration in Großstädten und/oder suburbanen Beschäftigungszentren in deren Umland (Volgmann/Münter 2018). Darüber hinaus haben urbane Milieus eine große Anziehungskraft auf junge, kreative und hoch qualifizierte Menschen und sind somit Hotspots der Wissensindustrie (Florida 2003). Ein weiterer Grund für die überproportional hohen Anteile hoch qualifizierter Beschäftigter in Großstadtregionen ist die Existenz von Universitäten. Dies spiegelt sich vor allem auch in den etwas kleineren Universitätsstädten wie Marburg (23,3 Prozent) und Gießen (21,9 Prozent) wider. Ein Blick auf die Dynamikkarte (Abbildung 12) macht deutlich, dass die Groß- und Universitätsstädte bzw. deren suburbane Beschäftigungszentren ihren Vorsprung in den vergangenen fünf Jahren ausbauen konnten. Den größten Zuwachs verzeichneten Kronberg im Taunus (+12,5 Prozentpunkte) und Eschborn (+10 Prozentpunkte).

Den ländlichen und peripheren Gemeinden dürfte es auch in naher Zukunft schwerfallen, dieser Dynamik etwas entgegenzusetzen. Um ein zu starkes Zurückfallen zu verhindern und

Abbildung 12
Veränderung des Anteils hoch qualifiziert Beschäftigter 2014–2019
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

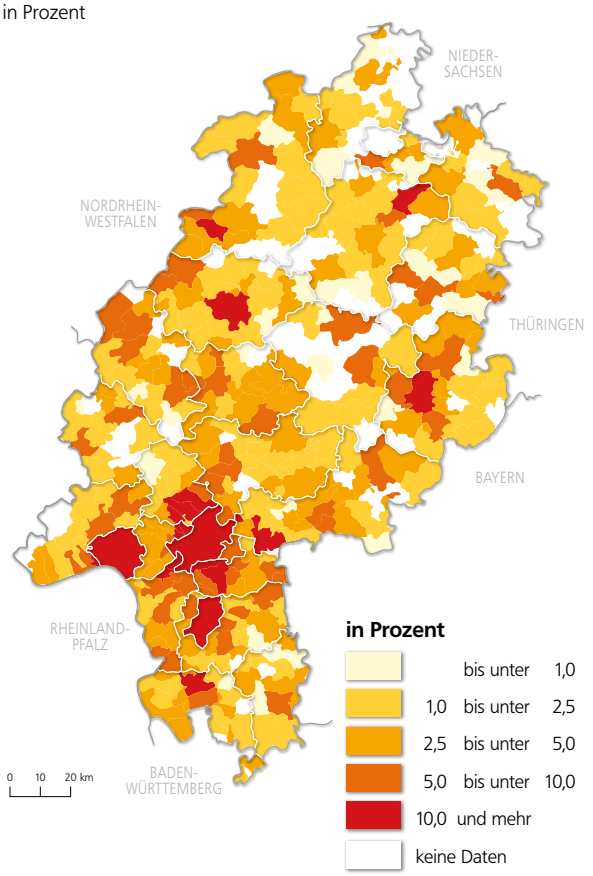
die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit dieser Regionen zu sichern, bietet sich die gezielte Ansiedlung bzw. Anwerbung von Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen in Klein- und Mittelstädten abseits der großen Agglomerationsräume an. Obwohl sich die Sogwirkung der Großstadtregionen damit nicht vollständig ausgleichen lässt, können kollaborative Ansätze mit einer starken Vernetzung der regionalen Akteur_innen sehr wohl zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der peripheren Gebiete beitragen.

BESCHÄFTIGTE IN WISSENSINTENSIVEN BERUFEN

Aussagekraft des Indikators

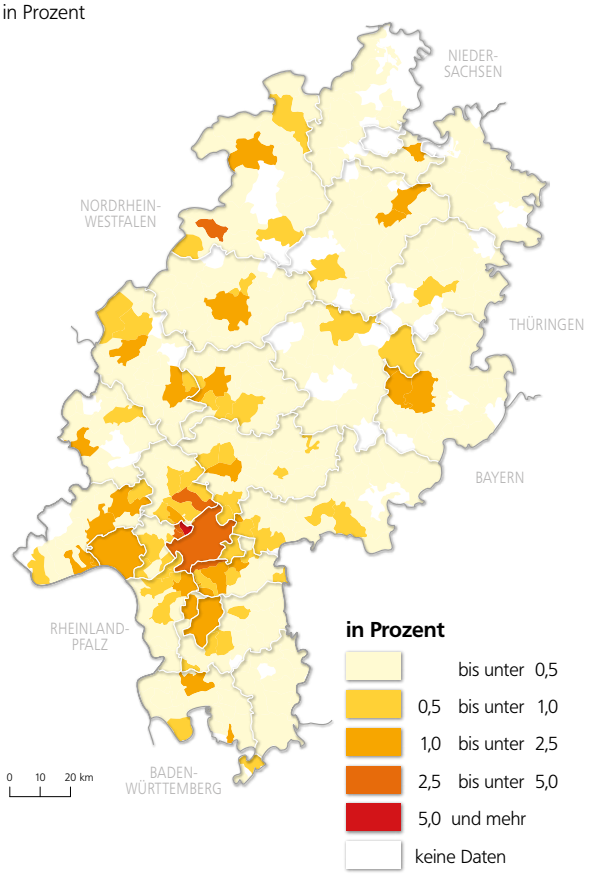
Neben dem formalen Bildungsgrad der Beschäftigten ist der Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Berufssparten ein weiterer Indikator für die Wissensintensität und Zukunftsfähigkeit der regionalen Arbeitsmärkte. Im Gegensatz zum Bildungsabschluss, der nur wenig Aussagekraft über die eigentliche Qualität der Arbeit hat, bietet dieser Indikator ein differenzierteres Bild über die Ausstattung einer Region mit Zukunftsbranchen. Dabei lassen sich drei relevante Sparten unterscheiden: Berufe in Geisteswissenschaften, Kultur und Gestaltung, naturwissenschaftliche und IT-Berufe sowie wissensintensive Dienst-

Abbildung 13
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Aggregat der drei ausgewählten Berufssparten
Anteil an allen SV-Beschäftigten am Arbeitsort
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 14
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung
Anteil an allen SV-Beschäftigten am Arbeitsort
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

leistungsberufe wie Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung (abzüglich Beschäftigungen im öffentlichen Dienst). Es sollte allerdings beachtet werden, dass die Kategorisierung der Berufssparten auf einer relativ groben Ebene erfolgt. Die Wissensintensität der ausgeübten Berufe kann also innerhalb der einzelnen Sparten sehr stark schwanken.

Interpretation

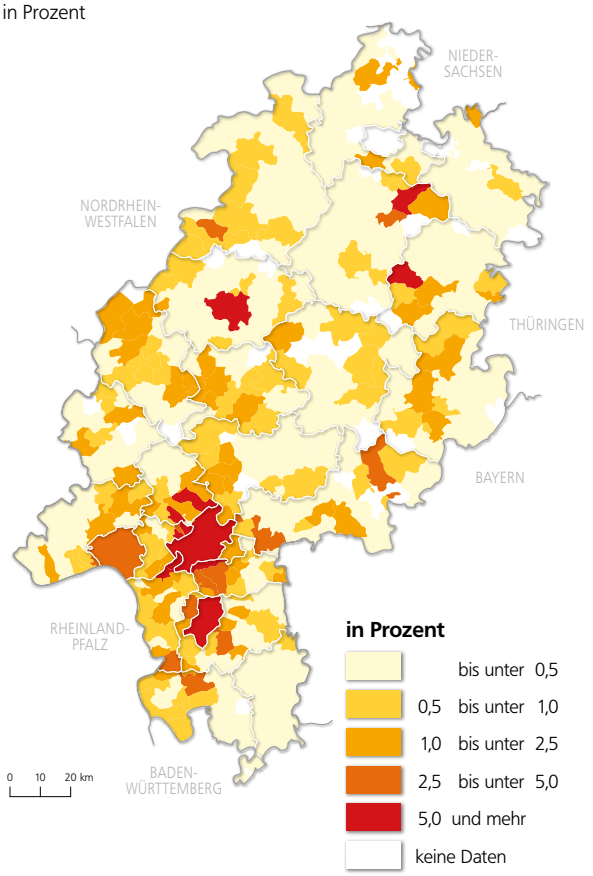
Noch deutlicher als bei den hoch qualifizierten Beschäftigten lassen sich bei der räumlichen Verteilung der wissensintensiven Berufe deutliche Disparitäten erkennen. Sie reicht von 0,3 Prozent in Antrifttal im Vogelsbergkreis bis hin zu 84,5 Prozent in Eschborn im Main-Taunus-Kreis. Die Stadt, die viele bedeutende multinationale Unternehmen der Tech- und Finanzbranche beherbergt und sich als starkes neues Beschäftigungszentrum der Wissensindustrie im Großraum Rhein-Main etabliert hat (Volgmann/Münter 2018), muss aber als starker Ausreißer angesehen werden. In den meisten Gemeinden liegt der Anteil deutlich unter zehn Prozent. Ein Blick auf die Karte in Abbildung 13 für alle drei relevanten wissensintensiven Berufsgruppen zeigt abermals die Dominanz der großen Städte und der Universitätsstandorte. Gerade das Rhein-Main-Gebiet sticht als Hotspot der Wissensindustrie hervor. Betrachtet man die drei Berufssparten im Einzelnen (Abbildungen 14, 15 und 16), so lassen sich jedoch deutliche Unterschiede in der räumlichen Konzentration feststellen. Ein spezieller Fokus auf Frankfurt am Main ist bei den Geisteswissenschaften und Kreativbranchen zu erkennen (3,7 Prozent). Hier äußern sich die Standortpräferenzen der sogenannten „kreativen Klasse" (Florida 2003). Erwerbstätige in Kreativbranchen legen in der Regel besonderen Wert auf ein breites Kulturangebot und ein urbanes gesellschaftliches Klima, das von Multikulturalität und Toleranz geprägt ist. Bei den Beschäftigten in naturwissenschaftlichen Berufen stechen neben Frankfurt (5,8 Prozent) auch Universitätsstädte wie Marburg (6,1 Prozent) und Darmstadt (6,8 Prozent) deutlich hervor. Bei den Beschäftigten in unternehmensnahen Dienstleistungsberufen ist die Konzentration auf urbane Regionen weniger stark ausgeprägt als in den vorherigen Kategorien. Allerdings sind in diesem Bereich auch die größten Schwankungen bezüglich der Wissensintensität der Beschäftigung zu erwarten.

PENDELNDE MIT ARBEITSWEG 50 KILOMETER UND MEHR

Aussagekraft des Indikators

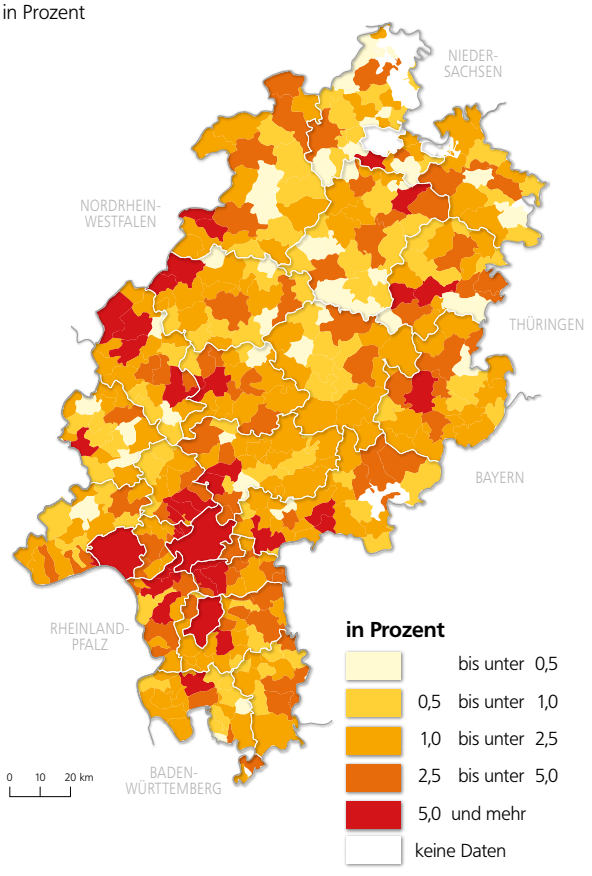
Neben den Verdienstmöglichkeiten und der Zukunftsfähigkeit der Arbeit ist für die Lebensqualität der Beschäftigten die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort nicht unerheblich.

Abbildung 15
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Naturwissenschaften, Geografie, Informatik
Anteil an allen SV-Beschäftigten am Arbeitsort
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 16
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung
Anteil an allen SV-Beschäftigten am Arbeitsort
in Prozent



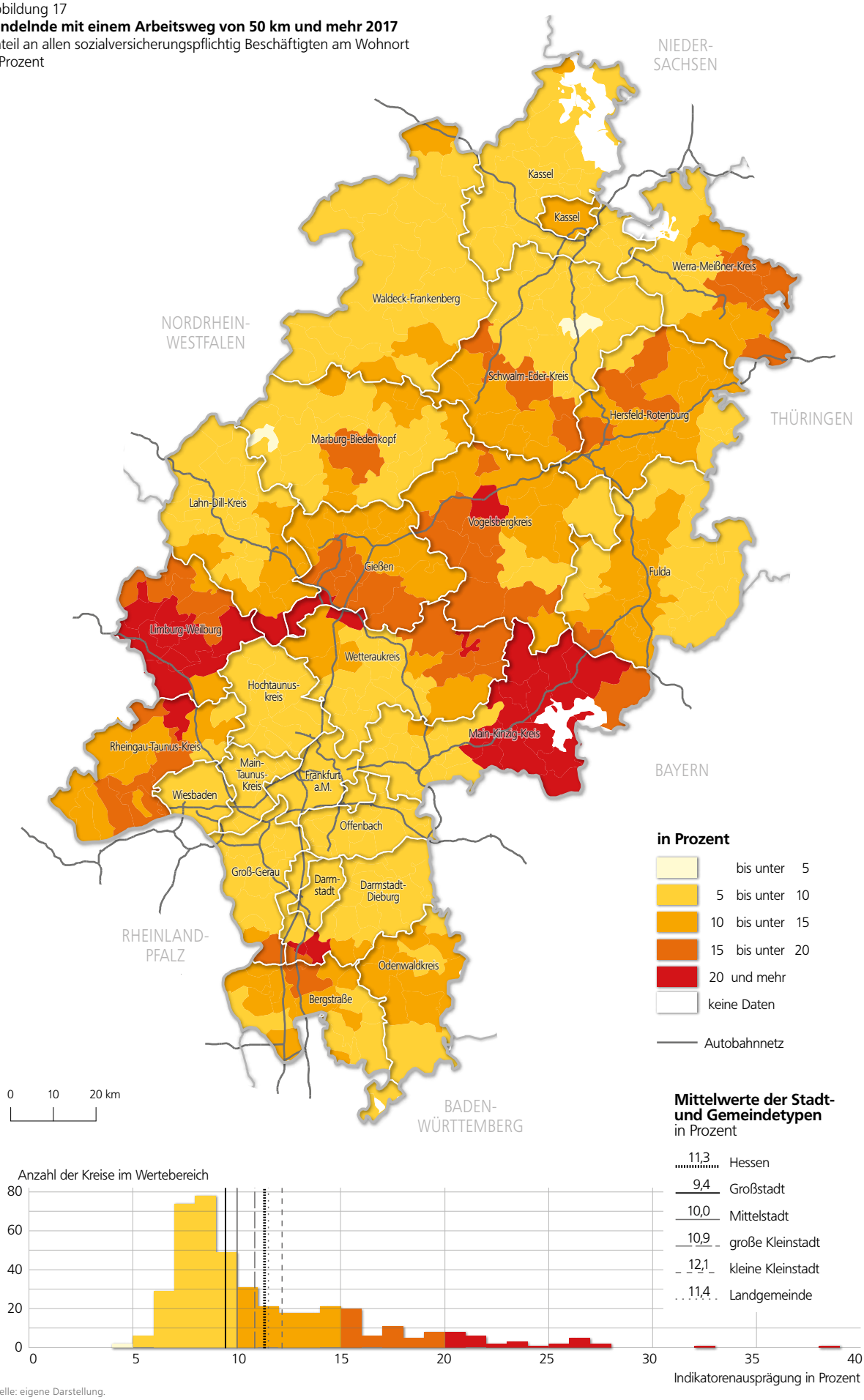
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Lange Arbeitswege können zu einer erheblichen finanziellen und psychischen Mehrbelastung für die betroffenen Personen führen. Überdurchschnittlich lange Arbeitswege sind darüber hinaus Zeichen für ein räumliches Ungleichgewicht zwischen dem Angebot an Arbeitsplätzen und entsprechend qualifizierten Arbeitskräften. Pendeldistanzen lassen sich allerdings aus verfügbaren amtlichen Daten nur annäherungsweise ermitteln. Erstens ist nicht bekannt, mit welchen Verkehrsmitteln die Pendelnden ihren täglichen Arbeitsweg bestreiten. Die ermittelten Distanzen basieren also auf der vereinfachenden Annahme, dass Pendelnde grundsätzlich mit dem Auto zur Arbeit fahren. Zweitens können nur Pendeldistanzen zwischen Gemeinden ermittelt werden. Beschäftigte, die innerhalb eines Gemeindegebiets pendeln, sind bei den Berechnungen außen vor. Drittens haben die ermittelten Distanzen nur bedingte Aussagekraft über die tatsächlichen Fahrzeiten. Insbesondere in Verdichtungsräumen können Verkehrsstaus die tatsächlichen Pendelzeiten erheblich beeinträchtigen. Da die Aussagekraft eines regionalen Vergleichs durchschnittlicher Pendeldistanzen aus den oben genannten Gründen gewissen Einschränkungen unterliegt, soll der prozentuale Anteil der Pendelnden mit einem Arbeitsweg von 50 Kilometer und mehr an den Beschäftigten am Wohnort Aufschluss darüber geben, inwieweit die erwerbstätige regionale Bevölkerung von Mehrbelastungen durch lange Pendelzeiten betroffen ist.

Interpretation

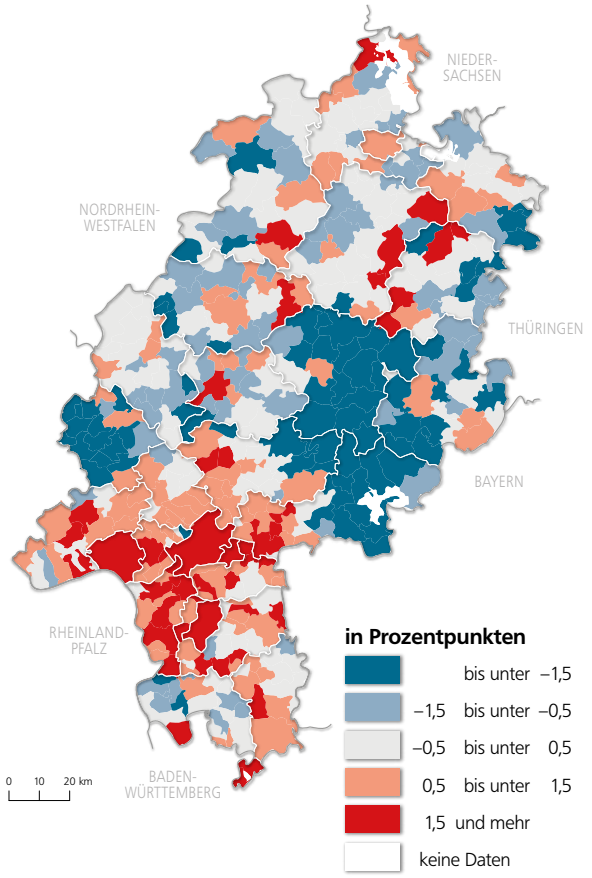
Trotz der großen Spannweite der Langstreckenpendelanteile von 4,5 Prozent in Steffenberg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) bis 38,8 Prozent in Selters (Landkreis Limburg-Weilburg) deutet die Disparitätenkarte in Abbildung 17 grundsätzlich auf eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen in Hessen hin. In vielen Regionen beträgt der Anteil an Langstreckenpendler_innen unter zehn Prozent. Erwartungsgemäß trifft dies insbesondere auf das Rhein-Main-Gebiet zu. Die realen Pendelzeiten könnten hier allerdings durch erhöhtes Stauaufkommen deutlich beeinträchtigt sein. So lag Frankfurt mit 107 Staustunden pro Fahrer_in im Jahr 2019 auf Platz sieben im Stauranking deutscher Großstädte (INRIX 2019). Erhöhte Anteile von Langstreckenpendler_innen lassen sich lediglich in einigen eher ländlich geprägten Regionen in der Mitte des Landes feststellen. Interessanter als die bloße statische Betrachtung ist die Entwicklung der Anzahl der Langstreckenpendler_innen zwischen 2007 und 2017 (siehe Abbildung 18). Während der Anteil in den peripheren Regionen tendenziell eher sinkt, verzeichnen insbesondere die Gemeinden des Rhein-Main-Gebiets einen Anstieg. Ein Grund dafür ist der Umstand, dass hoch qualifizierte Beschäftigte im Durchschnitt deutlich längere Arbeitswege zurücklegen.

Abbildung 17
Pendelnde mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr 2017
Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; GeoBasis-DE/BKG 2020.

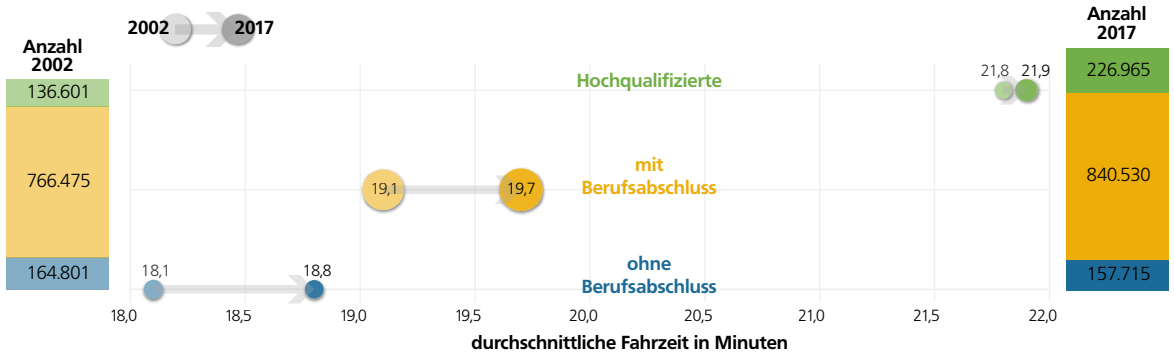
Abbildung 18
Veränderung der Quote der Pendelnden 2007–2017
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 19 zeigt diesbezüglich eine Sonderauswertung der Berufswege aus Daten der Bundesagentur für Arbeit für Hessen. Die Grafik zeigt den Anstieg der Pendelnden insgesamt in gestapelten Säulen links für das Jahr 2002 und rechts für das Jahr 2017, mit einer farblichen Differenzierung der Qualifikationen der Pendelnden. In der Mitte der Grafik ist die Veränderung der (hypothetischen) Reisezeiten zwischen Wohn- und Arbeitsort je Qualifikation aufgetragen. So hatten z. B. die hessischen Beschäftigten mit Berufsabschluss (gelb) 2002 durchschnittlich noch 19,1 Minuten Reisezeit zurückzulegen, im Jahr 2017 waren es 19,7 Minuten. Für Beschäftigte ohne Berufsabschluss liegt dieser Wert deutlich darunter (2017: 18,8 Minuten), für hoch qualifizierte Beschäftigte deutlich darüber (2017: 21,9 Minuten). Ein Anstieg der Bevölkerung mit hohem Bildungsabschluss bewirkt also auch einen Anstieg des Anteils der Langstreckenpendler_innen. Allerdings ist auch festzustellen, dass die durchschnittliche Pendelzeit der Beschäftigten ohne Hochschulabschluss in der Vergangenheit ebenfalls stark angestiegen ist. Die dargestellten Entwicklungen sind vor dem Hintergrund eines deutschlandweiten Trends zu immer längeren Pendelstrecken zu betrachten (Dauth/Haller 2018). Aufgrund der steigenden Mieten in den Großstädten ist zu erwarten, dass viele und vor allem einkommensschwächere Beschäftigte ihren Wohnort zukünftig vermehrt in günstigeren Vororten wählen werden. Dies dürfte den Trend zu längeren Pendelstrecken weiter verstärken.

Abbildung 19
Entwicklung der Pendelzeiten nach Qualifikation in Hessen 2002–2017



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit.

3.2 LEBENS- UND BILDUNGSCHANCEN

Lebens- und Bildungschancen repräsentieren eine auf die soziale Infrastruktur ausgerichtete Dimension der Ungleichheit. Im Fokus stehen die Chancengleichheit für Frauen und Familien sowie Investitionen in Bildungsinfrastruktur und Betreuungsangebote für Kinder und abhängige Personen. Diese Angebote stellen für viele Personen zentrale Voraussetzungen für die Teilhabe am Erwerbsleben dar. Darüber hinaus ermöglicht die Unterstützung von Menschen in Armut für viele Betroffene die Überbrückung schwieriger Lebensphasen für die Rückkehr in ein autonomes Erwerbsleben, ist aber selbstverständlich auch ein Gebot der Humanität für nicht erwerbsfähige Personen. Schließlich sind Erreichbarkeiten entsprechender Einrichtungen eine elementare Voraussetzung für die Chancengleichheit auch im ländlichen Raum. Die folgenden Kenngrößen zeigen auf, inwiefern entsprechende Angebote in den hessischen Kommunen vorhanden sind und genutzt werden.

LEBENSCHANCEN

Beschäftigungsquote Frauen

Aussagekraft des Indikators

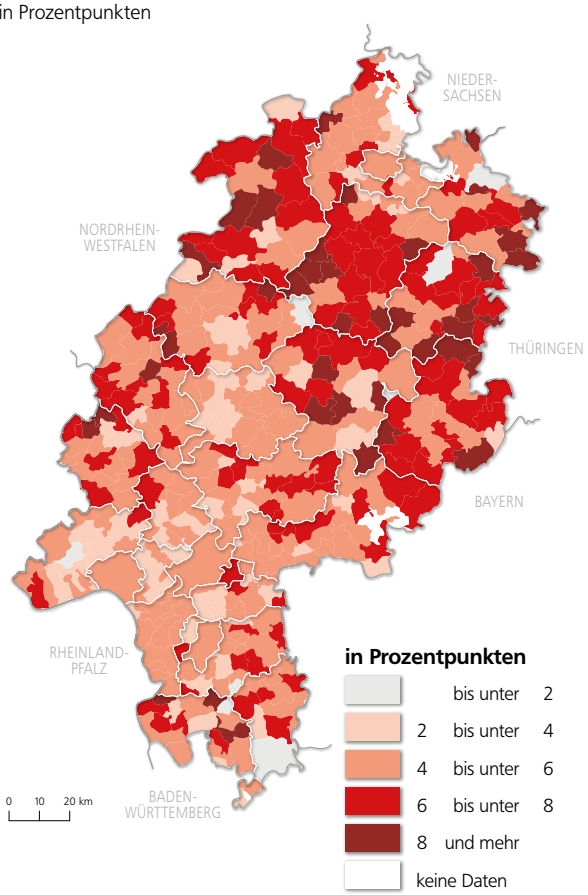
Die Beschäftigungsquote von Frauen beschreibt den Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter weiblicher Erwerbspersonen am Wohnort je 100 weiblicher Personen im erwerbsfähigen Alter. Sie ermöglicht einen Vergleich der von Frauen wahrgenommenen Beschäftigungsangebote und liefert somit Hinweise auf die Chancengleichheit in hessischen Kommunen. Hohe Quoten stehen für eine Angleichung der Erwerbschancen von Frauen im Vergleich zur Beschäftigungsquote insgesamt (siehe Abbildung 9) und der Beschäftigungsquote von Männern (ohne Abbildung). Niedrige Quoten mit hohen Abweichungen von der Beschäftigungsquote insgesamt verweisen dagegen auf strukturelle Benachteiligungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen.

Interpretation

Bei der Interpretation der in Abbildung 21 gezeigten Quoten ist zunächst interessant, dass der Mittelwert von 55,9 Prozent der Beschäftigtenquote von Frauen nicht sehr stark von der Beschäftigungsquote insgesamt (59,9 Prozent) abweicht. Im räumlichen Bild fällt auf, dass keinesfalls von einem Stadt-Land-Gefälle gesprochen werden kann. Frauen sind in ländlichen Kommunen durchschnittlich häufiger erwerbstätig als in (groß-)städtisch geprägten Kommunen. Entsprechend liegen die höchsten Werte nicht in den Wirtschaftszentren Hessens, sondern in ländlich geprägten Kommunen des Schwalm-Eder-Kreises, Waldeck-Frankenberg, Hersfeld-Rotenberg, in einzelnen Kommunen des Landkreises Kassel und im Werra-Meißner-Kreis sowie im mittelhessischen Vogelsbergkreis. Den höchsten Wert von 71,1 Prozent (Beschäftigungsquote insgesamt: 71,5 Prozent) hat die Gemeinde Kirchheim im Landkreis Hersfeld-Rotenberg. Erstaunlich ist, dass die geringsten Quoten auf die Universitätsstädte Gießen (43,4 Prozent), Marburg (44,4 Prozent) und mit etwas Abstand auch auf Kassel (50,9 Prozent) entfallen. Im Umfeld zahlreicher akademisch geprägter Beschäftigungsangebote sind an sich höhere Beschäftigungsquoten als in anderen Wirtschaftszweigen üblich. Dieser Effekt kommt hier allerdings erst im Vergleich zur Beschäftigungsquote insgesamt zum Tragen, da durch den hohen Anteil an Studierenden die Beschäftigungsquote auch insgesamt in diesen Städten nicht sehr viel höher als die Beschäftigungsquote für Frauen liegt (Gießen: 46,7 Prozent; Marburg: 46,8 Prozent; Kassel: 55,4 Prozent).

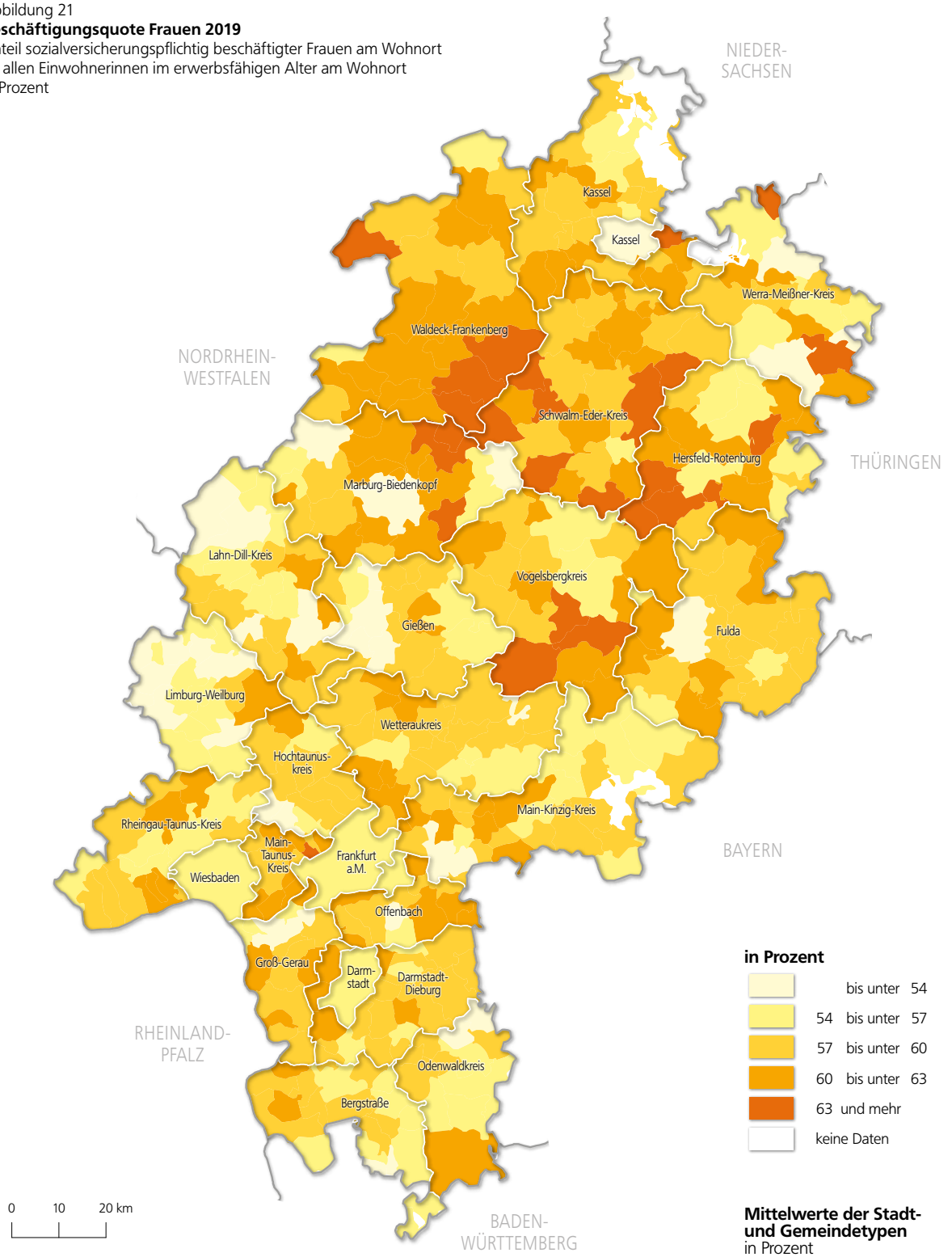
Nimmt man diese Erkenntnis zum Anlass, um in einer vertiefenden Analyse die Abweichungen zwischen der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote insgesamt zu betrachten, zeigen die Kleinstädte Breuberg im Odenwaldkreis sowie Haiger und Eschenburg im Lahn-Dill-Kreis die höchsten Abweichungen von über zehn Prozent. Hier liegt die Erwerbstätigkeit von Frauen sehr deutlich unterhalb derjenigen von Männern. In einigen wenigen Kommunen liegt die Beschäftigungsquote für Frauen dagegen höher als für Männer, darunter einige Landgemeinden mit besonderen Beschäftigungsstrukturen (z. B. Kloster Haina im Landkreis Waldeck-Frankenberg), wie die durch zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen geprägte Kleinstadt Bad Wildungen (Waldeck-Frankenberg) und die Hochschulstadt Geisenheim (Rheingau-Taunus-Kreis). Die Veränderung der

Abbildung 20
Veränderung der Beschäftigungsquote Frauen 2014–2019
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 21
Beschäftigungsquote Frauen 2019
Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen am Wohnort an allen Einwohnerinnen im erwerbsfähigen Alter am Wohnort in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Beschäftigungsquote von Frauen von 2014 bis 2019 (siehe Abbildung 20) zeigt, dass diese bis auf wenige Ausnahmen positiv ausfällt. Die Ausnahme ist Neustadt (–1,1 Prozent, Beschäftigungsquote insgesamt: +3,9 Prozent). In allen anderen Kommunen steigt die Beschäftigtenquote im konjunkturellen Hoch des Beobachtungszeitraums deutlich an, mit Konzentrationen in Nordhessen. Mit Blick auf die Karte in Abbildung 20 wird ersichtlich, dass sich die höheren Beschäftigungsquoten für Frauen in Nordhessen erst über die vergangenen Jahre herausgebildet haben. Den Spitzenwert erreicht auch hier die Gemeinde Kirchheim im Landkreis Hersfeld-Rotenberg (+11,8 Prozent), die ihre Beschäftigungsquote insbesondere durch neue Möglichkeiten in der Logistikbranche am Verkehrsknotenpunkt der Bundesautobahnen A4 und A7 erhöhen konnte. Diese Erklärung dürfte in generalisierter Form auch für weitere Kommunen in Nordhessen gelten, in denen eine Ausweitung von Beschäftigungsangeboten für Frauen gelungen ist.

Ungeklärt bleibt bei dieser Betrachtung, inwiefern damit eine nachhaltige Chancengleichheit für Frauen erreicht ist. Um dieser Frage nachzugehen, sind weitere Informationen zur Qualität der Beschäftigung im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie den im nächsten Abschnitt aufgezeigten Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern zu betrachten.

Verdienstabstand

Aussagekraft des Indikators

Der Verdienstabstand bemisst die Einkommensunterschiede zwischen dem Bruttomonatsentgelt einer vollzeitbeschäftigten Frau und dem Bruttomonatsentgelt eines vollzeitbeschäftigten Mannes im Durchschnitt eines Bezugsraumes, hier den Städten und Landkreisen Hessens. Mit dieser Kenngröße wird deutlich, inwiefern strukturelle Unterschiede in der Vergütung von Erwerbstätigkeiten zwischen den Geschlechtern in Hessen variieren. Städte und Kreise mit hohen Differenzen (in Prozent, Durchschnitt aller erfassten Bruttogehälter) bieten weiblichen Erwerbstätigen geringere Chancengleichheit als Städte und Kreise mit vergleichsweise niedrigeren Differenzen.

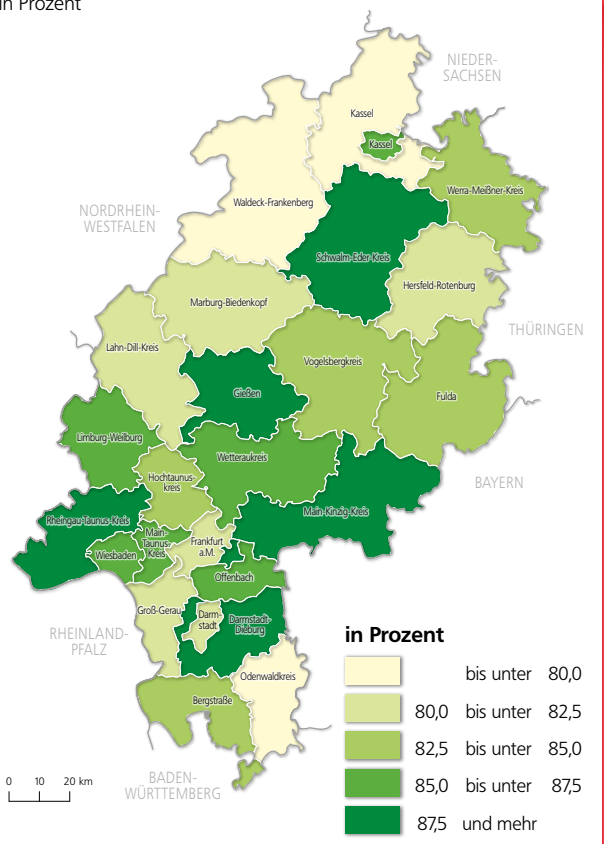
Interpretation

Die Erwerbstätigkeit von Frauen wird im Vergleich zum Durchschnittsverdienst von Männern über alle Städte und Kreise in Hessen geringer vergütet. Im landesweiten Durchschnitt erreichen Frauen den Verdienst von Männern zu 83,9 Prozent (Deutschland 2019: 80,0 Prozent). Im Mittel bekommen also Frauen in Hessen je 100,00 Euro Bruttogehalt 16,10 Euro weniger als Männer (Deutschland 2019: 20,00 Euro).

Im Bundesland Hessen folgen die betrachteten Verdienstabstände keinem offensichtlichen Stadt-Land-Muster (siehe Abbildung 22). Sehr hohe Verdienstabstände finden sich gleichermaßen in ländlich geprägten Kreisen Nordhessens (Landkreis Kassel: 71,7 Prozent; Waldeck-Frankenberg: 76,4 Prozent) und im südlichen Odenwaldkreis (77,4 Prozent).

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt (80,0 Prozent) und auch Frankfurt am Main (81,2 Prozent) liegen in der zweituntersten Klasse. Die geringsten Verdienstabstände sind im Rheingau-Taunus-Kreis (90,4 Prozent) und in der Stadt Offenbach am Main (89,5 Prozent) zu finden. Aus dieser Betrachtung lässt sich lediglich schlussfolgern, dass die durchschnittlichen Verdienstabstände je Kreis von einer Vielzahl an Beschäftigungsverhältnissen geprägt sein dürften, die sich insgesamt zu einem strukturellen Chancennachteil verdichten. Aus der Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes ist bekannt, dass der Verdienstabstand zu großen Teilen mit einem Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der Ausübung atypischer und geringfügig bezahlter Beschäftigungsverhältnisse begründet liegt (Statistisches Bundesamt 2020). Frauen arbeiten demnach mehr in Beschäftigungsverhältnissen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, in der Mehrzahl allerdings geringfügiger entlohnt werden. Dieser Aspekt dürfte auch die räumliche Varianz in Hessen beeinflussen, die unterschiedlich gelagerte Beschäftigungen anbietet. Darüber hinaus wird auch dem Umstand, dass Frauen weniger in gut bezahlten Führungspositionen vertreten sind, Erklärungsgehalt zugesprochen. Weiterhin verzeichnen Frauen häufiger Erwerbsunterbrechungen, z. B. durch die Geburt von Kindern oder die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger, die häufig Einkommenseinbußen bei der späteren Fortführung der Erwerbstätigkeit mit

Abbildung 22
Verdienstabstand 2017
Bruttomonatsentgelt einer vollzeitbeschäftigten Frau zu Bruttomonatsentgelt eines vollzeitbeschäftigten Mannes
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

sich bringen. Auch nach Berücksichtigung dieser strukturell bedingten Erklärungsfaktoren zeigt die Verdienststrukturerhebung verbleibende Diskrepanzen im Umfang von sechs Prozent auf, denen Frauen auch bei gleicher Qualifikation und Berufserfahrung im Durchschnitt ausgesetzt sind („bereinigter Gender Pay Gap").

Laut Statistischem Bundesamt hat sich das Missverhältnis in der Vergütung zwischen den Geschlechtern über die vergangenen Jahre kaum verändert. Erst über eine lange Zeitreihe zeigt sich ein leichter Trend, bei dem Frauen im bundesweiten Durchschnitt von vormals 77 Prozent im Jahr 2006 auf ca. 80 Prozent der Gehälter von Männern im Jahr 2019 kommen. Im Hinblick auf die hier kaum erklärungsfähigen räumlichen Unterschiede bleibt festzuhalten, dass die Bekämpfung der Chancenungleichheit in den Bruttogehältern von Frauen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die neben ungleicher Basisbezahlung auch die strukturellen Benachteiligungen wie Erwerbsunterbrechungen und geringere Entlohnung für flexiblere Arbeitszeiten zu adressieren hat.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass in den unterschiedlichen Phasen des Lockdowns überproportional viele Frauen ihre berufliche Tätigkeit gegenüber häuslichen Betreuungsleistungen zurückstellen mussten – auch bezeichnet als eine Form der „Retraditionalisierung" (Kohlrausch/Zucco 2020: 7). Dieser Aspekt stimmt bedenklich, auch im Hinblick auf die eigentlich für viele Beschäftigungsverhältnisse längst mögliche Flexibilisierung von Arbeit durch digitales, ortsunabhängiges Arbeiten, die für Männer und Frauen gleichermaßen gegeben sein müsste. Neben der fehlenden Wertschätzung für Betreuungsleistungen verbirgt sich hinter dieser Erkenntnis auch eine bedenkliche Akzeptanz in der Verzichtbarkeit weiblicher Berufstätigkeit innerhalb von Familien und Haushalten, die dem Grundsatz der Gleichstellung klar zuwiderläuft.

Betreuungsquote Kleinkinder

Aussagekraft des Indikators

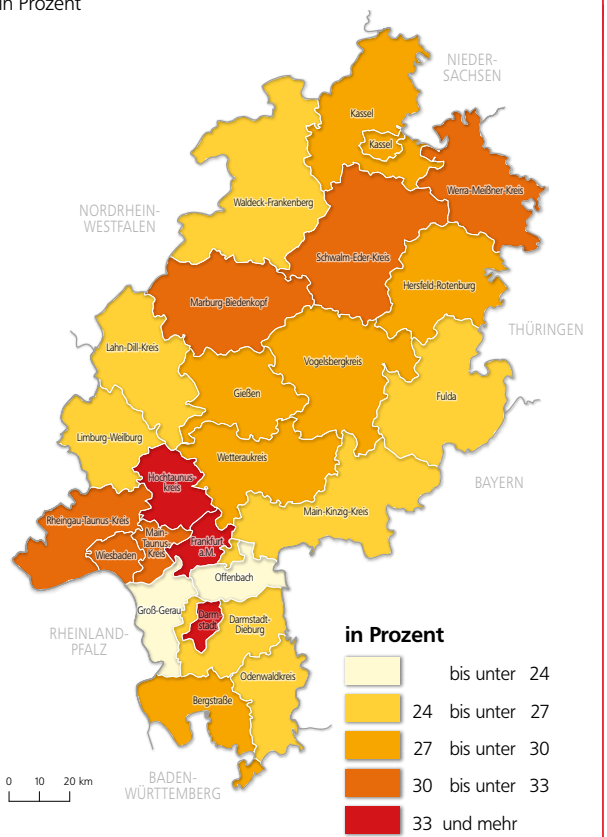
Die Betreuungsquote für Kleinkinder entspricht dem Anteil der Kinder unter drei Jahren an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe, der in Kindertageseinrichtungen betreut wird. Der Indikator gibt somit Auskunft über die wahrgenommenen Betreuungsangebote für Kleinkinder in einer Stadt oder einem Landkreis. Hohe Quoten sind Ausdruck eines Angebots, das von Familien tatsächlich genutzt wird. Sie stehen damit auch für den Aspekt, dass Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Niedrige Quoten können auf fehlende Angebote zurückzuführen sein, sind womöglich aber auch in traditionellen Einstellungen begründet, die eine Fremdbetreuung von Kindern ablehnen. Sie können somit auch in Regionen vorkommen, in denen Familien und Alleinerziehende nicht zwingend auf ein (zusätzliches) Erwerbseinkommen angewiesen sind.

Interpretation

Abbildung 23 zeigt eine Bandbreite in der Betreuungsquote von 37,9 Prozent (Frankfurt am Main) bis 20,1 Prozent in Groß-Gerau. Vergleichsweise hohe Werte finden sich in roter Einfärbung auch in Darmstadt und im Hochtaunuskreis, weiterhin in den westlich davon gelegenen Kreisen und in Teilen Nordhessens (Marburg-Biedenkopf, Schwalm-Eder-Kreis und Werra-Meißner-Kreis). Am anderen Ende der Verteilung hat neben Groß-Gerau auch der Landkreis Offenburg vergleichsweise niedrige Werte. Die restlichen Regionen liegen in einem Wertebereich, der annähernd dem Durchschnitt Gesamtdeutschlands von 28,5 Prozent entspricht.

Typisch für die Betreuungsquote von Kleinkindern ist, dass entsprechende Einrichtungen in größeren Städten verstärkt nachgefragt werden. Erklärungsfaktoren für diese Beobachtung verweisen auf die höheren Lebenshaltungskosten in Großstädten, die eine frühe Rückkehr von Eltern in die Erwerbstätigkeit erzwingen. Die Nachfrage ist deshalb entsprechend höher, in vielen Großstädten ergänzen private Angebote die begrenzten Kapazitäten der städtischen Einrichtungen. Darüber hinaus werden traditionelle Familienbilder, die eine Betreuung zu Hause vorziehen, noch häufiger in ländlichen Regionen verortet. Dieser Aspekt kann allerdings auch für zugewanderte Familien oder migrantische Milieus in Großstädten gelten, die ebenfalls diesem Familienbild verbunden sind. Auch die Kosten für die Einrichtung können abschreckend wirken, wenn Betreuungspersonen durch begrenzte Erwerbschancen keine wesentlichen Vorteile aus einer Kinderbetreuung realisieren können.

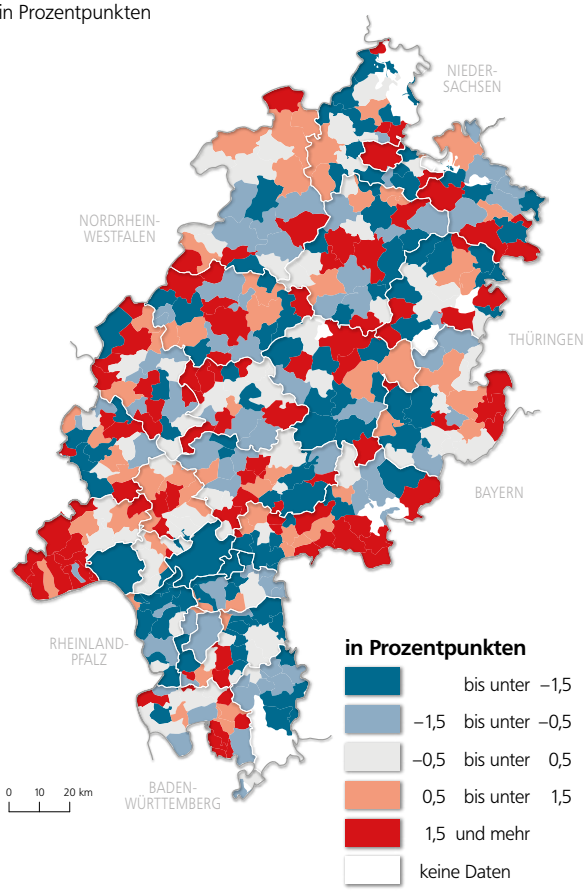
Abbildung 23
Betreuungsquote 2017
Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Die Karte kann nicht beantworten, in welchem Umfang dieser Aspekt in den hessischen Städten und Kreisen eine Rolle spielt. Durchaus auffällig sind allerdings die starken Abweichungen in den Landkreisen Offenbach und Groß-Gerau im Vergleich zu benachbarten städtischen Kreisen mit sehr hohen Werten. Für diese beiden Kreise ist zu hinterfragen, inwiefern eine nachfragegerechte Betreuung in ausreichender Zahl vorhanden ist, beziehungsweise inwiefern die Angebotssituation verbessert werden könnte, um mehr Familien mit Betreuungsmöglichkeiten zu versorgen. Die Ausgestaltung von Betreuungsangeboten ist auch im Hinblick auf Ansteckungsgefahren durch das Coronavirus, die im Umgang mit Kleinkindern kaum vermieden werden können, von besonderer Bedeutung. Kostentreibende Anpassungen von Gruppengrößen und Betreuungsschlüsseln (d. h. weniger Kinder pro Betreuungsperson) bedürfen einer sozial gerechten Ausgestaltung für Familien und Kinder, aber auch einer adäquaten Vergütung für die Leistungen des Betreuungspersonals. Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen, dass die bisherigen Anstrengungen zur Ausweitung des Angebots (z. B. durch das Gute-Kita-Gesetz) der Nachfrageentwicklung nicht gerecht werden. So hat sich die bundesweite Deckungslücke seit 2015 um 127.000 Plätze erhöht, es fehlen 342.000 Plätze. In Hessen fehlen bei einer Betreuungsquote von 31,9 Prozent für alle unter dreijährigen Kinder derzeit 30.100 Plätze. Für 16,5 Prozent der unter Dreijährigen, für die Eltern ein Betreuungsangebot tatsächlich nutzen würden, fehlen also entsprechende Möglichkeiten (Geis-Thöne 2020).

Abbildung 24
Veränderung der Kinderarmut 2015–2020
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

ARMUT

Im vorherigen Abschnitt wurden ungleiche Lebenschancen insbesondere für Frauen und Haushalte mit Betreuungsaufgaben für Kleinkinder aufgezeigt und auf die Bedeutung von Erwerbstätigkeit verwiesen. Diese Argumentation begründet sich unter anderem mit dem Armutsrisiko, das in diesem Abschnitt näher beleuchtet werden soll. So ist für Frauen ein höheres Armutsrisiko evident, die Rentenansprüche sind im Durchschnitt durch kürzere und unterbrochene Erwerbsbiografien geringer (Götz 2019). Auch Kinder von Menschen mit Armutserfahrung geraten häufiger später im Leben selbst in Armut. Aktuell ist jedes fünfte Kind in Deutschland betroffen (Lietzmann/Wenzig 2020).

Kinderarmut

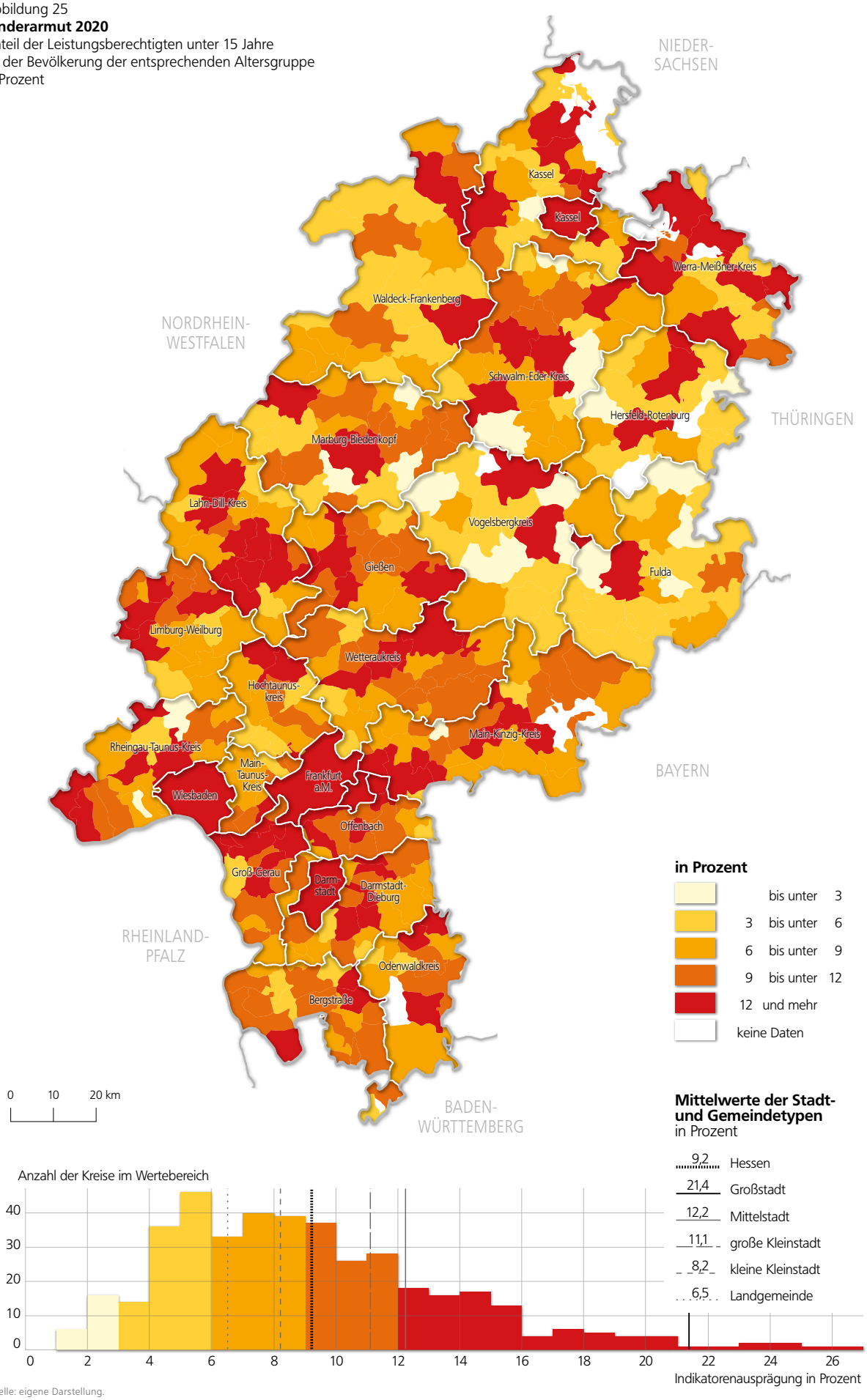
Aussagekraft des Indikators

Das Ausmaß an Kinderarmut in Deutschland kann mit zwei Ansätzen gemessen werden: mit der Armutsgefährdungsquote oder dem Leistungsbezug von Haushalten mit Kindern nach Sozialgesetzbuch. Während für die Armutsgefährdungsquote Einkommensbezüge unterhalb von 60 Prozent des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung als Maßstab gelten, unterhalb dessen Menschen von Armut bedroht sind, gibt die hier genutzte Definition des Leistungsbezugs Auskunft über tatsächliche Unterstützungsleistungen, die betroffene Haushalte beantragen und bewilligt bekommen. Dieser Messansatz konnte mit Daten des Statistischen Landesamtes Hessen für den Beobachtungszeitraum hochaktuell berechnet werden. Zugrunde liegt die Anzahl der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an allen Einwohner_innen unter 15 Jahren, die in Haushalten mit Leistungsbezug nach Sozialgesetzbuch (SGB II) leben (in Prozent). Sehr hohe Werte deuten auf Konzentrationen von Kinderarmut hin, die betroffenen Kindern auch milieubedingt Standortnachteile für den späteren Bildungsweg und Berufseinstieg in die Wiege legt.

Interpretation

Abbildung 25 zeigt für die hessischen Städte und Gemeinden, dass Kinderarmut – wie auch für Gesamtdeutschland – vornehmlich weiterhin ein städtisches Problem ist. Die im Histogramm unter der Karte aufgetragenen Durchschnittswerte nach Stadt- und Gemeindetyp belegen, dass mit 21,4 Prozent Großstädte die mit Abstand höchsten Quoten aufweisen, gefolgt von Mittelstädten (12,2 Prozent) und größeren Kleinstädten (11,1 Prozent). Kleine Kleinstädte (8,2 Prozent) und Landgemeinden (6,5 Prozent) sind nicht unbetroffen, haben aber doch deutlich niedrigere Quoten. Folglich liegen die höchsten Quoten in Städten wie Bad Schwalbach (26,4 Prozent), der Stadt Kassel (25,7 Prozent), Wetzlar (24,4 Prozent) oder Gießen (24,2 Prozent), die geringsten Quoten dagegen in Landgemeinden (Grebenau im Vogelsbergkreis: 1,3 Prozent, Dipperz im Landkreis Fulda: 1,7 Prozent). Die Karte verdeutlicht, dass die Konzentration in Städten der entsprechenden

Abbildung 25
Kinderarmut 2020
Anteil der Leistungsberechtigten unter 15 Jahre
an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; GeoBasis-DE/BKG 2020.

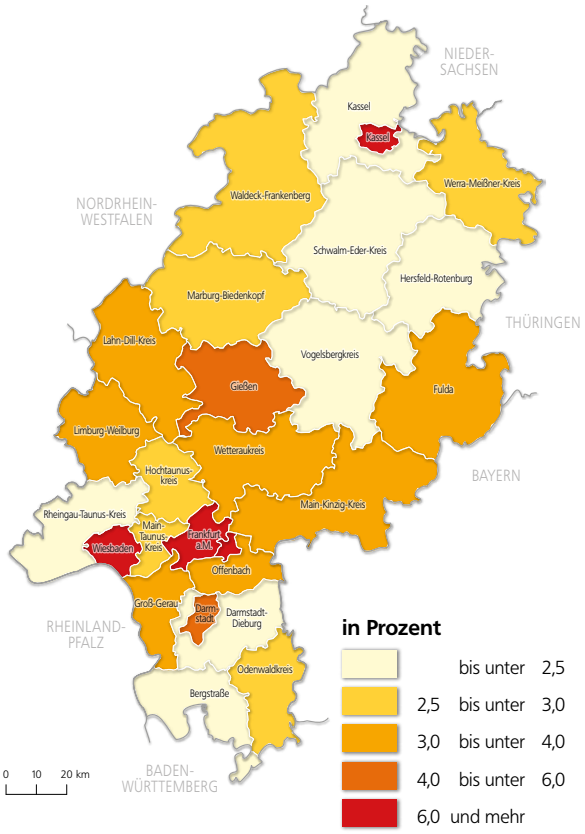
Stadt-Land-Verteilung in Hessen folgt. Zusammenhängende, hoch betroffene Kommunen finden sich in Südhessen um Frankfurt (17,1 Prozent), Wiesbaden (21,9 Prozent) und Darmstadt (19,8 Prozent). Andernorts findet sich ein Nebeneinander von hoch betroffenen Städten und Kommunen mit vergleichsweise niedrigen Quoten in unmittelbarer Nachbarschaft, zum Beispiel im Vogelsbergkreis.

Die Veränderungsraten in Abbildung 24 zeigen wiederum, dass in den hoch betroffenen Städten die Quoten im Jahr 2015 vielfach noch höher lagen. Blau eingefärbte Kommunen haben einen Rückgang von mehr als 1,5 Prozent in der Kinderarmut (dunkelblau) bzw. zwischen 0,5 und 1,5 Prozent (hellblau), rot eingefärbte Kommunen dagegen einen Zuwachs von 0,5 bis 1,5 Prozent (hellrot) bzw. mehr als 1,5 Prozent (dunkelrot). Den höchsten Zuwachs an Kinderarmut hatten Bad Salzschlirf (+10,9 Prozent) und Bad Schwalbach (+9,1 Prozent). Ähnlich hohe Veränderungsraten im positiven Sinne, d. h. als Rückgang der Kinderarmut, hatte die Stadt Offenbach am Main (–11,2 Prozent), allerdings auf eine weiterhin vergleichsweise hohe Quote von 23,4 Prozent im Jahr 2020.

Verschiedene Studien verweisen auf den Milieueffekt von Kinderarmut, der sogenannten Teilhabechancen im Weg steht: Bei hoher räumlicher Konzentration betroffener Haushalte kann die Armutserfahrung zum Lebensalltag werden, die Unterstützung betroffener Kinder auf dem Bildungsweg und im Berufseinstieg unterliegt deutlich schwierigeren Rahmenbedingungen (Tophoven et al. 2017; Kinderhilfswerk e.V. 2018). Zusätzlich wirkt eine steigende sozialräumliche Polarisierung, in der wohlhabende und einkommensschwache Wohnlagen innerhalb einer Stadt und innerhalb von Quartieren aufeinandertreffen, kontraproduktiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Hinblick auf die Lebenschancen für Kinder ist der Bedarf an weiteren und wirksameren Unterstützungsangeboten ein vordringliches Handlungsfeld für umfassende sozialpolitische Maßnahmen.

Entsprechende Maßnahmen wie gezielte Förderungen nach Bedarf mit Teilhabegeldern und infrastrukturellen Unterstützungsangeboten werden von der Politik bislang nur zögerlich umgesetzt (Funcke/Menne 2018). Bedenklich erscheinen in dieser Hinsicht erste Erfahrungen aus der Corona-Krise, die von einer Verfestigung der Milieustrukturen für Kinderarmut ausgehen. Nur ein Viertel aller betroffenen Haushalte in Deutschland hat einen internetfähigen Computer für effizientes Homeschooling, zudem sind die Wohnverhältnisse deutlich beengter und stärker belegt, sodass bei Fehlen eines geeigneten Lernraums die Teilhabe am schulischen Alltag weiter erschwert wird (Lietzmann/Wenzig 2020). Dieser Aspekt ist mit der Perspektive einer steigenden Bedeutung digitalen Lernens für die Zukunft – auch unabhängig vom Bedarf des Homeschoolings – eine dringend zu überwindende Benachteiligung für Kinder in Armut.

Abbildung 26
Altersarmut 2017
Anteil der Bevölkerung mit Grundsicherung im Alter an der Bevölkerung 65 Jahre und älter in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Altersarmut

Aussagekraft des Indikators

Die Altersarmut kann ebenso wie die Kinderarmut mit den beiden Ansätzen der Armutsgefährdungsquote (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung) oder dem tatsächlichen Bezug der Grundsicherung im Alter (SGB XII) beschrieben werden. Auch hier wird aufgrund der aktuelleren Datenlage letztere Variante genutzt. Dargestellt sind die Einwohner_innen mit Grundsicherung im Alter an allen Einwohner_innen im Alter von 65 Jahren und älter (in Prozent). Mit dieser Kenngröße wird beschrieben, inwiefern die Verteilung und ihre Entwicklung räumliche Ungleichheiten in den hessischen Städten und Kreisen aufzeigt.

Interpretation

Altersarmut ist in Großstädten besonders ausgeprägt. Die höchsten Werte in Abbildung 26 sind in den Städten Offenbach am Main (8,9 Prozent) und Frankfurt am Main (8,8 Prozent) zu finden, gefolgt von der Stadt Kassel (7,4 Prozent) und Wiesbaden (6,8 Prozent). Gleichzeitig finden sich die niedrigsten Werte auf Kreisebene in unmittelbarer Nachbarschaft, zum Beispiel im Landkreis Kassel (2,1 Prozent) oder im Main-Taunus-Kreis (2,5 Prozent). Mittlere Werte sind über das Land Hessen verteilt. Hier kann aufgrund des ersichtlichen Stadt-Land-Gefälles vermutet werden, dass auf Landkreisebene Betroffenheiten in kleinstädtischen Teilgebieten und ländlicheren Gegenden zu einem mittleren Durchschnittswert führen.

Der starke Gegensatz zwischen Stadt und Land wird auf stärker ausgeprägte soziale Gegensätze in Städten zurückgeführt, die sich für benachteiligte Personen im Alter häufig zu Armut weiterentwickeln. Betroffen sind Menschen mit Phasen der Arbeitslosigkeit oder anderweitig unterbrochenen Erwerbsbiografien, Frauen ohne eigenes Einkommen, Personen mit Beschäftigung im Niedriglohnsektor und die steigende Anzahl an nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese Gruppen leben vermehrt in Städten und sind dort stärker auf staatliche Unterstützung angewiesen, wenn familiäre und soziale Unterstützungsnetzwerke im Alter wegbrechen und gleichzeitig die Lebenshaltungskosten steigen. Auf dem Land wird vermutet, dass familiäre Netzwerke betroffene Personen auffangen, auch wenn in manchen Studien eine Dunkelziffer der sogenannten „verschämten Altersarmut" thematisiert wird, bei der die Beantragung finanzieller Unterstützung so lange wie möglich gemieden wird (Steinwede et al. 2008).

Aktuelle Prognosen zeigen auf, dass bis zum Jahr 2036 mit einer steigenden Zahl an Menschen im Ruhestand zu rechnen ist, deren Ruhestandsbezüge unterhalb des Armutsrisikoniveaus liegen. Besonders betroffen sind Personen mit geringer Bildung, alleinstehende Frauen und Personen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen waren oder die einen Migrationshintergrund haben (Haan et al. 2017).

Menschen in Altersarmut sind in Zeiten von Pandemien schon aufgrund ihres Alters besonders gefährdet. Der erzwungene Rückzug in die Schutzzone der privaten Wohnung wird insbesondere dann zur Belastung, wenn beengte Räumlichkeiten und fehlende oder überlastete Grünflächen im Wohnumfeld Freiheiten und soziale Kontaktmöglichkeiten weiter einschränken. Aktuelle Diskussionen um die Grundsicherungsrente, die laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft von über 60 Prozent der Anspruchsberechtigten (625.000 Privathaushalte) erst gar nicht beantragt wird, zeigen auf, dass Antragsverfahren deutlich einfacher und ohne Stigmatisierung der Betroffenen organisiert werden müssen (Buslei et al. 2019). Digitale Möglichkeiten könnten zwar helfen, die Verfahren anonymer auszugestalten, wirken aber auf weite Teile der Betroffenen aufgrund fehlender digitaler Kompetenzen exkludierend. Zudem zeigen Diskussionen um die Zusammenhänge zwischen Altersarmut und dem Erwerbsleben auf, dass die wirksamen Mittel in einer gerechteren Ausgestaltung von Anwartschaften auf Renten und Pensionen im Arbeitsleben liegen. Kommentare zum Anfang des Jahres vorgelegten „Verlässlichen Generationenvertrag" der Rentenkommissionen der Bundesregierung verweisen auf die Notwendigkeit, im Niedriglohnsektor Rentenabgaben zu fördern. Selbstständige Personen, aus Gerechtigkeitsgründen aber auch Beamt_innen, sollten in die gesetzliche Rentenversicherung integriert, zudem die private und betriebliche Altersvorsorge weiter gestärkt werden (Börsch-Supan 2020). Weiterhin erläutert der Beitrag auch den Zusammenhang zwischen Investitionen in Bildung und ihrer Präventionsfunktion für spätere Armutsrisiken. Die im nächsten Abschnitt diskutierten Schulabbrecherquoten und ungleichen Zugänge zur Bildungsinfrastruktur im Land Hessen zeigen auf, wo in diesem Bereich weiterer Handlungsbedarf verortet werden muss.

BILDUNG

In der Corona-Krise wird ebenfalls deutlich, welche Leistungen Bildungseinrichtungen für die Gesellschaft insgesamt erbringen, aber auch, wo die Defizite liegen. Homeschooling für Schüler_innen funktioniert nur bei entsprechender digitaler Ausstattung umfassend, das Arbeiten von zu Hause forderte Eltern und Kindern neue Aufteilungen ihrer täglichen Routinen ab. Studien zum Lernen von zu Hause zeigen, dass insbesondere leistungsschwächere Kinder mehr Zeit mit passiven Tätigkeiten verbrachten und dass der Bildungshintergrund der Eltern eine zwar nicht stark ausgeprägte, aber doch erkennbare Rolle bei der Motivation von Schüler_innen spielte (Wößmann et al. 2020). Vor diesem Hintergrund zeigen die folgenden Ausführungen mit ausgewählten Indikatoren, wo räumliche Ungleichgewichte im Bildungserfolg von Schüler_innen vorliegen, aber auch, wie der Zugang zur Bildungsinfrastruktur im Land variiert.

Schulabgänger_innen ohne Abschluss

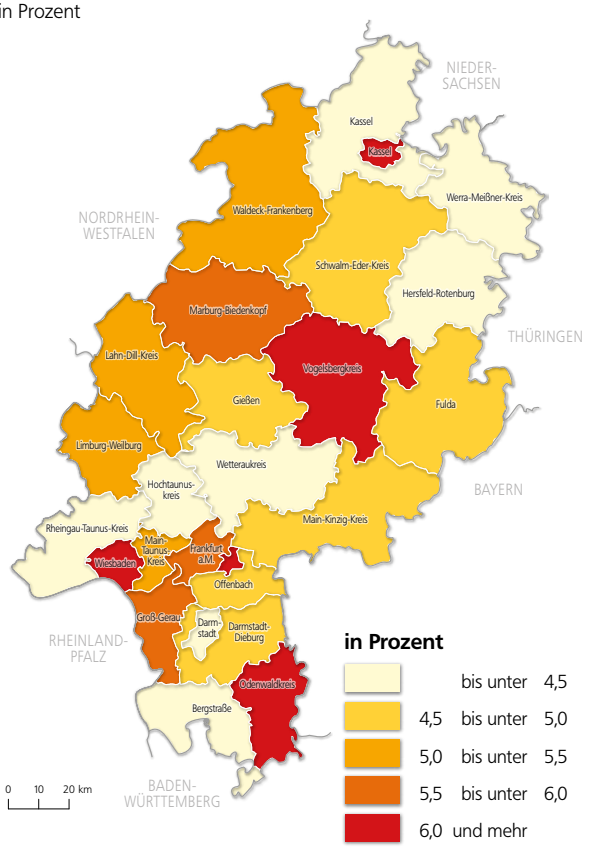
Aussagekraft des Indikators

Der Indikator ist definiert als der Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger_innen eines Jahrgangs (in Prozent). Er zeigt in seiner räumlichen Variation an, wo Schulabgänger_innen ohne Schulabschluss gehäuft ausschließlich Beschäftigungsmöglichkeiten ohne Qualifikationsvoraussetzung zur Verfügung stehen.

Interpretation

Die Karte in Abbildung 27 zeigt, dass hohe Quoten über 6,0 Prozent in den Städten Kassel (7,0 Prozent) und Offenbach am Main (6,8 Prozent), im Odenwaldkreis (6,6 Prozent), in der Landeshauptstadt Wiesbaden (6,5 Prozent) und im Vogelsbergkreis vorkommen (6,4 Prozent). Die niedrigste Quote findet sich in der Wissenschaftsstadt Darmstadt (2,9 Prozent), der einzigen Kommune unter 3,0 Prozent. Mittlere Werte folgen keinem erkennbaren räumlichen Muster, im Gesamtbild werden weder starke Konzentrationen noch räumliche Muster deutlich. Höhere Quoten für Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss dürften vielmehr in einer Gemengelage an Ursachen begründet liegen, darunter fehlende Sprachkenntnisse neu zugewanderter Kinder aus dem Ausland oder eine mangelnde Finanzierung zusätzlicher Unterstützungsleistungen in sozialen Brennpunkten (Anger/Plünnecke 2020). Zahlen dieser Autor_innen im Bildungsmonitor 2020 zeigen, dass deutschlandweit insbesondere ausländische Schüler_innen ohne Abschluss von der Schule abgehen (18,1 Prozent), mit steigender Tendenz. Der Bildungsbericht 2020 spricht in diesem Zusammenhang von Disparitäten in der sogenannten Bildungsbeteiligungsquote von Personen mit Migrationshintergrund. Diese ist für Personen aus Ungarn (26 Prozent), Rumänien und Bulgarien (27 Prozent), Syrien, dem Irak und Afghanistan mit 35 Prozent relativ niedrig, Kinder mit Migrationshintergrund aus diesen Ländern streben seltener den Schulabschluss an. Sehr viel höher ist die Bildungsbeteiligungsquote dagegen bei Personen amerikanischer (62 bis 65 Prozent), ukrainischer (57 Prozent), nordafrikanischer

Abbildung 27
Schulabgänger_innen ohne Abschluss 2017
Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger_innen in Prozent

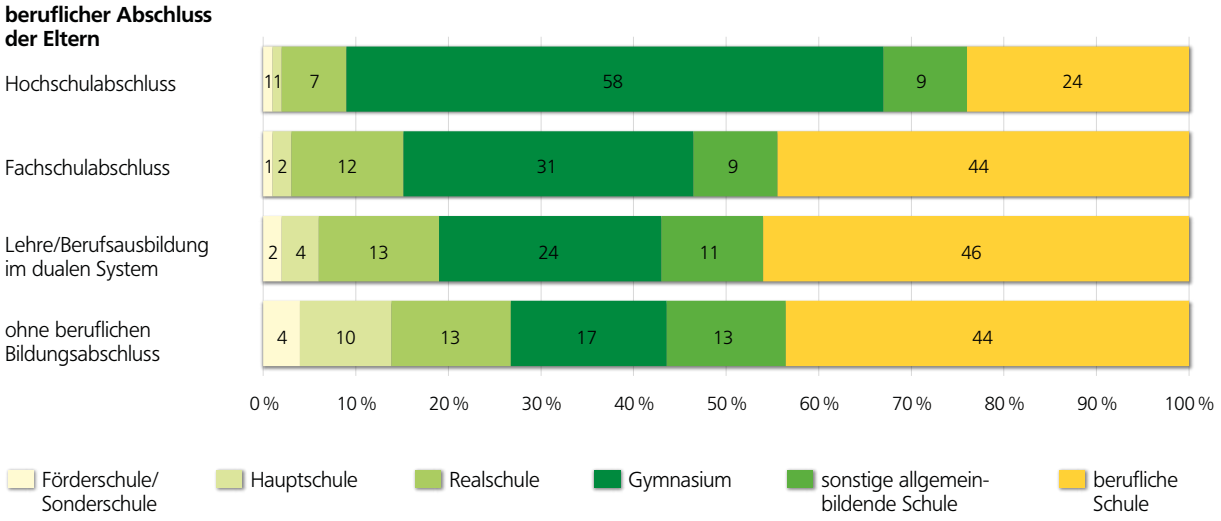


Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder, GeoBasis-DE/BKG 2020.

(53 Prozent), iranischer (53 Prozent) und türkischer (52 Prozent) Herkunft (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 53). Als ein wichtiger Schlüssel zum Bildungserfolg wird die Sprachförderung in Kindertagesstätten und Kindergärten angesehen, entsprechende Defizite werden nur bei guten Rahmenbedingungen über die Schulbiografie ausgeglichen. Jugendliche ohne Qualifikation haben entscheidende Nachteile auf aktuellen, aber sehr wahrscheinlich noch mehr auf den Arbeitsmärkten der Zukunft, nicht nur im Hinblick auf eine zunehmende Akademisierung der Gesellschaft. Die prognostizierten Zahlen zum Facharbeitermangel erfordern weiterführende Qualifikationen, die auch im Hinblick auf digitale Kompetenzen und flexiblere Beschäftigungsverhältnisse künftig anspruchsvoller werden. Eine stärkere Durchlässigkeit auf den Bildungswegen, zum Beispiel durch Gesamtschulen und Ganztagesbetreuung schon in Kindergarten und Grundschule, wird als ein Schlüssel für die Bildungsteilhabe angesehen. In dieser Hinsicht zeigt Abbildung 28 für Gesamtdeutschland die nach wie vor starke Vorprägung des Bildungswegs durch den beruflichen Abschluss der Eltern. Kinder von Hochschulabsolvent_innen machen sehr viel häufiger Abitur als Kinder von Eltern mit Fachschulabschluss oder niedriger (58 Prozent gegenüber 31 Prozent, 24 Prozent, 17 Prozent). Und umgekehrt absolvieren Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss sehr viel häufiger die Berufsschule (44 bis 46 Prozent gegenüber 24 Prozent).

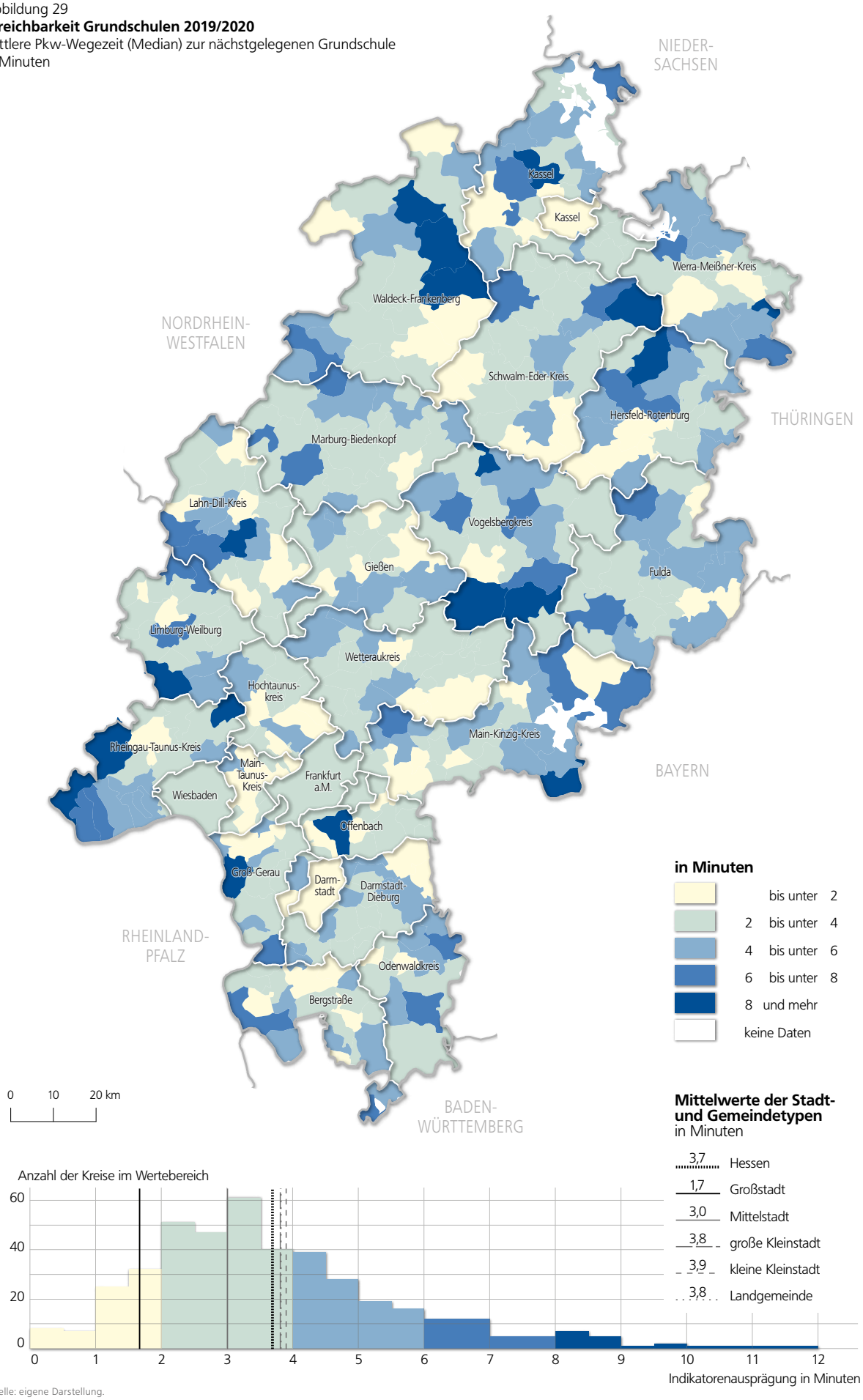
Als weitere Maßnahmen werden Investitionen in das Bildungswesen angemahnt (Anger/Plünnecke 2020). Der internationale Vergleich zeigt, dass Deutschland diese Investitionen insbesondere für Grund- und Hauptschulen dringend benötigt. Hier bescheinigt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Deutschland in ak-

Abbildung 28
Besuchte Schulart von Schüler_innen im Alter ab 15 Jahren 2016 nach höchstem beruflichem Abschluss der Eltern
modifiziert nach Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020: 54)



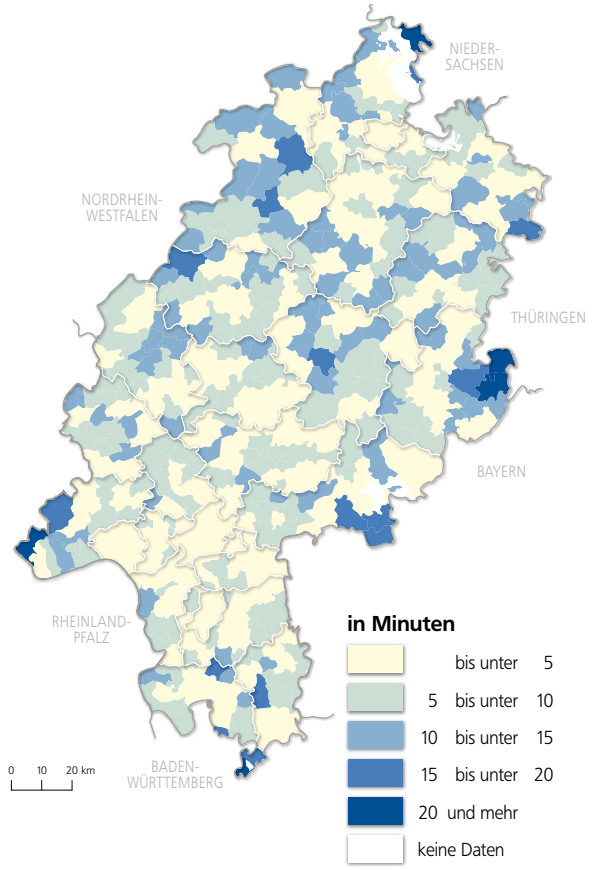
Datengrundlage: modifiziert nach Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 54.

Abbildung 29
Erreichbarkeit Grundschulen 2019/2020
mittlere Pkw-Wegezeit (Median) zur nächstgelegenen Grundschule
in Minuten



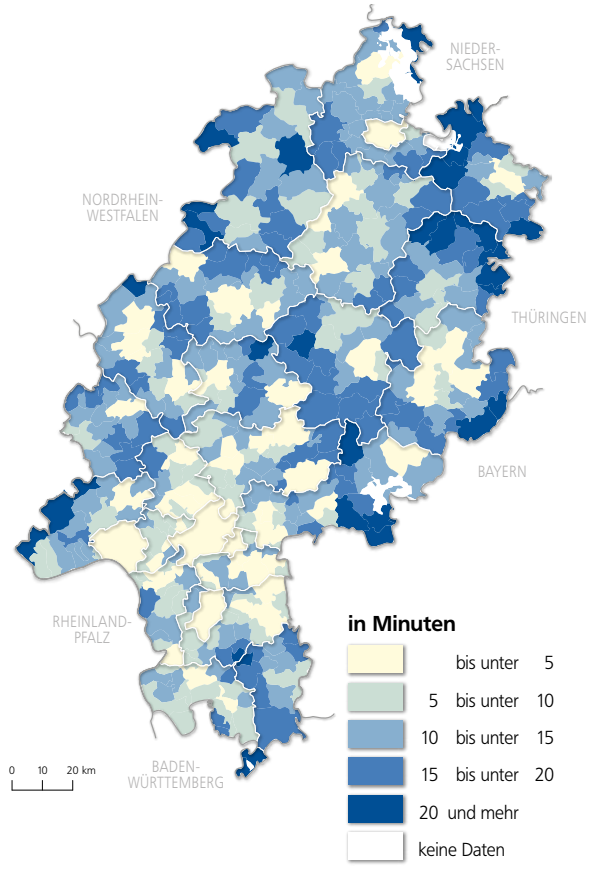
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Hessisches Kultusministerium, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 30
Erreichbarkeit weiterführende Schulen 2019/2020
mittlere Pkw-Wegezeit (Median) zur nächstgelegenen weiterführenden Schule (mittlerer Schulabschluss)
in Minuten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Hessisches Kultusministerium, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 31
Erreichbarkeit Gymnasien 2019/2020
mittlere Pkw-Wegezeit (Median) zur nächstgelegenen Schule mit gymnasialer Oberstufe
in Minuten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Hessisches Kultusministerium, GeoBasis-DE/BKG 2020.

tuellen Studien unterdurchschnittliche Bildungsausgaben in der Primar- und Sekundarstufe I (Rang 28 von 40 OECD-Ländern, OECD 2018: 365).

Erreichbarkeit von Schulen

Aussagekraft des Indikators

Die Erreichbarkeit von Schulen wird gemessen als mittlere Pkw-Reisezeit (in Minuten) zur nächstgelegenen Einrichtung der Schultypen Grundschule, weiterführende Schule mit Bildungsabschluss mittlere Reife und Schule mit gymnasialer Oberstufe. Ausgangspunkt für die Ermittlung der Reisezeiten ist das geometrische Zentrum einer Gemeinde, Zielpunkt ist die Adresse der entsprechenden Schule. Reisezeiten stellen somit eine Schätzung für den räumlichen Vergleich dar, tatsächlich erlebte Reisezeiten können je nach Wohnlage innerhalb der Gemeinde abweichen. Die Daten wurden vom Hessischen Kultusministerium bereitgestellt. Hohe Werte zeigen an, wo Schüler_innen auf die gesetzlich garantierte Schülerbeförderung angewiesen sind. Geringe Werte zeigen an, in welchen Städten und Gemeinden die Erreichbarkeit von Schulen für die Schüler_innen und Einwohner_innen nahräumlich möglich ist.

Interpretation

Trotz des politischen Bekenntnisses zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Infrastruktur auch im ländlichen Raum (siehe Abschnitt „Ungleiches Hessen im Überblick“) waren in Hessen im Schuljahr 2018/19 deutlich weniger Schulen registriert als noch im Jahr 2017/18. Von 1.153 Grundschulen wurden 51 geschlossen oder mit anderen Schulformen zusammengeführt (–4,4 Prozent). Von 280 Hauptschulen verschwanden 71 (–25,4 Prozent), von 263 Realschulen 47 (–17,9 Prozent). Die Anzahl an Gymnasien blieb konstant, während im gleichen Zeitraum 37 neue Schulen mit zwei oder drei Bildungsgängen entstanden (+43,5 Prozent, „Gesamtschulen“) (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 51 und Anhang B1-web). Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung verortet diesen Rückgang öffentlicher Schulen, der einhergeht mit einem Ausbau von Kindertagesstätten und der Hochschulinfrastruktur, vor allem in ländlichen und strukturschwachen Kreisen im demografischen Wandel.

In diesem Zusammenhang bilden die in Abbildung 29 bis 31 gezeigten Wegezeiten die neuen Erreichbarkeiten eines derart ausgedünnten Schulnetzes in Hessen ab. Zwar besteht eine gesetzliche Pflicht zur Schülerbeförderung (Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs), gute Erreichbarkeiten spielen

aber dennoch eine Rolle für die Bildungsteilhabe (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 48). Insbesondere für Kinder im Grundschulalter ist eine nahräumliche Erreichbarkeit altersbedingt als Standortvorteil anzusehen. In diesem Zusammenhang zeigt Abbildung 29 deutliche Vorteile in Großstädten, in denen Schüler_innen mit einer theoretischen Pkw-Reisezeit von ca. 1,7 Minuten die nächstgelegene Schule erreichen. In allen anderen Gebietstypen liegt dieser Wert bei 3,0 Minuten und darüber. Bei einer angenommenen Fahrgeschwindigkeit von 50 Kilometer pro Stunde hätten Schüler_innen in Großstädten somit durchschnittlich 1,6 Kilometer Wegstrecke zu laufen, in allen anderen Gebietskulissen 2,6 Kilometer und mehr. Offensichtlich kommen hier die Agglomerationsvorteile von Großstädten zum Tragen, in denen durch die höhere Einwohnerdichte ein engmaschigeres Netz an Grundschulen benötigt wird. Kritischer sind dagegen Wohnlagen in Kommunen zu bewerten, in denen Schüler_innen besonders hohe Wegstrecken zur nächstgelegenen Grundschule zu bewältigen haben. In Hessen liegen die Gemeinden mit den höchsten Werten im Odenwaldkreis (Hesseneck: 11,8 Minuten oder 9,17 Kilometer) und im Werra-Meißner-Kreis (Weißenborn bei Eschwege: 9,2 Minuten oder 7,7 Kilometer). Die Abbildungen 30 und 31 zeigen die Erreichbarkeiten für die weniger engmaschigen Schulstandorte von weiterführenden Schulen mit mittlerem Bildungsabschluss (links) und gymnasialer Oberstufe. Schüler_innen, die hohe Reisezeiten von 15 oder mehr Minuten (einfach) mit der Schülerbeförderung zurückzulegen haben, sind in ihrer Bildungsteilhabe entsprechend benachteiligt. Die Bildungsberichterstattung beschreibt diesbezüglich für Gesamtdeutschland auch einen Zusammenhang zwischen der Bildungsinfrastruktur vor Ort und dem Berufsprofil der Beschäftigten. In ländlichen Kreisen ohne Hochschulangebote sind demnach vermehrt Facharbeiter_innen und weniger qualifizierte Berufsbilder vorzufinden (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 52).

3.3 WOHLSTAND UND GESUNDHEIT

Wohlstand und Gesundheit sind wesentliche Voraussetzungen für das Erleben von Lebensqualität. Ungleiche Standortfaktoren führen nicht nur zu einer Benachteiligung von Menschen, die vergleichsweise schlechteren Rahmenbedingungen ausgesetzt sind. Sie sind in letzter Konsequenz auch Auslöser von Wanderungsbewegungen, die zu neuen, sich selbst verstärkenden Problemlagen in Abwanderungsräumen führen können. Entsprechende Anpassungen an die infrastrukturelle Ausstattung unter dem Handlungsdruck des demografischen Wandels, der Klimaanpassung, aber auch der digitalen Transformation, erfordern Neubewertungen der Ist-Situation mit Blick auf die Perspektive, wie gleichwertige Lebensverhältnisse in diesem Themenbereich künftig ausgestaltet werden können.

DASEINSVORSORGE

Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen Lebens ist eine wesentliche Aufgabe kommunaler Infrastrukturplanung. Sie wird ergänzt um Angebotsstrukturen des privatwirtschaftlichen Einzel- und Großhandels. Die Qualität und Erreichbarkeit entsprechender Einrichtungen setzt wichtige Rahmenbedingungen für Wohlstand und Gesundheit. Auf der einen Seite spiegelt sie die Leistungsfähigkeit kommunaler Verwaltung wider, die für die Planung und Ausgestaltung öffentlicher Einrichtungen hauptsächlich verantwortlich ist (siehe Abschnitt „Staatliches Handeln und Partizipation"). Auf der anderen Seite folgen Einrichtungen der Grundversorgung, die nicht von der Kommune selbst bereitgestellt werden, weitestgehend marktwirtschaftlichen Grundregeln von Angebot und Nachfrage. Im demografischen Wandel sind sie somit einer Anpassung des Angebots ausgesetzt, die regional unterschiedlich ausfallen kann. Im folgenden Abschnitt werden in diesem Sinne Standortqualitäten für die ärztliche Grundversorgung sowie die Erreichbarkeit von Supermärkten als Einrichtungen der Daseinsvorsorge ausgewählt und die räumlichen Muster für das Land Hessen beschrieben.

Hausärztebesatz

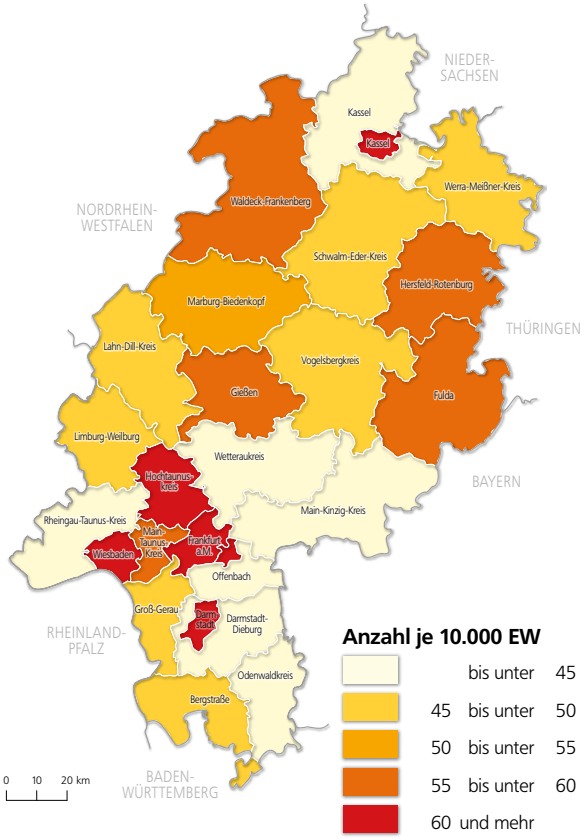
Aussagekraft des Indikators

Der Indikator zeigt die Anzahl von hausärztlich tätigen Allgemeinmediziner_innen inklusive Angestellten je 10.000 Einwohner_innen für die hessischen Städte und Kreise. Eine hohe Anzahl steht für ein dichtes Netz an Ärzt_innen mit Leistungen der medizinischen Grundversorgung für die Einwohner_innen. Bei gleich zu bewertender Bedarfssituation (z. B. gleicher Altersstruktur) ist eine niedrige Anzahl dagegen ein Hinweis auf nachteilige Angebotsstrukturen in der medizinischen Grundversorgung. Zu berücksichtigen ist, dass die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung herausgegebenen und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung veröffentlichten Daten Angestellte enthalten und im Falle von sehr niedrigen Zahlen Geheimhaltungsfälle vorkommen können, die durch Schätzungen ersetzt wurden.

Interpretation

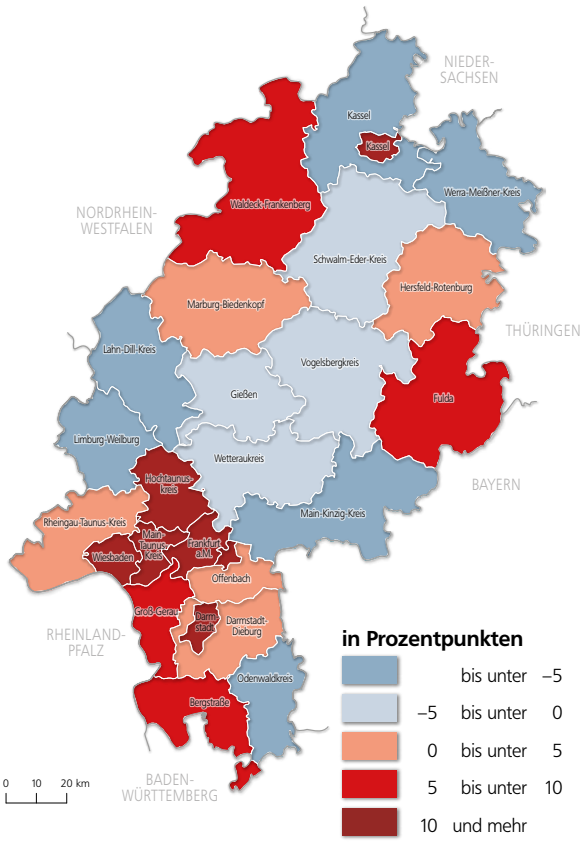
Die Karten in Abbildung 32 und 33 zeigen ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in der medizinischen Grundversorgung in Hessen (Abbildung 32), das sich über die vergangenen Jahre des Beobachtungszeitraums noch verstärkt hat (Abbildung 33). Werte von über 100 hausärztlich tätigen Allgemeinmediziner_innen inklusive Angestellten je 10.000 Einwohner_innen kommen in der Stadt Kassel (103,6 je 10.000 Einwohner_innen) und in Wiesbaden vor (100,5 je 10.000 Einwohner_innen). Die niedrigsten Werte dagegen finden sich im Odenwaldkreis und im Landkreis Kassel (jeweils 39,3 je 10.000 Einwohner_innen). Die sehr hohen Rückgänge in diesen beiden Kreisen (–9,6 Prozentpunkte im Odenwaldkreis und –6,1 Prozentpunkte im Landkreis Kassel) werden von noch höheren Verlusten in Limburg-Weilheim (–10,6 Prozentpunkte) und im Werra-Meißner-Kreis (–13,3 Prozentpunkte) übertroffen. Die stärksten Zuwächse dagegen liegen in den Städten Wiesbaden (+56 Prozentpunkte) und Darmstadt (+51,3 Prozentpunkte). Insgesamt zeigt sich das Stadt-Land-Gefälle besonders stark in Südhessen. Offensichtlich erfüllen die Großstädte hier in größerem Maßstab die zentralörtliche Versorgungsfunktion der medizinischen Grundversorgung für die ihrer Bedeutung und Größe entsprechend größeren Einzugsbereiche.

Abbildung 32
Hausärztebesatz 2017
hausärztlich tätige Allgemeinärzt_innen
inkl. Angestellte je 10.000 Einwohner_innen



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Wer-zu-Wem-Verlag, http://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 33
Veränderung des Hausärztebesatzes 2013–2017
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Wer-zu-Wem-Verlag, http://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Insgesamt ist die medizinische Grundversorgung in Hessen weiterhin gut. Hinter den Zahlen verbirgt sich allerdings ein stetiger Wandel in der medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung in Hessen. Auch wenn die höhere zentralörtliche Funktion von Großstädten eine gewisse höhere Ausstattungsqualität an Ärzt_innen rechtfertigt (z. B. durch das Aufsuchen von Arztpraxen am Arbeitsort), so ist doch insbesondere die rückläufige Anzahl an Hausärzt_innen und ihren Angestellten außerhalb der Großstädte Ausdruck eines vielfach beschriebenen, problematischen Trends: Ärzt_innen in ländlichen Regionen („Landarzt") sind durch Reformen im Gesundheitswesen seit Jahren stärker werdenden Belastungen ausgesetzt, die auf steigende Anforderungen in der Kassenmedizin, aber auch auf Krankheitsbilder einer älter werdenden Bevölkerung im demografischen Wandel zurückgeführt werden. Im Extremfall können diese Belastungen dazu führen, dass angestelltes Personal abgebaut beziehungsweise Kostenvorteile über die Zusammenlegung von Praxen in Gemeinschaftspraxen realisiert werden müssen. Diese häufig als wenig attraktive Perspektiven wahrgenommenen Zwänge führen nach Meinung einiger Autor_innen dazu, dass sich junge Ärzt_innen bevorzugt in Großstädten niederlassen beziehungsweise besser vergütete fachärztliche Spezialisierungen anstreben. Für diese Argumentation wird zusätzlich der Grund angeführt, dass Spezialisierungen in den medizinischen Berufen, auch schon während der Ausbildung, ein höheres Ansehen in der wissenschaftlich geprägten Community genießen (Kaduszkiewicz et al. 2018).

Die schwindende Attraktivität des Berufsbildes „Landarzt" wurde auch von der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" adressiert, mit folgenden Handlungsansätzen: Auf Grundlage des Versorgungsstrukturgesetzes von 2012 werden Maßnahmen zur Flexibilisierung ärztlicher Niederlassungen (Abschaffung der Residenzpflicht, Erleichterung für Zulassungsbeschränkungen und die Eröffnung von Zweitniederlassungen) insbesondere in strukturschwachen Gebieten empfohlen. Diese Maßnahmen des 2012 in Kraft getretenen Gesetzes sind allerdings nur teilweise wirksam und werden durch weiterführende Anreize ergänzt. Dazu gehören Stipendien für Student_innen mit späterer Niederlassungsverpflichtung, aber auch die tatkräftige finanzielle Unterstützung durch Kommunen über den Ankauf geeigneter Immobilien, Darlehen für den Betrieb von Praxen und eine hohe Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weiterhin sieht der Masterplan Medizinstudium die Einführung einer Landarztquote für die Vergabepraxis von Studienplätzen vor. Im bislang notenbasierten Wettbewerb sollen bis zu zehn Prozent der Studienplätze künftig an Bewerber_innen vergeben werden, die sich auch mit weniger gutem Notenschnitt zur Ausübung ihres späteren Berufes in unterversorgten ländlichen Regionen verpflichten. Darüber hinaus wird die Zuwanderung von Ärzt_

innen aus dem Ausland als Chance begriffen, die Nachfolge in frei werdenden Praxen im ländlichen Raum zu besetzen. Neben dem Ersatz von Ärzt_innen im Übergang zum Ruhestand bestehen aber auch Chancen in der Substitution und Delegation des Berufsbildes durch Arztassistent_innen, auch in Kombination mit neuen Möglichkeiten der Telemedizin. Die Qualität hausärztlicher Leistungen ist zudem über die Sektorenintegration zwischen medizinischer Grundversorgung, Notfallversorgung, Rehabilitation sowie Pflege- und Altenhilfe sozialräumlicher auszugestalten. Die elektronische Patientenakte wird hierfür als eine entscheidende Voraussetzung angesehen (Lübking 2020).

Ergänzt werden die oben genannten Handlungsmöglichkeiten durch einen deutlichen Appell, die hausärztliche Grundversorgung stärker wohnortnah zu verankern. Mit einer kleinräumigeren Planung sollten Ballungen von Ärzt_innen in Ober- und Mittelzentren auf Grundzentren umverteilt werden, um so der zentralen Stellung von Hausärzt_innen im Gesundheitswesen auch im Hinblick auf ihre Erreichbarkeit vom Wohnort aus gerecht zu werden (Lübking 2020: 11). Die Ist-Situation für diesen Aspekt wird mit dem nachfolgenden Indikator weiter untersucht.

Erreichbarkeit Hausärzt_innen/Fachärzt_innen

Aussagekraft des Indikators

Die Erreichbarkeit von Hausärzt_innen in Pkw-Minuten steht im Fokus dieses Indikators. Genutzt wurden Daten aus dem Landatlas des Thünen-Erreichbarkeitsmodells mit Daten zum Themenbereich „Niedergelassene Ärzte in Deutschland" des Werzu-Wem-Verlags aus dem Jahr 2016. Die Standorte der Arztpraxen werden in diesem Modell mit einer einheitlichen Fahrgeschwindigkeit von 33 Kilometern pro Stunde mit dem Pkw ermittelt. Ausgangspunkt der Wegezeitermittlung sind Rasterzellen mit einer Größe von 250 mal 250 Metern, mit denen die Bevölkerungsverteilung in den Kommunen entsprechend kleinteilig nachgebildet wird. Über alle Reisezeiten wird dann ein bevölkerungsgewichteter Mittelwert je Kommune gebildet.

Interpretation

Entsprechend der oben geschilderten Versorgungssituation zeigt auch dieses Bild das deutliche Stadt-Land-Gefälle in der Erreichbarkeit von Hausärzt_innen mit signifikanten Vorteilen in den Ballungszentren Südhessens und um die Städte Gießen, Marburg und Kassel (Abbildung 34). In den ländlich geprägten Gemeinden gibt es Häufungen schlechterer Erreichbarkeiten in den nordwestlichen und mittelhessischen Landkreisen Fulda, dem Vogelsbergkeis, Hersfeld-Rotenberg und dem Werra-Meißner-Kreis sowie im südlich gelegenen Odenwaldkreis. Im Odenwaldkreis liegen auch die höchsten Werte Hessens mit jeweils über zehn Minuten theoretischer Fahrzeit (Landgemeinden Mossautal, Hesseneck und Sensbachtal sowie das kleinstädtische Michelstadt). Die oben genannten Handlungsansätze gelten demnach besonders für die hier blau und dunkelblau eingefärbten Lagen: Auch wenn die theoretische Fahrzeit scheinbar zwischen geringen Werten von weniger als zehn Minuten variiert, ist die angemahnte wohnortnahe Versorgung mit Leistungen der medizinischen Grundversorgung nicht in ganz Hessen gewährleistet. Sie ist zudem durch den Abbau von Arztpraxen in ländlichen Gebieten im demografischen Wandel weiter bedroht.

Erreichbarkeit von Supermärkten

Aussagekraft des Indikators

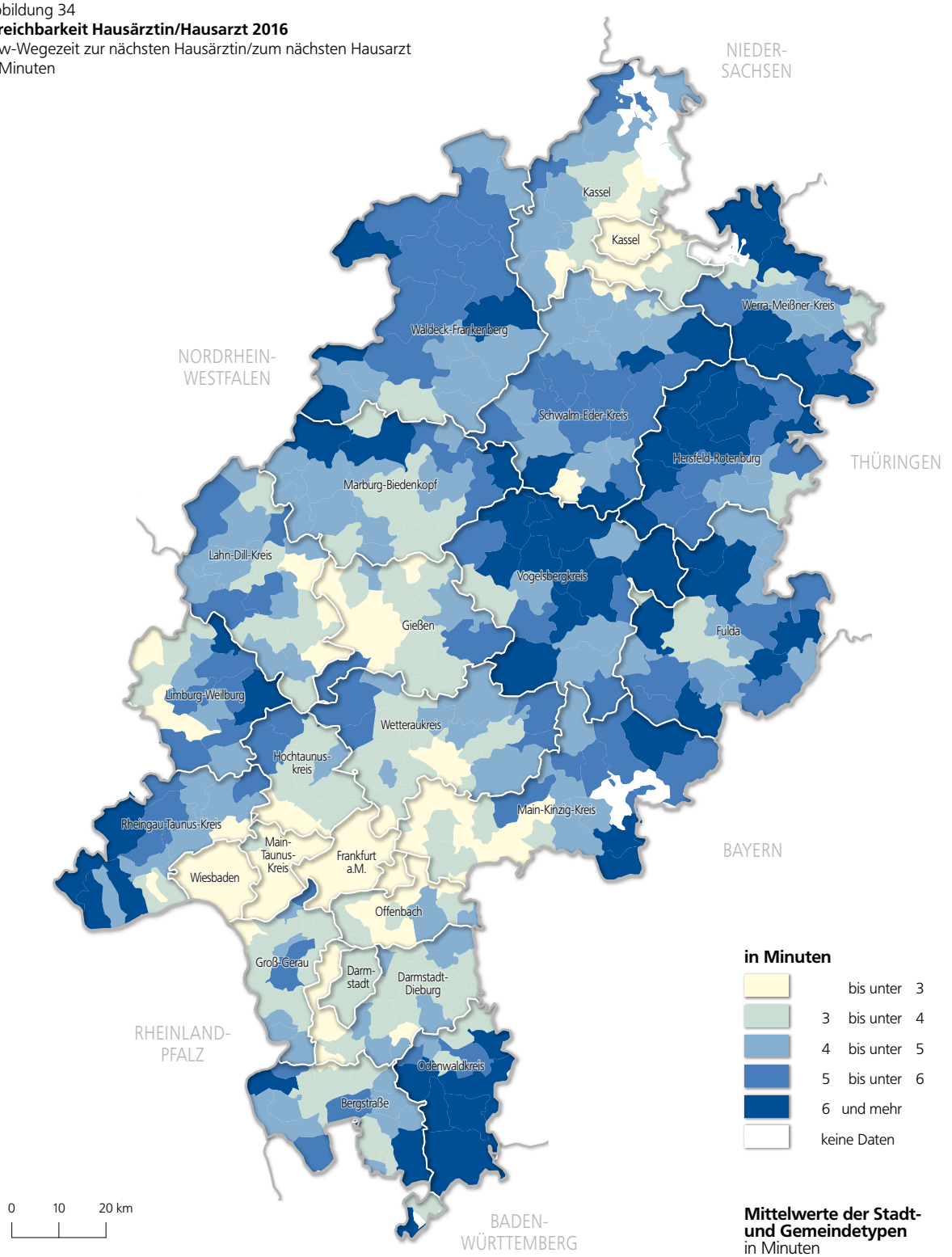
Der Indikator misst die Einkaufsmöglichkeiten im nahräumlichen Umfeld mit dem Anteil der Einwohner_innen, die innerhalb von einem Kilometer Luftliniendistanz einen Supermarkt oder Discounter aufsuchen können (in Prozent). Mit dieser theoretischen Kenngröße einer fußläufigen Erreichbarkeit wird ein räumlicher Vergleich der Nahversorgung mit einem Grundangebot an Lebensmitteln und Artikeln des alltäglichen Bedarfs möglich, die dem Nahversorgungsmodell des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung entnommen sind.

Interpretation

Entsprechend der Bevölkerungsdichte sind die Anteile fußläufig erreichbarer Einkaufsmöglichkeiten in den Ballungszentren Südhessens und den Groß- und Mittelstädten im Norden am höchsten (Abbildung 35). So erreichen Frankfurt am Main und Offenbach am Main Werte von 99 Prozent, die Stadt Kassel 97 Prozent. Das heißt, dass dieser Anteil der Bevölkerung innerhalb der 1.000 Meter Luftliniendistanz lebt. Größere Kleinstädte wie Raunheim, Dieburg, Ginsheim-Gustavsburg oder Lorsch erreichen 100 Prozent, ebenso wie die Mittelstädte Obertshausen, Mühlheim am Main, Viernheim und Mörfelden-Walldorf. Am anderen Ende der Skala sind vornehmlich Landgemeinden von schlechteren Erreichbarkeiten betroffen.

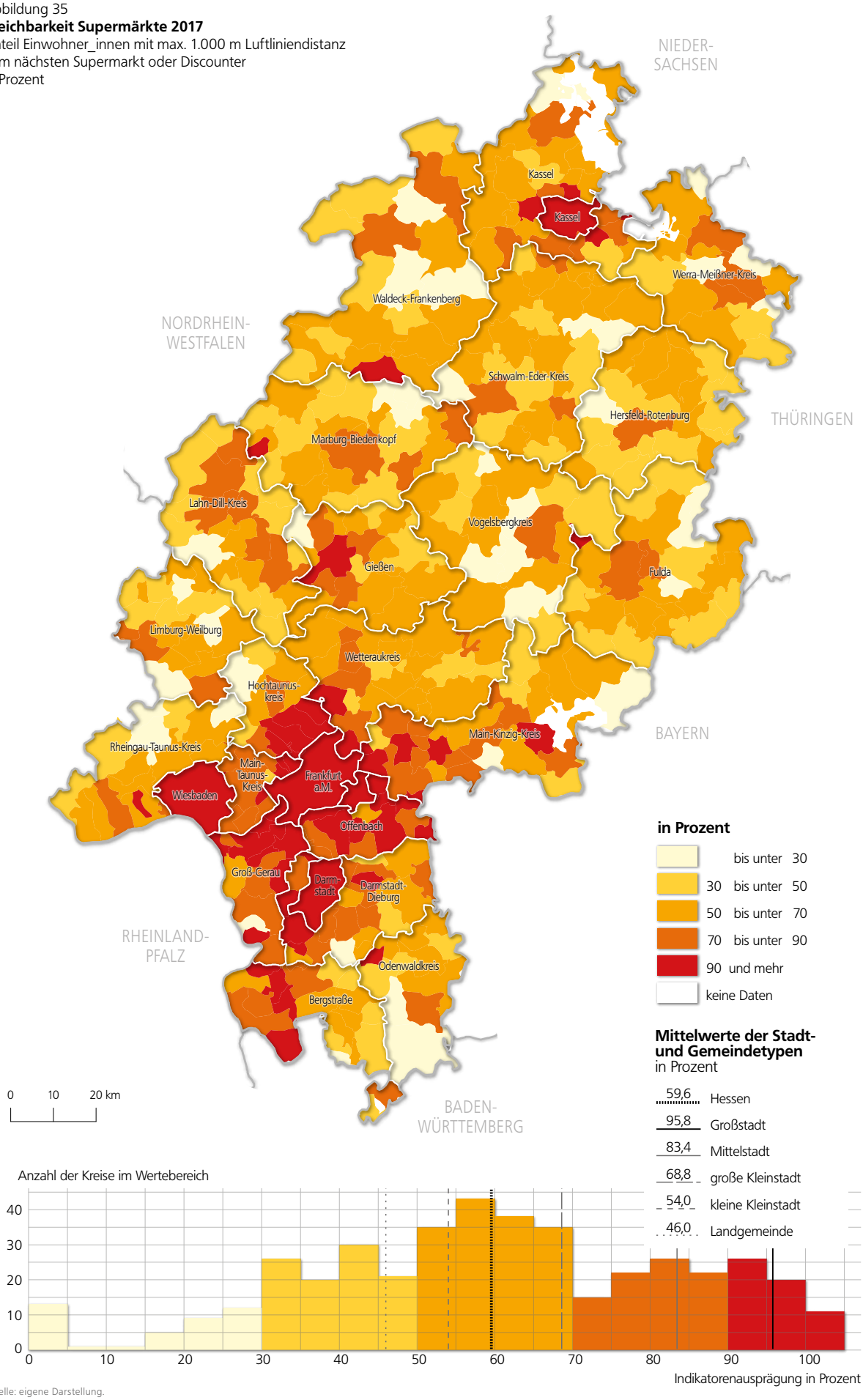
Die Nahversorgungssituation in den ländlichen Gemeinden ist folglich durch eine größere Distanz der Bevölkerung zum nächsten Supermarkt gekennzeichnet, die bei weniger attraktiven Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs (siehe auch Abschnitt „Staatliches Handeln: Nahversorgung Haltestellen") eine Autoabhängigkeit für diese kritische Grundfunktion der Daseinsvorsorge darstellt. Die Versorgungssituation verschlechtert sich bei sinkender Nachfrage im demografischen Wandel auch durch einen anhaltenden Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel. Demzufolge konzentrieren sich Einrichtungen des Lebensmitteleinzelhandels mit weiteren Einrichtungen des Einzelhandels (z. B. Drogerien) in sogenannten „Ortsschildlagen", d. h. auf neu erschlossenen Gewerbeflächen am Ortsrand. Diese sind mit dem Pkw gut, fußläufig, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr (sofern verfügbar) aber meist schlecht erreichbar. Zudem erkennen Mensing et al. (2019) unter Verweis auf weitere Autor_innen eine Abnahme der Qualität der Versorgung (Mensing et al. 2019: 21), z. B. im Hinblick auf die Angebotsvielfalt, die Qualität der Waren, reduzierte Beratung, Serviceleistungen und Bedientheken, die fehlende räumliche Nähe zu anderen Versorgungseinrichtungen und, mit Verweis auf periphere Räume in Bayern, auch auf verkürzte Öffnungszeiten. Somit wird durch diese Entwicklungen auch die Funktion des Lebensmittel-

Abbildung 34
Erreichbarkeit Hausärztin/Hausarzt 2016
Pkw-Wegezeit zur nächsten Hausärztin/zum nächsten Hausarzt
in Minuten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Regionalstatistik: Allgemeine Bundestagswahlstatistik; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 35
Ereichbarkeit Supermärkte 2017
Anteil Einwohner_innen mit max. 1.000 m Luftliniendistanz
zum nächsten Supermarkt oder Discounter
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Nahversorgungsmodell des BBSR, Wer-zu-Wem-Verlag; GeoBasis-DE/BKG 2020.

markts als sozialer Treffpunkt und Kommunikationsraum für die Bevölkerung geschädigt.

Doch auch in städtisch geprägten Regionen Hessens unterliegt die Nahversorgung mit Supermärkten einem Wandlungsdruck, der aktuell noch schwer einschätzbar ist. Während in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts eine Phase der Ausdifferenzierung des Lebensmitteleinzelhandels in preisbewusstes Verbrauchseinkaufen (Discounter) und das sogenannte Erlebniseinkaufen (z. B. Einkaufszentren nach Vorbild US-amerikanischer Malls) zu beobachten war (Kühn 2011: 4), steht heute die Frage der Marktpotenziale für digitale Geschäftsmodelle und der Aufbau einer lebensmittelorientierten Lieferdienstlogistik im Zentrum der Debatten (Dannenberg/Dederichs 2019). Gängige Geschäftsmodelle werden aufgrund der Nachfragestruktur und der kostendeckenden Lieferlogistik hauptsächlich in städtischen Räumen angeboten, eine Verbesserung der Nahversorgung im ländlichen Raum durch Onlineangebote ist bislang nicht beobachtet worden. Möglicherweise ändert sich die Perspektive durch die Ausweitung digitaler Angebote im Nachgang der Corona-Krise. Strukturpolitik kann diese Möglichkeiten zum Beispiel mit der Einrichtung von Click&Collect-Abholzentren in unterversorgten Regionen weiter unterstützen und über die Zusammenlegung mit weiteren Funktionen der nahräumlichen Versorgung als neue Begegnungsplattform für „digitale Dörfer" ausgestalten (Trapp/Hess 2019).

Wohnen ist eine Grundfunktion der Daseinsvorsorge, die in Deutschland zunehmend den Kräften der freien Wirtschaft überlassen wird. Über die vergangenen Jahre zeigten sich im Zuge einer zunehmenden Liberalisierung der Wohnungsmärkte deutliche Versorgungsengpässe für bezahlbares Wohnen in Wachstumsregionen, bei gleichzeitig schwierig zu erhaltenden Leerständen in Abwanderungsräumen. In hochpreisigen Städten wirken durch steigende Wohnkostenbelastungen Kräfte einer sozialen Polarisierung und Verdrängung einkommensschwacher Haushalte, die die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen fundamental infrage stellen. Über diesen Aspekt gibt nachfolgend der Indikator der Mietpreise und ihrer Entwicklung über die vergangenen Jahre Auskunft. Darüber hinaus wurden im Zuge der Corona-Krise Belastungen durch ungleiche Wohnformen, aber auch durch ungleiche Ausstattungsqualitäten des Wohnumfelds besonders deutlich. Die Ausstattung mit Erholungsflächen als sogenanntes „verlängertes Wohnzimmer" steht sinnbildlich für städtebauliche Qualitäten, die – unter anderem – Kompensationsmöglichkeiten für die Nachteile beengten Wohnens bereitstellen.

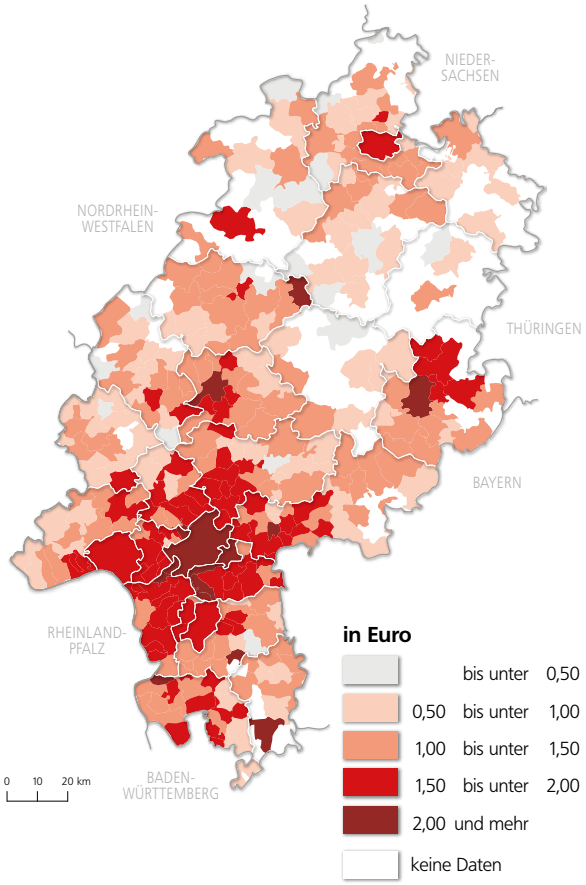
WOHNLAGEN

Mietpreise

Aussagekraft des Indikators

Der Indikator der Mietpreise bzw. ihrer Veränderung bezieht sich auf die durchschnittlichen Nettokaltmieten aller Wohnungen aus öffentlich zugänglichen Immobilienportalen. Die Daten stammen von der empirica GmbH, die entsprechende Angebotsdaten auswertet und auf der Ebene von Städten und Gemeinden als Durchschnittswerte anbietet. Lücken in den Daten liegen dann vor, wenn in einer Kommune keine Mindestgröße an Angeboten für eine belastbare Mittelwertbildung verfügbar ist. Dies ist in Hessen in 17 Landgemeinden mit sehr geringer Bevölkerungszahl der Fall. Bei den Preisangaben wird zudem nach Neubau und Bestand unterschieden. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Bestand. Damit wird die für die meisten Wohnungssuchenden relevantere Größe berücksichtigt. Die Höhe der Mietpreise stellt für viele Haushalte den größten Baustein der Lebenshaltungskosten dar und entscheidet somit maßgeblich über die verbleibenden finanziellen Mittel für andere Zwecke. Problemlagen entstehen insbesondere dann, wenn die Einkommensmöglichkeiten von Beschäftigten nicht mit der Mietpreisentwicklung Schritt halten können.

Abbildung 36
Veränderung der Mietpreise je Quadratmeter 2012–2018
in Euro

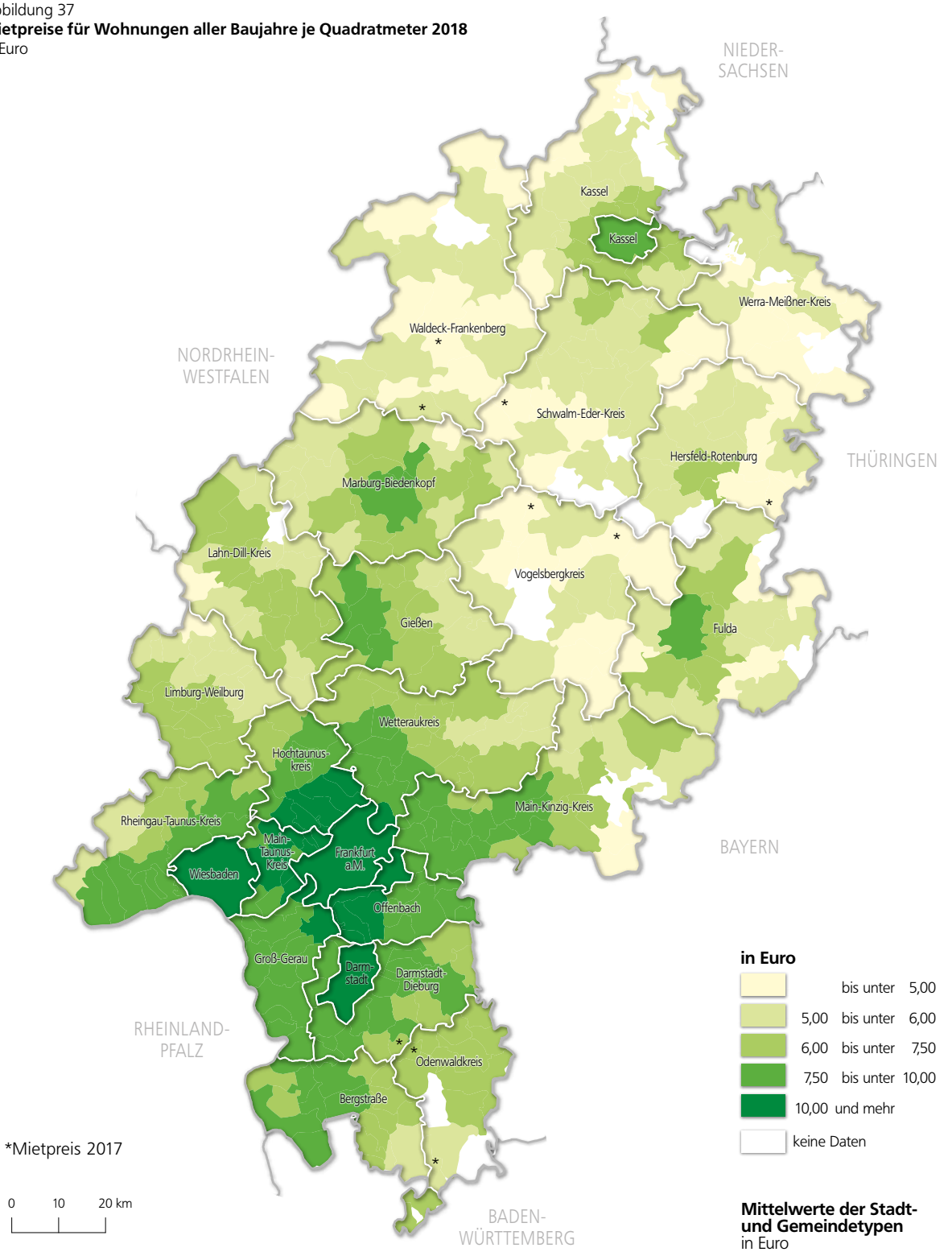


Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Empirica Preisdatenbank; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Interpretation

Der Wohnungsmarkt erzielt in Frankfurt am Main mit 13,43 Euro pro Quadratmeter mit Abstand die höchsten Mietpreise in Hessen, gefolgt vom direkt benachbarten Kelsterbach und Eschborn (jeweils 11,73 Euro pro Quadratmeter) und weiteren Umlandgemeinden (siehe Abbildung 37). Die Großstädte Darmstadt (10,79 Euro pro Quadratmeter), Wiesbaden (10,29 Euro pro Quadratmeter) und Offenbach am Main (10,16 Euro pro Quadratmeter) liegen jeweils ebenfalls über 10 Euro pro Quadratmeter. Weniger als die Hälfte kostet Wohnen

Abbildung 37
Mietpreise für Wohnungen aller Baujahre je Quadratmeter 2018
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Empirica Preisdatenbank; GeoBasis-DE/BKG 2020.

in Teilen des Landkreises Kassel, in Hersfeld-Rotenburg, im Schwalm-Eder-Kreis, in Waldeck-Frankenberg, Fulda und im Werra-Meißner-Kreis. Die Mietpreise liegen hier zwischen 3,94 Euro pro Quadratmeter (Wahlsburg im Landkreis Kassel) und unter 5 Euro pro Quadratmeter in weiteren 60 Landgemeinden dieser Landkreise. Durch Hochschulstandorte geprägte Städte wie die Stadt Kassel (7,57 Euro pro Quadratmeter), Gießen (9,44 Euro pro Quadratmeter) und Marburg (9,87 Euro pro Quadratmeter) liegen dazwischen, sind aber auch im Vergleich zu den hochdynamischen Wohnungsmärkten um Frankfurt seit 2012 deutlich angestiegen (Kassel: +1,62 Euro pro Quadratmeter; Gießen: +2,01 Euro pro Quadratmeter; Marburg: +1,33 Euro pro Quadratmeter). Die höchsten Verteuerungen haben in Hessen wiederum Umlandgemeinden Frankfurts (Egelsbach: 2,93 Euro pro Quadratmeter; Kelsterbach: 2,73 Euro pro Quadratmeter). Die Stadt Frankfurt am Main selbst erlebte einen durchschnittlichen Mietpreisanstieg von 2,37 Euro pro Quadratmeter im gleichen Zeitraum (siehe Abbbildung 36), außerhalb fallen neben Gießen die Städte Fulda (+2,09 Euro pro Quadratmeter) und Neustadt in Hessen (+2,14 Euro pro Quadratmeter) in die Klasse der höchsten Werte (dunkelrot in der Karte).

Die räumlichen Muster unterschiedlicher Mietpreisbelastungen und ihrer Entwicklung folgen somit einem deutlichen Süd-Nord-Gefälle, das sich zudem zwischen Stadt und Land weiter ausdifferenziert. Trotz aller Anstrengungen im Wohnungsbau zeigen Modellrechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, dass in Hessen eine Bedarfslücke von ca. 25 Prozent im Abgleich mit dem prognostizierten Bedarf besteht (Henger/Voigtländer 2019). Der Mangel an Wohnraum wird deshalb bei konstanter Marktentwicklung sehr wahrscheinlich zu einem weiteren Anstieg der Mietpreise führen. Wohnungspolitische Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau bezahlbaren Wohnens geraten so weiter in Konkurrenz zu einer Reihe von Triebkräften auf dem Immobilienmarkt. So steigen zum Beispiel die Wohnflächenansprüche pro Person seit Jahren stark an, weniger Personen leben heute auf mehr Wohnraum. Die Ursache für diesen Trend liegt in einer veränderten Haushaltsstruktur, in denen vor allem Singlehaushalte verstärkt Wohnraum nachfragen. Weiterhin ist seit der Finanzkrise des Jahres 2008 zu beobachten, dass vermehrt spekulativ in die Immobilienbranche investiert wird (Betongold). Gleichzeitig tut sich Kommunalpolitik schwer, neue Bauprojekte zu realiseren, wenn Umweltziele zur Flächeninanspruchnahme einzuhalten sind und verschiedenste Flächenansprüche z. B. aus den Bereichen Gewerbe und Industrie (siehe Abschnitt „Neue Industrie- und Gewerbeflächen") konkurrieren (Fina et al. 2020). In der institutionalisierten Zusammenarbeit des Regionalverbands Frankfurt-Rhein-Main werden mit dem „Runden Tisch Wohnen" Lösungen gesucht, den Wachstumsdruck mit Baulandausweisungen in Umlandkommunen aufzufangen. Entsprechende Konzepte sollten allerdings nicht zu einer Verlagerung von Wohnbevölkerung ins Umland führen, die als Berufspendler_innen die Verkehrsinfrastruktur in die Beschäftigungszentren der Großstädte dann weiter belasten. Sie müssen eingebettet sein in ganzheitliche städtebauliche Ansätze, die Leben und Arbeiten an diesen Standorten ermöglichen. Trotz dieser Initiativen ist fraglich, ob im Hinblick auf die sich drastisch verschärfenden ungleichen Lebensverhältnisse im Themenbereich Wohnen regionale und lokale Ausgleichsmaßnahmen nachhaltige Wirkung entfalten können. Wahrscheinlicher ist, dass die Wohnungsfrage sehr viel weiterführender Anstrengungen auch auf Ebene von Landes- und Bundespolitik bedarf. Nicht wenige Expert_innen gehen davon aus, dass sie zu einer der wesentlichen Herausforderungen für die Themen sozialer Ungleichheit und gleichwertiger Lebensverhältnisse im kommenden Jahrzehnt werden wird.

Erholungsflächen

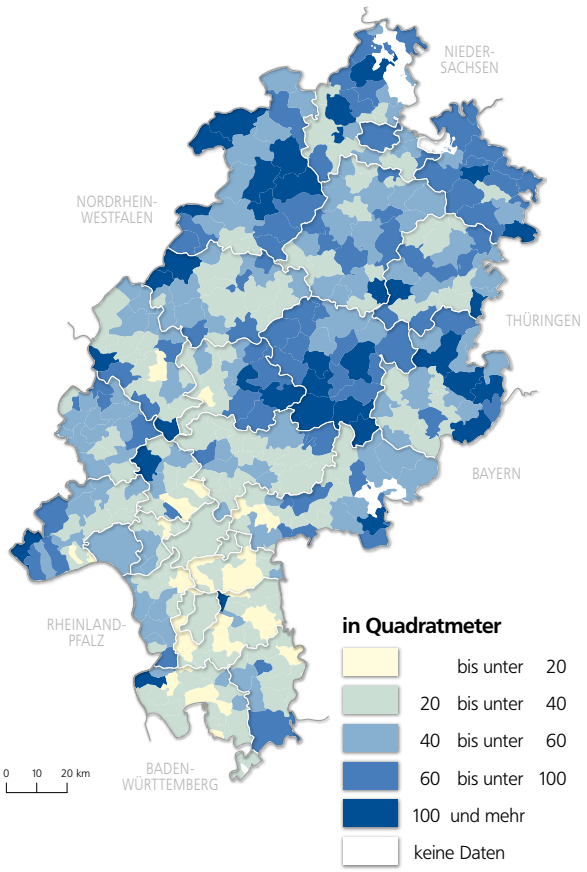
Aussagekraft des Indikators

Die Erholungsfläche je Einwohner_in in Quadratmetern bezieht sich auf „unbebaute Flächen, die vorwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Hierzu gehören unter anderem Grünanlagen einschließlich Parks, Schrebergärten und dergleichen, sowie Sportflächen und Campingplätze" (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2020b). Der Indikator zeigt somit die durchschnittliche Verfügbarkeit von Erholungspotenzialen je Einwohner_in einer Kommune an. Er gibt Auskunft über städtebauliche Qualitäten im Hinblick auf Umwelt- und Erholungsqualität im Wohnumfeld.

Interpretation

Das Grünraumangebot ist insbesondere in hoch verdichteten städtischen Lagen eine wichtige Ressource. Erholungsfunktionen bieten Ausgleich für beengtes Wohnen, Grünflächen sind Voraussetzung für zahlreiche Freizeitangebote im öffentlichen Raum. Sogenannte grüne Infrastrukturen dienen als Senken für Emissionen (z. B. Luftschadstoffe) und wirken klimaregulierend durch die Evapotranspiration und der Infiltration von Regenwasser bei Starkregenereignissen. In den hessischen Städten und Gemeinden (siehe Abbildung 38) finden sich gegenüber den nach Größenklasse differenzierten Bundesdurchschnitten (46 Quadratmeter pro Einwohner_in in Großstädten, 56 Quadratmeter pro Einwohner_in in größeren Kleinstädten, 71 Quadratmeter pro Einwohner_in in kleinen Kleinstädten) zahlreiche unterdurchschnittlich versorgte Gebiete (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2018: 30). Für Landgemeinden wird davon ausgegangen, dass die Funktionen von Stadtgrün durch eine naturnahe Flächennutzung im und außerhalb des Siedlungsgefüges ergänzt wird. Ein Blick in die Karte zeigt unter diesen Rahmenbedingungen, dass vor allem Städte in Südhessen deutlich unter den Durchschnittswerten ihrer Größenklasse liegen. Frankfurt am Main (25,2 Quadratmeter pro Einwohner_in) und Offenbach am Main (22,5 Quadratmeter) zeigen dabei die höchsten Abweichungen. Aber auch die Mittelstädte Bensheim, Gelnhausen, Kelkheim, Eschborn und Rüsselsheim liegen unter 30 Quadratmeter pro Einwohner_in. Eine gute Grünflächenausstattung hat dagegen die Stadt Kassel (62,8 Quadratmeter pro Einwohner_in), näher am Bundesdurchschnitt liegen Wiesbaden (48 Quadratmeter pro Einwohner_in) und Darmstadt (33 Quadratmeter pro Einwohner_in). Die Werte sind auch im Hinblick auf den Bevölkerungsdruck zu lesen: Bevölkerungswachstum entsteht über sehr viel kürzere Zeiträume, als dass Grünflächen in der Stadt für eine adäquate Versorgung entwickelt werden können. Dies gilt vor allem dann, wenn bei Flächenknappheit Nutzungen miteinander konkur-

Abbildung 38
Erholungsfläche je Einwohner_in 2017
in Quadratmeter



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Bundes und der Länder, GeoBasis-DE/BKG 2020.

rieren und Grünflächen zur Abwägungsmasse für dringend gesuchte neue Wohn- und Gewerbefunktionen werden. Städtebauliche Zielkonflikte zwischen einer Nachverdichtung für mehr Wohnraum und dem Erhalt und Ausbau von Grünflächen werden in Fachkreisen unter dem Schlagwort der „Doppelten Innenentwicklungen" seit vielen Jahren thematisiert – beide Ziele schließen sich nicht zwingend gegenseitig aus (Kühnau et al. 2016). Gute Konzepte sind jedoch nicht immer einfach und konfliktfrei realisierbar, die Planungsprozesse mitunter kleinteilig, kostspielig und langwierig. Städte und Gemeinden unter Siedlungsdruck brauchen deshalb die personellen Kapazitäten und institutionelle Unterstützung im Städtebau und Planungswesen (zum Beispiel durch bestehende Förderinstrumente des Bundes), um zukunftsorientierte Lösungen für die Entwicklung lebenswerter Städte umzusetzen.

EINKOMMEN

Einkommen aus Arbeit und Kapitalanlagen ist einer der zentralen Faktoren individuellen Wohlstands, finanzieller Sicherheit und der Verwirklichung eigener Lebensentwürfe. Einkommen ist jedoch in der Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Seit den 1990er Jahren ist die Einkommensungleichheit in Deutschland erheblich gestiegen (Krause 2015). Trotz des deutlichen Anstiegs des mittleren Haushaltseinkommens sind die individuellen Armutsrisiken für viele Menschen daher eher gestiegen als gesunken. Dies gilt insbesondere für Haushalte, in denen nur eine Person erwerbstätig ist (Grabka et al. 2019). Im Folgenden soll dargelegt werden, inwieweit sich diese Ungleichheit der Einkommen innerhalb Hessens auch räumlich niederschlägt. Die gezeigten Karten deuten auf signifikante und steigende regionale Disparitäten in der Einkommensverteilung hin. Die Schere zwischen Arm und Reich wird nicht nur insgesamt größer, auch die räumliche Trennung zwischen den sozialen Schichten schreitet weiter voran.

Verfügbares Haushaltseinkommen

Aussagekraft des Indikators

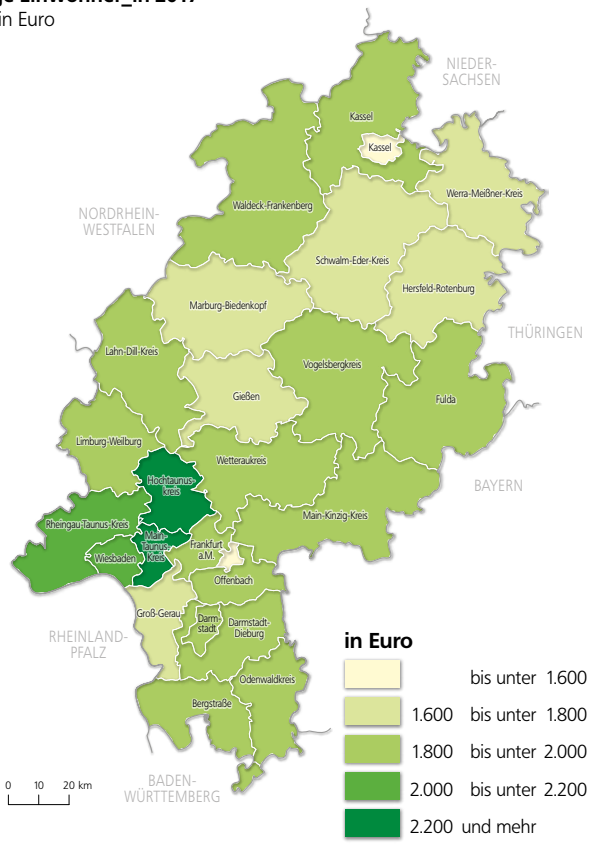
Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist ein verbreiteter Indikator zur Messung gesellschaftlichen Wohlstands. Es gibt an, wie viel Geld den Haushalten monatlich zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten (inklusive Wohnen), für weiteren Konsum und Sparen zur Verfügung steht. Dabei werden sowohl Einkünfte aus Beschäftigung, Kapitalanlagen und Unternehmensbeteiligungen als auch Transferleistungen berücksichtigt. Daten zum Haushaltseinkommen werden in Deutschland lediglich auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte veröffentlicht. Um die Werte für die einzelnen Kreise vergleichbar zu machen, wird in den Karten das durchschnittliche Haushaltseinkommen je Einwohner_in dargestellt. Es muss allerdings angemerkt werden, dass dieses durch starke Ausreißer nach oben deutlich verzerrt sein kann. Ein niedriges durchschnittliches Haushaltseinkommen deutet auf ein erhöhtes Armutsrisiko innerhalb einer Region hin.

Interpretation

Insgesamt ist das mittlere Haushaltseinkommen in Hessen in jüngerer Vergangenheit deutlich gestiegen (siehe Abbildung 39). Zwischen 2013 und 2017 legte es um 8,4 Prozent zu. Mit durchschnittlich 1.920 Euro je Einwohner_in liegt Hessen damit derzeit im Vergleich der Bundesländer auf dem vierten Rang. Wie bereits bei den Indikatoren zur Wirtschaftskraft lassen sich allerdings deutliche Disparitäten zwischen den einzelnen Kreisen erkennen. Anders als beim BIP pro Erwerbstätigen/Erwerbstätiger werden die höchsten Haushaltseinkommen allerdings nicht vorwiegend in den großen Städten erzielt. Die mit Abstand höchsten durchschnittlichen Haushaltseinkommen findet man im Hochtaunuskreis (2.813 Euro). Sehr hohe Einkommen über 2.000 Euro gibt es allerdings auch in den weiteren Taunus-Kreisen (Main-Taunus, Rheingau-Taunus) und in Wiesbaden. Hier spiegelt sich der Umstand wider, dass wohlhabende Haushalte nicht unbedingt in dem Kreis leben, in dem sie ihr Einkommen erwirtschaften. Hohe Haushaltseinkommen findet man deshalb oftmals in den Nachbarkreisen der wirtschaftlichen Zentren, die eine hohe Lebensqualität bieten.

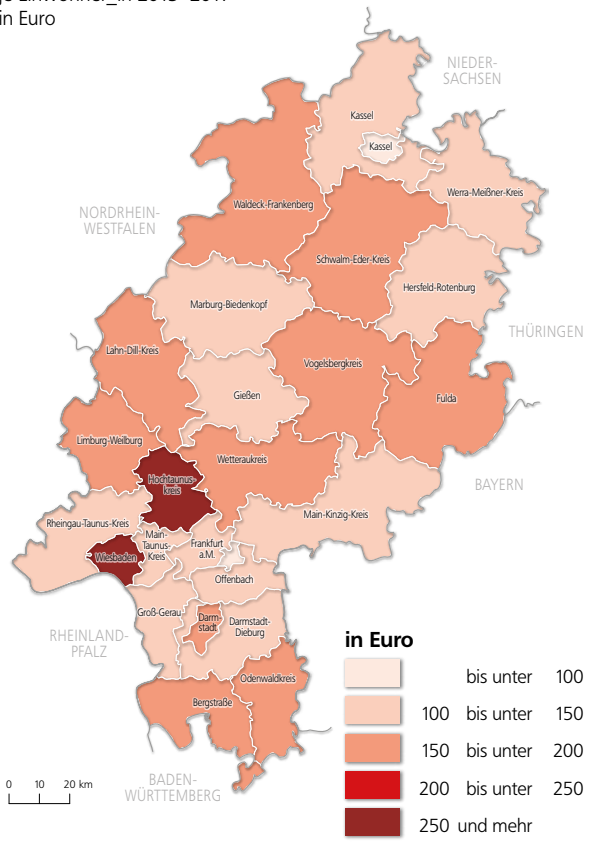
Die niedrigsten Haushaltseinkommen findet man hingegen in Offenbach (1.490 Euro) und Kassel (1.588 Euro), was sich vor allem auf die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in den Städten zurückführen lässt. Auch Universitätsstädte wie Marburg (1.736 Euro) und Gießen (1.689 Euro) weisen unterdurch-

Abbildung 39
Durchschnittliches Haushaltseinkommen je Einwohner_in 2017
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 40
Veränderung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens
je Einwohner_in 2013–2017
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder GeoBasis-DE/BKG 2020.

schnittliche Haushaltseinkommen auf. Der Grund dafür lässt sich im hohen Anteil einkommensschwacher Studierender in der Bevölkerung finden. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten ist in diesen Städten mit einem erhöhten Armutsrisiko zu rechnen.

Ein Blick auf die Dynamikkarte in Abbildung 40 deutet auf eine deutliche Zunahme der regionalen Einkommensungleichheit zwischen 2013 und 2017 hin. Mit dem Hochtaunuskreis (+343 Euro) und Wiesbaden (+302 Euro) gab es den größten Anstieg in zwei der wohlhabendsten Kreise. Den niedrigsten Anstieg verzeichneten wiederum die beiden einkommensschwächsten Kreise Offenbach (+92 Euro) und Kassel (+36 Euro). Auch in Frankfurt fiel der Anstieg eher unterdurchschnittlich aus (117 Euro). Ein eventueller Grund für den geringen Anstieg in bestimmten Städten kann in der überproportionalen Zuwanderung durch Geflüchtete und andere einkommensschwache Gruppen gefunden werden. Diese neigen traditionell zu einer starken räumlichen Konzentration in Ballungsgebieten mit großen migrantischen Netzwerken (Heider et al. 2020). Die Entwicklungen deuten auf ein deutliches Auseinanderdriften der unterschiedlichen Kreise und auf eine zunehmende räumliche Trennung zwischen Arm und Reich hin. Hier sind tragfähige politische Konzepte gefragt, um einer sozialräumlichen Spaltung des Landes entgegenzuwirken.

Medianentgelt am Wohnort

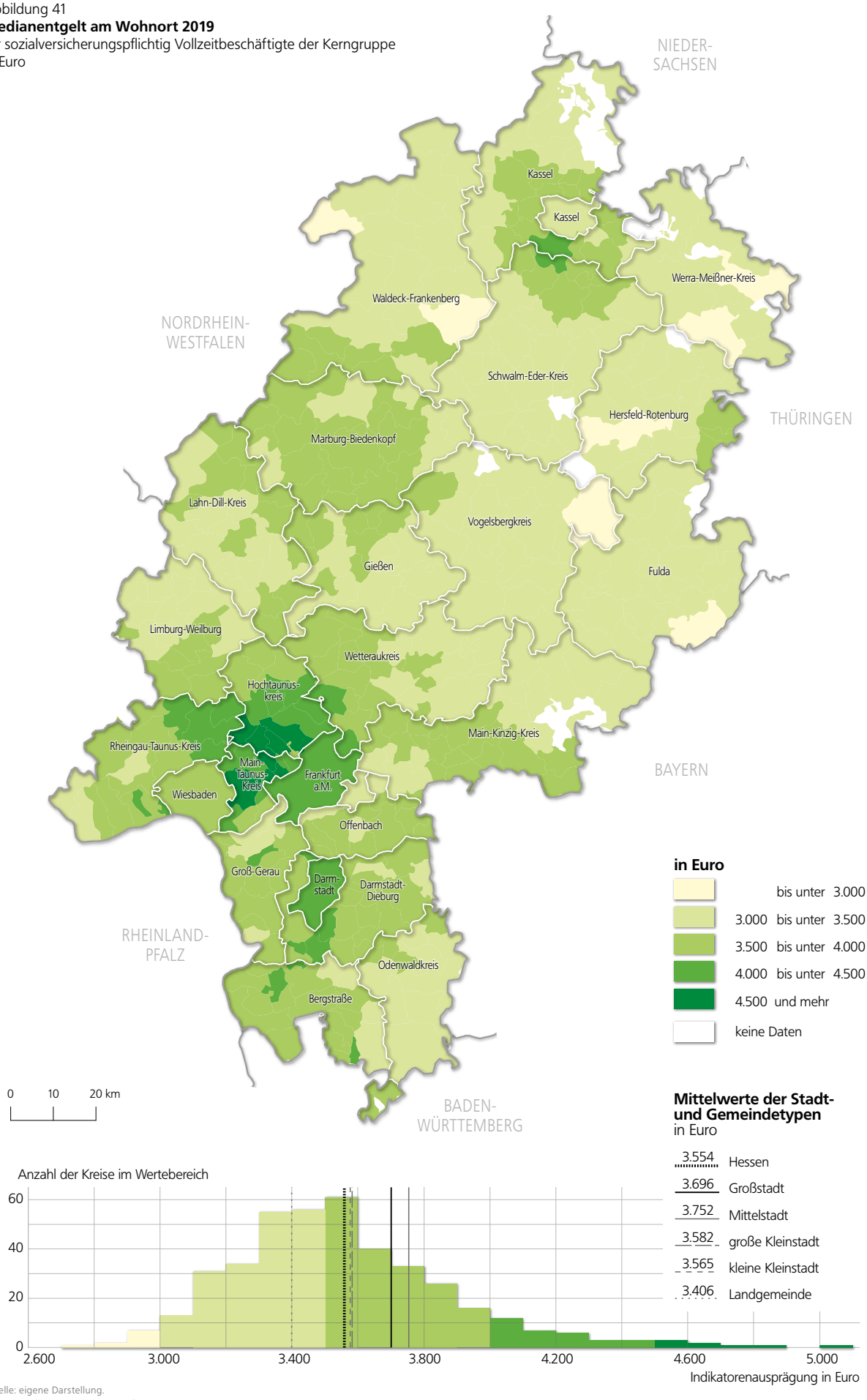
Aussagekraft des Indikators

Ein weiteres Maß für den materiellen Wohlstand einer Region ist das Medianentgelt am Wohnort. Anders als beim durchschnittlichen Haushaltseinkommen werden hier lediglich die Bruttoeinkünfte aus Beschäftigung berücksichtigt. Durch die Verwendung des Medians anstelle des arithmetischen Mittels ist der Indikator jedoch robuster gegenüber starken Ausreißern und spiegelt so besser die wirtschaftliche Situation des Großteils der Bevölkerung wider. Zudem ist das Medianentgelt auch auf der regionalen Ebene der Gemeinden verfügbar.

Interpretation

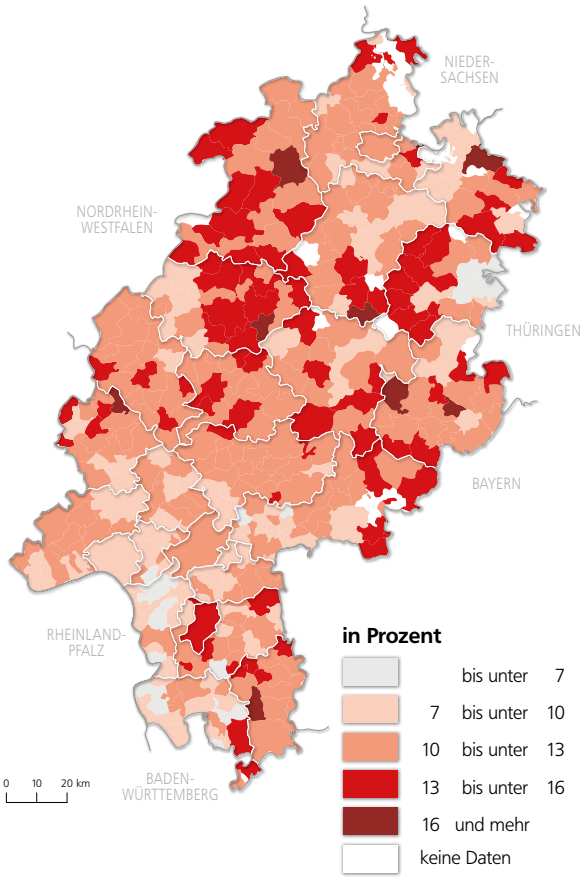
Auch beim Medianentgelt kann in Hessen insgesamt auf eine positive Entwicklung zurückgeblickt werden. Im Durchschnitt aller Gemeinden stieg es zwischen 2014 und 2019 um 11,1 Prozent auf rund 3.554 Euro. Obwohl es auch hier signifikante räumliche Disparitäten gibt, sind diese anders ausgeprägt als bei den Haushaltseinkommen (siehe Abbildung 41). Die Spannweite reicht von 2.751 Euro in Willingen (Upland) im Kreis Waldeck-Frankenberg bis zu 5.009 Euro in Bad Soden im Main-Taunus-Kreis. Die Gemeinden mit den höchsten Entgelten am Wohnort befinden sich allesamt in der Taunusregion

Abbildung 41
Medianentgelt am Wohnort 2019
für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 42
Veränderung des Medianentgeltes am Wohnort 2014–2019
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, GeoBasis-DE/BKG 2020.

nördlich von Frankfurt. Aber auch andere Gemeinden im Umland größerer Städte wie Kassel oder Gießen zeichnen sich durch überdurchschnittliche Werte aus. Hier zeichnen sich die Pendelverflechtungen zwischen den wirtschaftlichen Zentren mit guten Verdienstmöglichkeiten und den Wohnsitzen der Arbeitsbevölkerung ab. Niedrige Entgelte werden hingegen im ländlichen Raum Nord- und Mittelhessens erzielt.

Ein Blick auf die Dynamikkarte (siehe Abbildung 42) weist auf keinen deutlichen Anstieg der räumlichen Disparitäten bei den Medianentgelten am Wohnort hin. Die Entgelte sind zwischen 2014 und 2019 insbesondere in den einkommensschwächeren Städten und Gemeinden überproportional gestiegen. Den höchsten Anstieg von rund 17,6 Prozent verzeichnete Dipperz im Kreis Fulda, den niedrigsten von 2,8 Prozent Rüsselsheim. Die Tatsache, dass die Veränderungen der Medianentgelte eher auf räumliche Konvergenz als Divergenz hinweisen, deutet darauf hin, dass die größer werdende Ungleichheit der Haushaltseinkommen eher auf andere Ursachen als Veränderungen in den Arbeitseinkommen zurückzuführen ist.

3.4 STAATLICHES HANDELN UND PARTIZIPATION

Gleichwertige Lebensverhältnisse werden durch variable naturräumliche, historische und sich daraus ableitende wirtschafts- und sozialgeografische Rahmenbedingungen beeinflusst. Gleichwertigkeit kann deshalb keine identischen Rahmenbedingungen meinen. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, der beständig Stärken und Schwächen einer Region in den Blick nimmt und aus diesen Erkenntnissen heraus eine Optimierung für gesamtgesellschaftliche Ziele anstrebt. Im interessengeleiteten Meinungspluralismus des 21. Jahrhunderts steht die Leistung staatlichen Handelns deshalb unter besonderen Herausforderungen: Sie muss Zielsetzungen erfassen, Defizite beseitigen oder kompensieren und gleichzeitig Chancen entwickeln. Der folgende Abschnitt nimmt diese Herausforderungen für ausgewählte Unterthemen des staatlichen Handelns, ergänzt um Aspekte von Partizipation und Teilhabe in Hessen in den Blick: Die Erfassung von Zielen findet ihren Ausdruck in der Wahlbeteiligung, wenn Politik über das Mehrheitsvotum von Wähler_innen einen Auftrag für die Umsetzung und Aushandlung ihrer Konzepte und Programme erhält. Defizite liegen dann vor, wenn staatliches Handeln die Erwartungen nicht erfüllen kann, zum Beispiel durch finanzielle (Steuerkraft) und infrastrukturelle Defizite (Nahversorgung Haltestellen) oder umstrittene Handlungsansätze (Flächeneffizienz und Flächenproduktivität). Chancen wiederum werden beispielhaft über die staatliche Verantwortung in der Bereitstellung von digitaler Infrastruktur und ihrer Bedeutung für digitale Teilhabe der Bevölkerung beschrieben.

STAATLICHES HANDELN

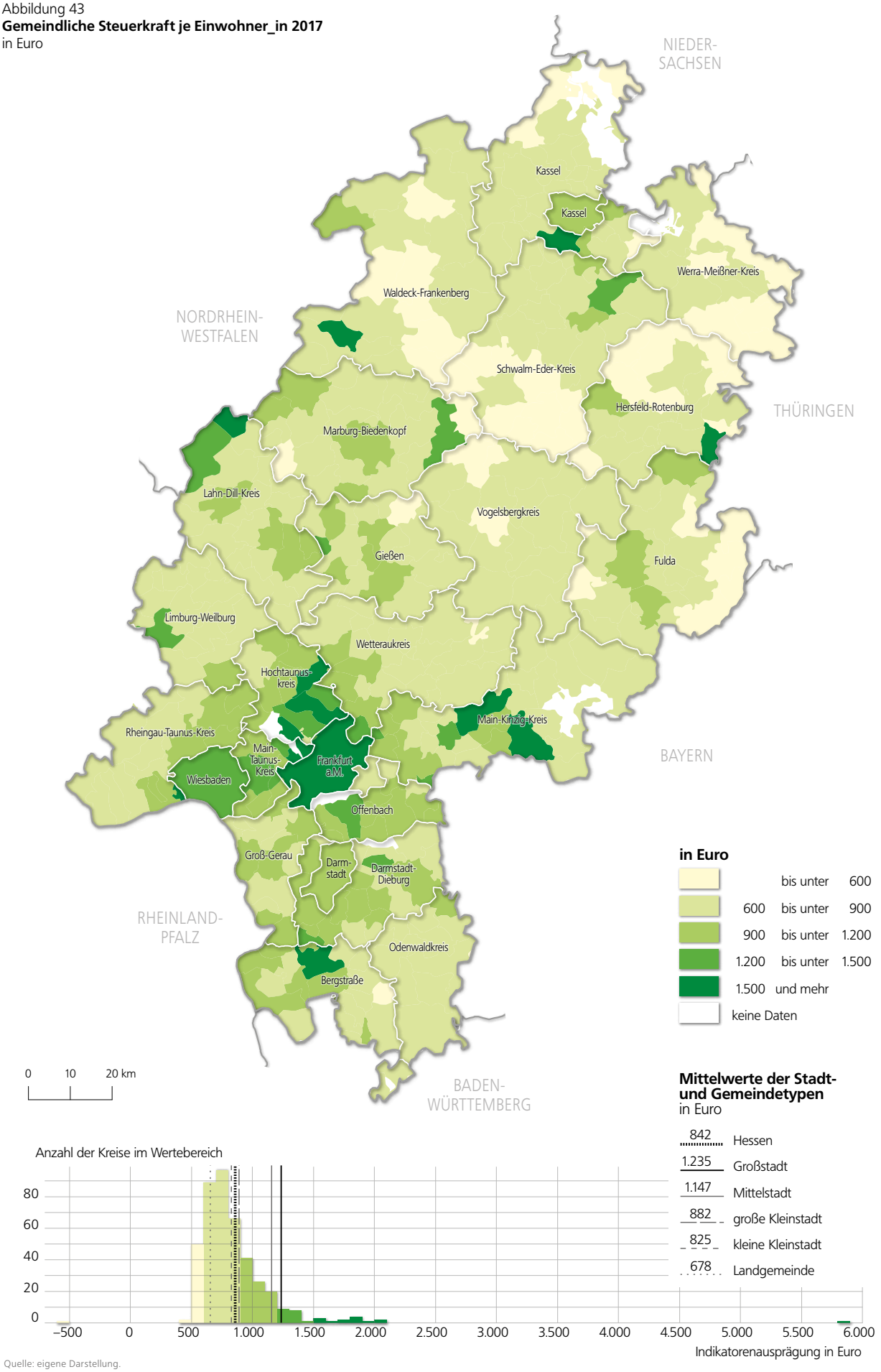
Dieser Abschnitt beschreibt mit ausgewählten Kennziffern die Handlungsfähigkeit von Kommunen, im Zusammenspiel mit Landes- und Bundespolitik die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen für ihren Verwaltungsbereich zu sichern.

Steuerkraft

Aussagekraft des Indikators

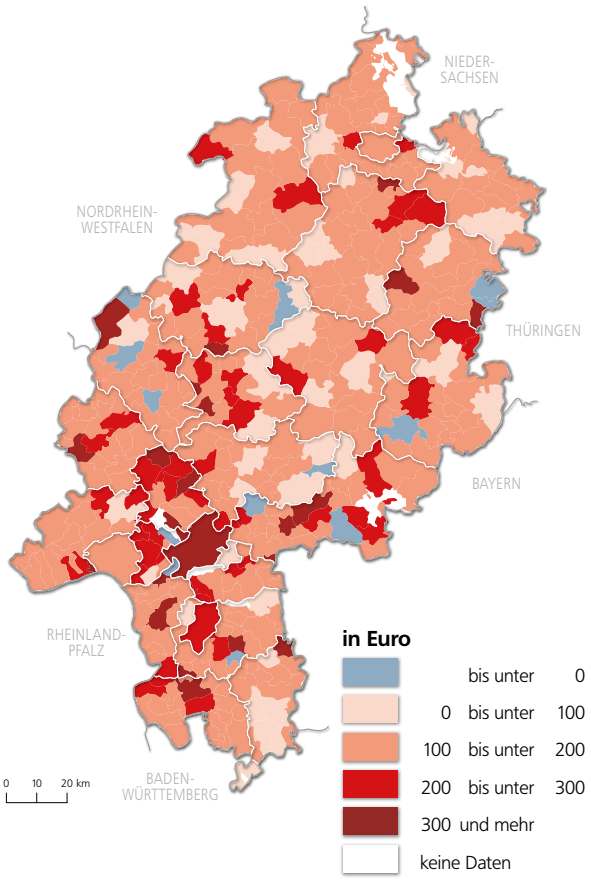
Inwieweit die lokale Politik die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Gemeinde oder Region steuern und beeinflussen kann, hängt nicht unwesentlich von den verfügbaren Mitteln ab. Ist der finanzielle Rahmen einer Gemeinde stark eingeschränkt, sind größere Investitionen etwa in die lokale Infrastruktur kaum durchführbar. Ein Maß, das die wirtschaftliche bzw. steuerliche Leistungsfähigkeit einer Gemeinde beschreibt, ist die Steuerkraft je Einwohner_in. Sie basiert auf den Steuereinnahmen, die bei einer normierten Anpassung der Steuerquellen (Gewerbesteuer, kommunale Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer, sonstige Gemeindesteuern) erzielt würden. Da Gemeinden die Höhe der Grund- und Gewerbesteuer durch die Hebesätze in einem gewissen Rahmen selbst beeinflussen können, wird für alle Gemeinden zwecks besserer Vergleichbarkeit ein Hebesatz in gleicher Höhe angenommen.

Abbildung 43
Gemeindliche Steuerkraft je Einwohner_in 2017
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Realsteuervergleich des Bundes und der Länder; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 44
Veränderung der Steuerkraft je Einwohner_in 2013–2017
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: INKAR: Realsteuervergleich des Bundes und der Länder; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Interpretation

Aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung sind auch die Steuereinnahmen der hessischen Gemeinden in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Im Durchschnitt aller Gemeinden stieg die kommunale Steuerkraft von rund 700 Euro je Einwohner_in auf rund 841 Euro. Dies enspricht einem beachtlichen Zuwachs von 21,6 Prozent. Im Bundesvergleich liegt Hessen damit auf dem ersten Platz (Geißler 2019). Die Karte in Abbildung 43 zeigt jedoch, dass auch das kommunale Steueraufkommen innerhalb Hessens sehr ungleich verteilt ist. Die Spannweite reicht von 5.810 Euro je Einwohner_in in Eschborn, das mit den Sitzen zahlreicher multinationaler Unternehmen gesegnet ist, bishin zu –505 Euro in Philippstal (Werra) an der Grenze zu Thüringen. Negative Zahlen bei der Steuerkraft kommen zustande, wenn in einem Jahr die Steuerrückzahlungen höher waren als die Steuereinnahmen. Dies kann allerdings als absolute Ausnahmeerscheinung angesehen werden. In allen anderen Gemeinden war die Steuerkraft positiv.

Die räumlichen Disparitäten in der Steuerkraft lassen sich im Wesentlichen auf Unterschiede in der regionalen Wirtschaftskraft zurückführen. Wenig überraschend sticht auch hier das Rhein-Main-Gebiet deutlich hervor. Insbesondere Frankfurt (1.876 Euro) und die wohlhabenden Umlandgemeinden im Taunus (neben Eschborn vor allem Kronberg mit 2.088 Euro) fallen durch deutlich überdurchschnittliche Steuerkraft auf. Aber auch einige Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis, der eine größere Zahl an großen Industrieunternehmen beherbergt, haben ein beachtliches Steueraufkommen. Der Effekt des Sitzes großer Unternehmen zeigt sich beispielsweise auch in Baunatal südlich von Kassel (1.565 Euro), das Standort eines Volkswagenwerks ist. Ein deutlich unterdurchschnittliches Steueraufkommen findet man hingegen vor allem im ländlichen Raum Nordhessens.

Betrachtet man die Entwicklung der kommunalen Steuerkraft zwischen 2013 und 2017 (siehe Abbildung 44), so fällt auf, dass insbesondere diejenigen Gemeinden stark zulegen konnten, die bereits über ein hohes Ausgangsniveau verfügen. Auch hier liegen Städte wie Eschborn (+1.458 Euro), Kronberg (+702 Euro) und Frankfurt (+311 Euro) in der Spitzengruppe. Dies entspricht dem deutschlandweiten Trend der immer weiter auseinanderdriftenden Situation der kommunalen Haushalte (Boettcher et al. 2019). Aus fiskalpolitischer Sicht sind hier Instrumente gefragt, die für einen besseren Ausgleich zwischen wohlhabenden und finanziell klammen Kommunen sorgen und dadurch die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Gemeinden gewährleisten. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil geringe Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene in strukturschwachen Regionen eine Multiplikatorwirkung haben und die sozialen wie wirtschaftlichen Problemlagen noch verstärken könnten. Die im Jahr 2016 implementierte Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Hessen kann dabei als wichtiger Schritt gesehen werden (Scherf 2016).

Weiterhin ist anzumerken, dass sich die prekäre finanzielle Situation einiger Kommunen durch die Corona-Krise noch einmal beträchtlich verschärft hat. Konjunkturelle Krisen können drastische Auswirkungen für die ohnehin schon klammen Gemeindehaushalte haben (Articus et al. 2010). Insbesondere die Einschnitte bei den Gewerbesteuereinnahmen dürften schmerzhaft sein. Auch hier sind umfangreiche Maßnahmen zur Entlastung der betroffenen Gemeinden notwendig.

Flächeneffizienz und Flächenproduktivität

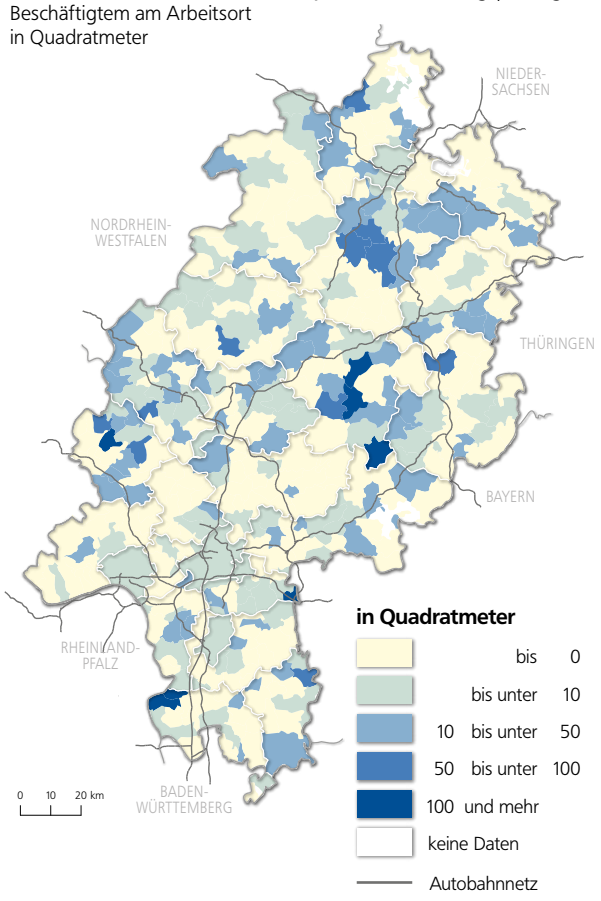
Aussagekraft des Indikators

Die Flächeneffizienz stellt die neu entwickelte Gewerbe- und Industriefläche im Beobachtungszeitraum 2013 bis 2017 den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort gegenüber. Umso höher der Wert, umso flächenintensiver und ineffizienter sind neue Gewerbe- und Industrieflächen zu bewerten. Eine weitere Variante misst die Flächenproduktivität je Euro Bruttoinlandsprodukt. Hier wird auf der Ebene von Städten und Gemeinden der Zusammenhang zwischen dem Umfang von Gewerbe- und Industrieflächen und der daraus erzielten wirtschaftlichen Wertschöpfung ermittelt. Umso höher die Werte, umso produktiver der Flächeneinsatz.

Interpretation

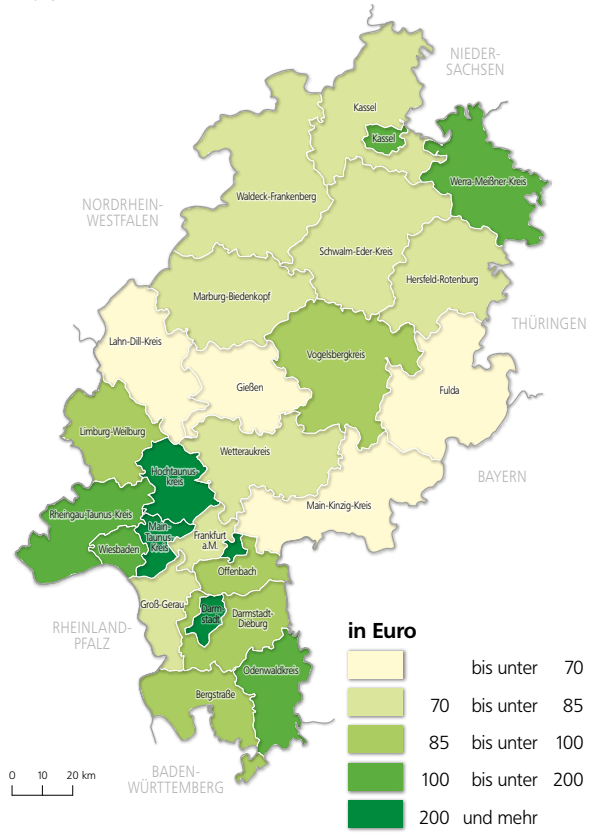
Die Neuausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten ist ein verbreitetes Handlungskonzept, um kommunale Finanzen über zusätzliche Einnahmen von Gewerbesteuern zu stärken

Abbildung 45
Flächeneffizienz 2016–2018
Neue Gewerbe- und Industriefläche je sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem am Arbeitsort
in Quadratmeter



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Regionalstatistik Destatis, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 46
Flächenproduktivität 2017
BIP pro Einwohner_in pro Hektar Gewerbe- und Industriefläche
in Euro



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Regionalstatistik Destatis, GeoBasis-DE/BKG 2020.

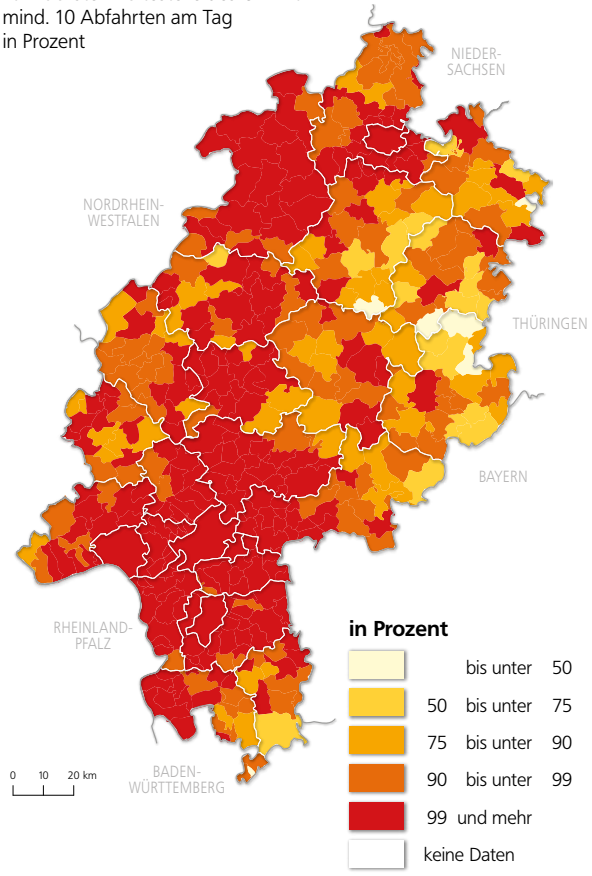
und aktiv die Entstehung neuer Arbeitsplätze für die wirtschaftlichen Perspektiven einer Kommune voranzutreiben. Im interkommunalen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen führt diese Strategie ohne übergeordnete Koordination zu unnötiger Flächeninanspruchnahme mit negativen Umweltwirkungen, desweiteren zu möglichen Infrastrukturfolgekosten, die von der Allgemeinheit langfristig zu tragen sind.

Die Karte in Abbildung 45 zeigt in diesem Zusammenhang, wo in Hessen besonders viele neue Flächen für Gewerbe- und Industrieflächen pro Beschäftigtem/Beschäftigter neu ausgewiesen wurden. Die höchsten Werte liegen entlang der Verkehrsachsen des Bundesautobahnennetzes, die für diese Karte mit eingeblendet werden. Große Flächenausweisungen finden sich z. B. entlang der A7 zwischen Kassel und Bad Hersfeld. Hier haben u. a. große Logistikunternehmen neue Flächen in Anspruch genommen, um aus einer zentralen Lage in Deutschland heraus den steigenden Markt für E-Commerce-Produkte in ganz Deutschland zu bedienen. Bei entsprechendem Beschäftigtenzuwachs fallen diese Kommunen allerdings durch den Bezug auf die Beschäftigungszahl nicht in die höchste Klasse. Die höchsten Werte haben vielmehr kleinere Landgemeinden wie Schwalmtal im Vogelsbergkreis (359 Quadratmeter pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem/Beschäftigter), Biblis im Landkreis Bergstraße (291 Quadratmeter pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem/Beschäftigter) und Mainhausen im Landkreis Offenbach (321 Quadratmeter pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem/Beschäftigter). Hier werden die Ausweisungen von Industrie- und Gewerbflächen nicht von einem entsprechenden Beschäftigtenzuwachs begleitet und führen zu einer Verschlechterung der Flächeneffizienz. Die Karte in Abbildung 46 dagegen zeigt, wo die Wirtschaftskraft weniger stark vom Flächeneinsatz der Nutzung Gewerbe und Industrie abhängig ist. Dies ist z. B. der Fall in den wohlhabenden Taunuskreisen (Hochtaunuskreis: 271 Euro pro Hektar; Main-Taunus-Kreis: 254 Euro pro Hektar; Rheingau-Taunus-Kreis: 184 Euro pro Hektar), in Offenbach (352 Euro pro Hektar) und Darmstadt (279 Euro pro Hektar), etwas weniger stark ausgeprägt auch in Wiesbaden, Kassel sowie landwirtschaftlich und touristisch geprägten Kreisen. Fulda (62 Euro je Hektar), Gießen (70 Euro pro Hektar), der Lahn-Dill-Kreis (52 Euro pro Hektar) sowie der Main-Kinzig-Kreis (51 Euro pro Hektar) produzieren dagegen weniger Wirtschaftsleistung aus dem Flächeneinsatz der Nutzung Gewerbe und Industrie.

Die beiden Kennziffern der Flächeneffizienz und Flächenproduktivität stehen für einen Einflussfaktor sozioökonomischer Disparitäten, der auch als Ergebnis strukturpolitischer Maßnahmen neue Konflikte auslösen kann. So ziehen landesplanerische Ziele, die durch Erreichbarkeitsverbesserungen und den Ausbau von Verkehrswegen wirtschaftliches Potenzial im länd-

lichen Raum zu entfalten versuchen, weiteren Flächenverbrauch mit negativen Folgewirkungen für Umwelt, aber auch Bodenverlust für die Landwirtschaft nach sich. Das Umweltbundesamt stellt in seiner Berichterstattung zu „umweltschädlichen Subventionen" fest, dass Fördermittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) vor allem dann im Konflikt zu den Nachhaltigkeitszielen der Bundesregierung stehen, wenn auf kommunaler Ebene damit Flächenausweisungen ohne hinreichenden Bedarf realisiert werden (vgl. Die Bundesregierung 2018: 41; Umweltbundesamt 2016: 55). In diesem Spannungsfeld sind Anstrengungen zur Identifizierung von Entwicklungspotenzialen im Bestand, zur konsequenten Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene und eine Stärkung regionaler und interkommunaler Kooperationen in der Flächenentwicklung wichtige Bausteine auf dem Weg, wirtschaftliche Wertschöpfung ohne übermäßig hohen Flächenverbrauch und steigenden Auto- und Lieferverkehr zu realisieren. Aktuelle Konflikte um Autobahnverbindungen in Nordhessen auf Kosten von Schutzgütern wie dem Dannenberger Forst zeigen, dass in Zeiten von Klimaanpassung und Mobilitätswende strukturpolitische Maßnahmen deutlich stärker auf den sensiblen Ausgleich ökologischer und wirtschaftlicher Ziele zu achten haben. Der folgende Indikator nimmt diesbezüglich die ungleiche Ausstattung an Infrastrukturen für den öffentlichen Nahverkehr in Hessen in den Blick.

Abbildung 47
Nahversorgung Haltestellen 2017
Anteil Einwohner_innen mit max. 1.000 m Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖV mit mind. 10 Abfahrten am Tag in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage:INKAR: Nahversorgungsmodell des BBSR, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Nahversorgung Haltestellen

Definition und Aussage

Öffentlicher Nahverkehr (ÖV) gehört zu einer der Grunddaseinsfunktionen des Sozialstaats. Die Länder garantieren durch das Regionalisierungsgesetz die Bereitstellung von Verkehrsleistungen für den öffentlichen Personennahverkehr. Gemessen wird hier der Anteil der Einwohner_innen, die in maximal 1.000 Metern Distanz die nächstgelegene Haltestelle des ÖV mit mindestens zehn Abfahrten am Tag erreichen können. Hohe Werte zeigen somit an, dass ein Großteil der Einwohner_innen Mobilitätsangebote in fußläufiger Erreichbarkeit vorfindet. Niedrige Werte deuten auf eine strukturelle Autoabhängigkeit hin, in der Haushalte ohne Pkw-Verfügbarkeit einer sogenannten Mobilitätsarmut ausgesetzt sind, d. h. es fehlt an Mobilitätsoptionen und damit Zugangsmöglichkeiten zu Arbeitsmärkten und dem gesellschaftlichen Leben.

Interpretation

Die Karte in Abbildung 47 zeigt die flächendeckend bessere Ausstattung in den südhessischen Städten und Agglomerationsräumen. Hier finden weitflächig so gut wie alle Haushalte eine Haltestelle des ÖV mit mindestens zehn Abfahrten am Tag vor (dunkelrot mit 99 Prozent und mehr). Ähnliches gilt für zahlreiche Kommunen in Mittelhessen und im westlichen Nordhessen mit der Stadtregion Kassel. Ausgedünnter erscheint das Angebot in ländlichen Regionen des Nordostens und Ostens, z. B. im Werra-Meißner-Kreis, Schwalm-Eder-Kreis, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, im Vogesbergkreis und im Landkreis Fulda mit verbreitet weniger als 75 Prozent, in manchen Landgemeinden auch unter 50 Prozent. Der niedrigste Wert findet sich in der Landgemeinde Ottrau im Schwalm-Eder-Kreis mit lediglich 22 Prozent der Einwohner_innen, die eine Haltestelle fußläufig erreichen könnten. Bewohner_innen ohne Zugang zu ÖV-Haltestellen sind einer sich selbst verstärkenden Autoabhängigkeit ausgesetzt. Abbildung 48 zeigt, wie sich der Pkw-Besitz der Bevölkerung im Zusammenspiel mit einer MIV-orientierten Verkehrspolitik (z. B. durch den Ausbau von Infrastrukturen für den motorisierten Individualverkehr – MIV) zu einem Kreislauf weiterentwickelt, der Einfluss nimmt auf Siedlungsentwicklung und die Erreichbarkeiten von weiteren Angeboten der Daseinsvorsorge.

Weitere Studien belegen, dass eine strukturelle Autoabhängigkeit Lebensstile prägt, z. B. indem auch über sehr kurze Distanzen mit dem Auto gefahren wird. Gesundheitsfördernde aktive Mobilität wie Fahrradfahren und Zufußgehen sind weit mehr verbreitet, wenn Menschen Teilstrecken in der ÖV-Nutzung zurücklegen oder Einrichtungen des alltäglichen Bedarfs in fußläufiger Erreichbarkeit vorfinden (Nobis und Kuhnimhof 2018: 49). Die Rahmenbedingungen in dichter bebauten Städten sind für eine Erschließung dieser Möglichkeiten sicher vorteilhaft, historisch gesehen galt dies jedoch auch für viele Ortskerne des ländlichen Raums und in Kleinstädten. Die dort aktuell zu beobachtenden Verlagerungen von Geschäften und Einrichtungen in automobil erreichbare

Abbildung 48
Kreislauf der Strukturanpassungen bei wachsendem Pkw-Besitz

Quelle: Randelhoff 2020.

Ortsrandlagen wirken negativ auf nichtautomobile Erreichbarkeiten, wohnortnahe Einrichtungen ziehen sich dagegen zurück (siehe auch Abschnitt „Nahversorgung Supermärkte"). Innovative Ansätze zur Wiederbelebung von Ortskernen stehen deshalb im direkten Zusammenhang mit ganzheitlichen Verkehrskonzepten, die konsequent Schwerpunkte auf aktive Nahmobilität und schienengebunde Angebote im Personenverkehr sowie eine Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene setzen (vgl. Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung 2020a).

PARTIZIPATION

Die Teilhabe von Menschen an politischen Entscheidungsprozessen ist ein fundamentaler Baustein für demokratisch legitimierte politische Handlungsfähigkeit. Ergebnisse des zuletzt veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zeigen, dass ungleiche Lebenslagen und Perspektiven negativ auf die Motivation und Teilhabebereitschaft benachteiligter Menschen wirken, die Möglichkeiten politischer Teilhabe aufzugreifen (Bundesregierung 2017: 163ff.). Neben der individuellen Motivation können auch strukturelle Nachteile als Zugangsbeschränkungen zu Beteiligungsformaten wirken (vgl. z. B. Böhnke 2011: 21). Dazu gehören fehlende zeitliche Ressourcen für Menschen mit Doppelbelastungen wie Erwerbstätigkeit und familiären Betreuungsaufgaben, fehlende Informations- und Bildungsangebote sowie fehlende Vernetzungsmöglichkeiten für unterrrepräsentierte Interessensgruppen. Die folgenden Ausführungen erörtern die räumlichen Varianzen in der politischen Teilhabe mit der Wahlbeteiligung und ihrer Entwicklung.

Wahlbeteiligung

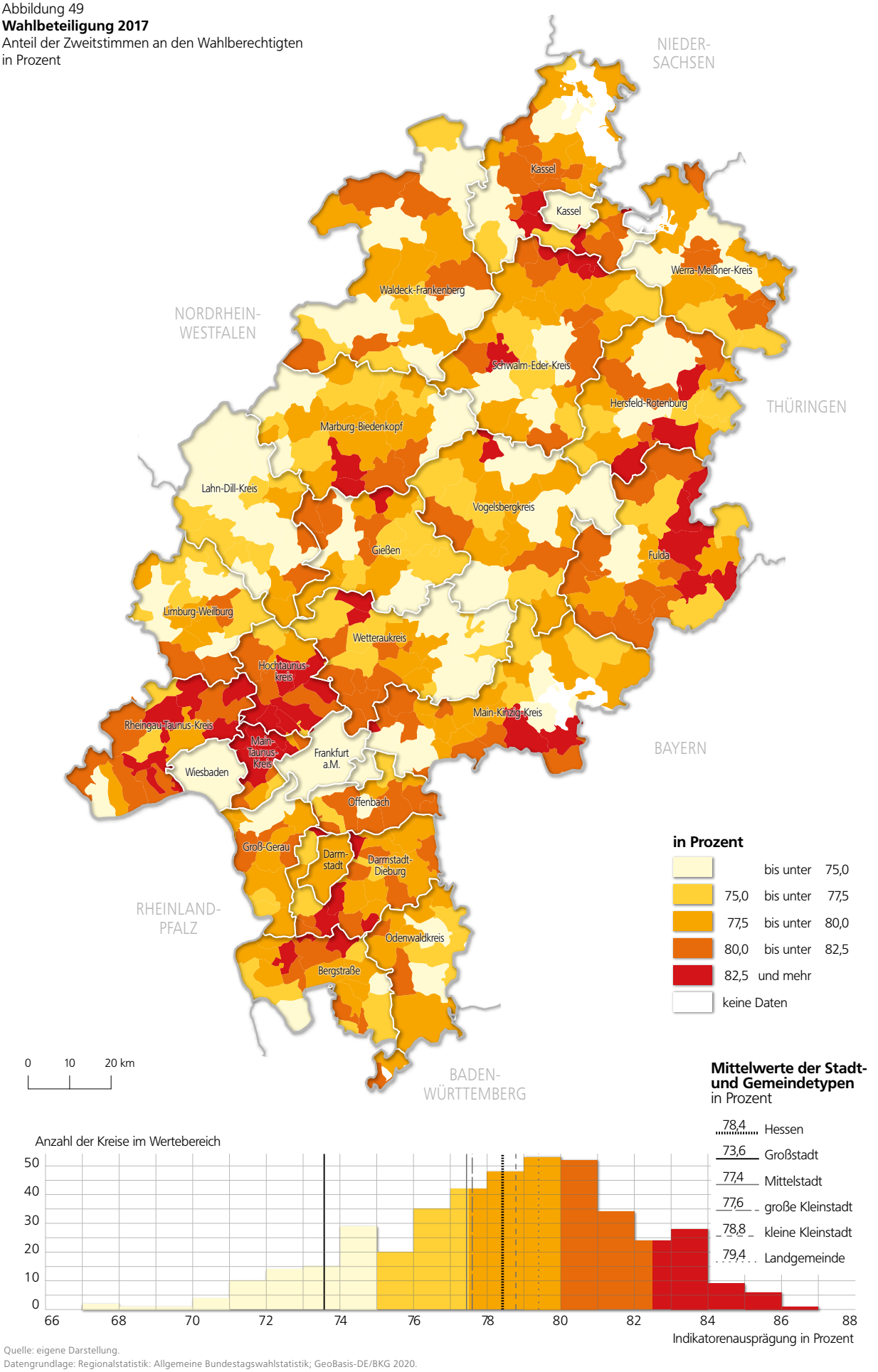
Aussagekraft des Indikators

Die Wahlbeteiligung wird mit dem Anteil der Zweitstimmen an den Wahlberechtigten in Prozent gemessen. Sie gibt Auskunft über die Partizipationsbereitschaft am Beispiel der Bundestagswahl 2017 und ihrer Veränderung seit 2013.

Interpretation

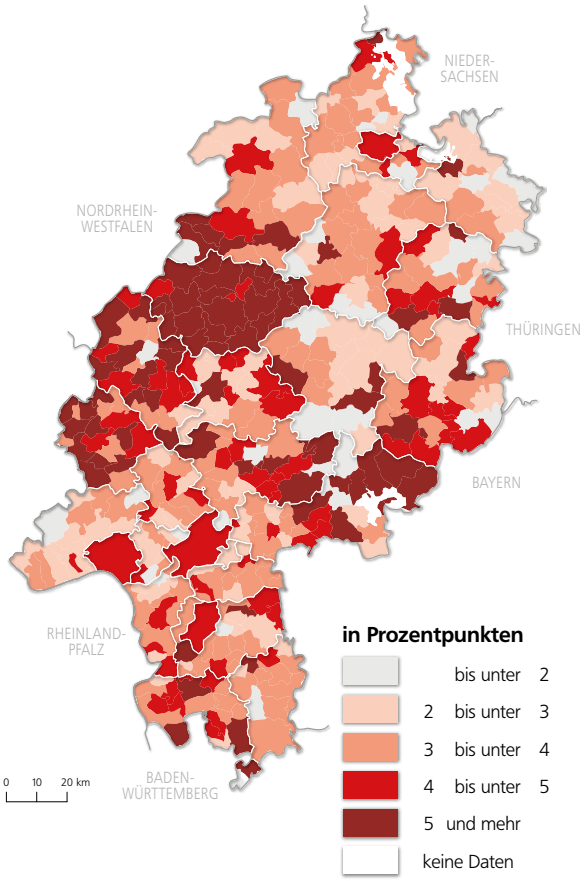
Eine hohe Wahlbeteiligung wird häufig mit Bildung und Wohlstand assoziiert. Geringere Wahlbeteiligungen dagegen sind typisch für städtische Milieus mit hohem Migrationsanteil und einem höheren Anteil an jüngeren Menschen, die weniger häufig wählen gehen. Für die jüngsten Bundestagswahlen spielen darüber hinaus gesellschaftliche Spannungsfelder von Rechtspopulismus und ihren Gegenbewegungen eine weitere Rolle (Roßteutscher et al. 2019: 189ff.). Die in Abbildung 49 zu erkennenden Muster deuten darauf hin, dass die höchsten Wahlbeteiligungen in den wohlhabenden Taunuskreisen zu finden sind wie auch im Umland der Städte Darmstadt, Kassel, zwischen Gießen und Marburg sowie Wiesbaden. Weitere Gemeinden, die sehr hohe Wahlbeteiligungen erzielen konnten, liegen in den Rhöngemeinden östlich von Fulda. Die höchste Wahlbeteiligung erzielt die Kleinstadt Wehrheim im Hochtaunuskreis mit 86,5 Prozent, die geringste Wahlbeteiligung hat Raunheim im Kreis Groß-Gerau mit lediglich 67,5 Prozent. Auffällig ist, dass die Wahlbeteiligungen in den Großstädten stark unterdurchschnittlich ausfallen (unter 75 Prozent). Eine Ausnahme ist Darmstadt mit 78,6 Prozent. In der Karte der Entwicklung der Wahlbeteiligung seit 2013 (siehe Ab-

Abbildung 49
Wahlbeteiligung 2017
Anteil der Zweitstimmen an den Wahlberechtigten
in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Regionalstatistik: Allgemeine Bundestagswahlstatistik; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 50
Veränderung der Wahlbeteiligung 2013–2017
in Prozentpunkten



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Regionalstatistik: Allgemeine Bundestagswahlstatistik; GeoBasis-DE/BKG 2020.

bildung 50) konzentrieren sich hohe positive Veränderungen im Landkreis Marburg-Biedenkopf, teilweise auch im südlich davon gelegenen Lahn-Dill-Kreis und in der Rhön südlich von Fulda, vereinzelt auch in anderen Kommunen (dunkelrote Klasse mit fünf Prozentpunkte höherer Wahlbeteiligung). Die Ursachenforschung für die weitflächige höhere Wahlbeteiligung verweist auf die Mobilisierungskraft rechtspopulistischer Parteien und ihrer Gegenbewegungen im Parteienspektrum („AfD-Effekt"). Die an sich positive Aussagekraft einer steigenden Wahlbeteiligung – die in den Jahren vor der Bundestagswahl 2017 stetig gesunken war – muss deshalb differenziert bewertet werden. Die ursächliche parteipolitische Polarisierung im Umgang mit der Zuwanderung von Asylbewerber_innen und Schutzsuchenden wirkt stark negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dies hält bis heute weitestgehend an (Zick et al. 2019: 280ff.). Weiterhin zu beobachten ist, dass bestimmte städtische Milieus in ihrer politischen Teilhabe weiterhin stark unterrepräsentiert sind. Erklärungsmuster deuten weiterhin auf eine politische Entfremdung von Milieus hin, moderiert durch unterschiedliche Reichweiten politischer Kommunikation und Wahlkampfaktivitäten im Nahumfeld (Roßteutscher/Schäfer 2016: 458ff.). Ideen zur Steigerung der Wahlbeteiligung bestimmter sozialer Milieus reichen von einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bis zu Reformen der Wahlorganisation und der finanziellen Ausstattung von Parteien. Darüber hinaus ist – mit offenem Ausgang – zu erwarten, dass die Erfahrungen in der Corona-Krise Einfluss haben werden auf den politischen Mitgestaltungswillen der Bevölkerung. Erste Anzeichen, dass digitale Teilhabeformate (z. B. E-Partizipation und Onlinebeteiligung) weiter an Bedeutung gewinnen könnten, werden aufgrund der ungleichen Zugangsvoraussetzungen zu digitalen Formaten auch kritisch gesehen. Borucki et al. 2020 verweisen in diesem Zusammenhang auf Ungleichheiten im ortsgebundenen und technischen Zugang zu digitalen Angeboten, für den weiterhin intellektuelle, motivationale und soziale Unterstützungsstrukturen zu bewerten sind (Borucki et al. 2020: 364). Die folgenden Ausführungen nehmen die ortsgebundenen technischen Voraussetzungen als eine Kernaufgabe staatlicher Infrastrukturbereitstellung in den Blick.

DIGITALE INFRASTRUKTUR

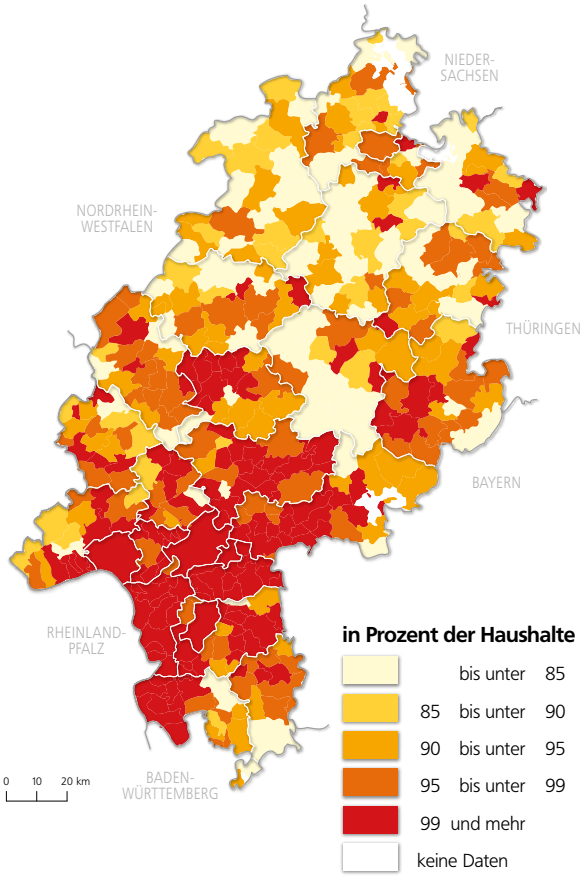
Die Verfügbarkeit leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen ist eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit einer Region. Neben den wirtschaftlichen Perspektiven in der Erschließung und Förderung digitaler Geschäftsmodelle sind sie eine wesentliche Rahmenbedingung für digitale Teilhabe und bieten Chancen für nachhaltigkeitsorientierte Entwicklungspfade, zum Beispiel für den Einsatz ressourceneffizienter „smarter" Technologien (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2019). Erfahrungen aus der Corona-Krise zeigen, dass dringend benötigte Alternativen für Arbeiten und Schule von zu Hause, aber auch für die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Daseinsvorsorge, maßgeblich vom Zugang zum Internet abhängen – mit zunehmend „datenhungrigeren" Anwendungen. Entsprechend drängend ist der Breitbandausbau, der in Deutschland – verglichen mit anderen EU-Ländern – nur schleppend vorankommt.

Breitband- und Mobilfunkanschlüsse

Aussagekraft des Indikators

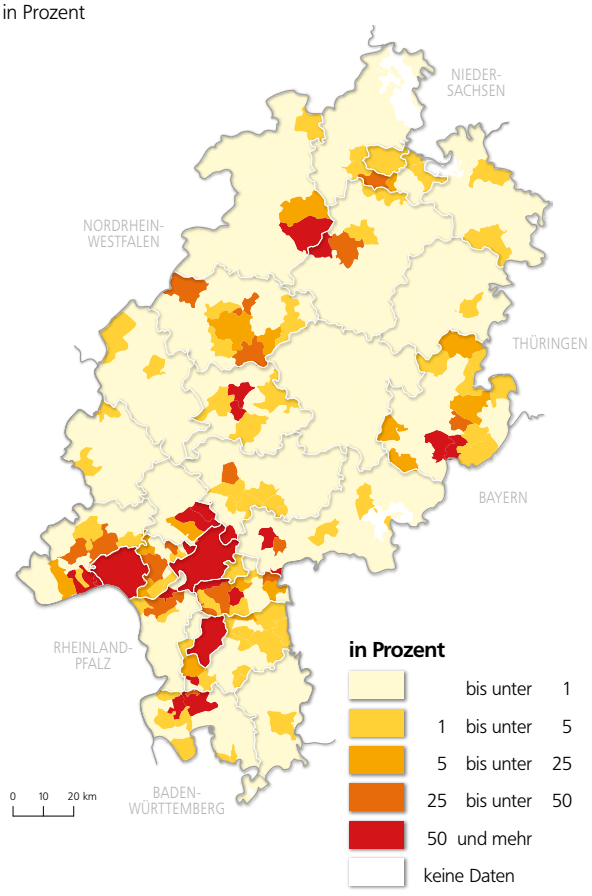
Die im folgenden Abschnitt genutzten Kennziffern für digitale Teilhaben beziehen sich auf den Breitband- und Mobilfunkzugang für (1) den Anteil an Haushalten mit leitungsgebundenem Internet mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s, (2) den Anteil an Haushalten, die im Wohnumfeld Mobilfunkraten für die Nutzung von Anwendungen in LTE-Qualität (Long-Term Evolution Standard) von mehr als 6 Mbit/s zur Verfügung haben, und (3) den Anteil an Haushalten, die mit leitungsgebundenen Übertragungsraten von mehr als 1.000 Mbit/s sogenannte Gigabittechnologien nutzen können. Die jeweiligen Anteilsangaben in Prozent setzen die Anzahl angeschlossener Haushalte zu allen Haushalten einer Kommune in Beziehung. Hohe Werte zeigen an, dass die Kommune nicht nur über die entsprechende digitale Infrastruktur verfügt, sie wird von den Haushalten auch genutzt. Niedrige Werte dagegen können Ausdruck fehlender Angebote oder anderer Zugangsbeschränkungen wie hohen Kosten sein.

Abbildung 51
Mobilfunkverfügbarkeit LTE ≥ 6 Mbit/s 2019
in Prozent der Haushalte



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Breitbandatlas, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildung 52
Breitbandverfügbarkeit 1.000 Mbit/s 2019
Anteil der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mindestens 1.000 Mbit/s an allen Haushalten
in Prozent



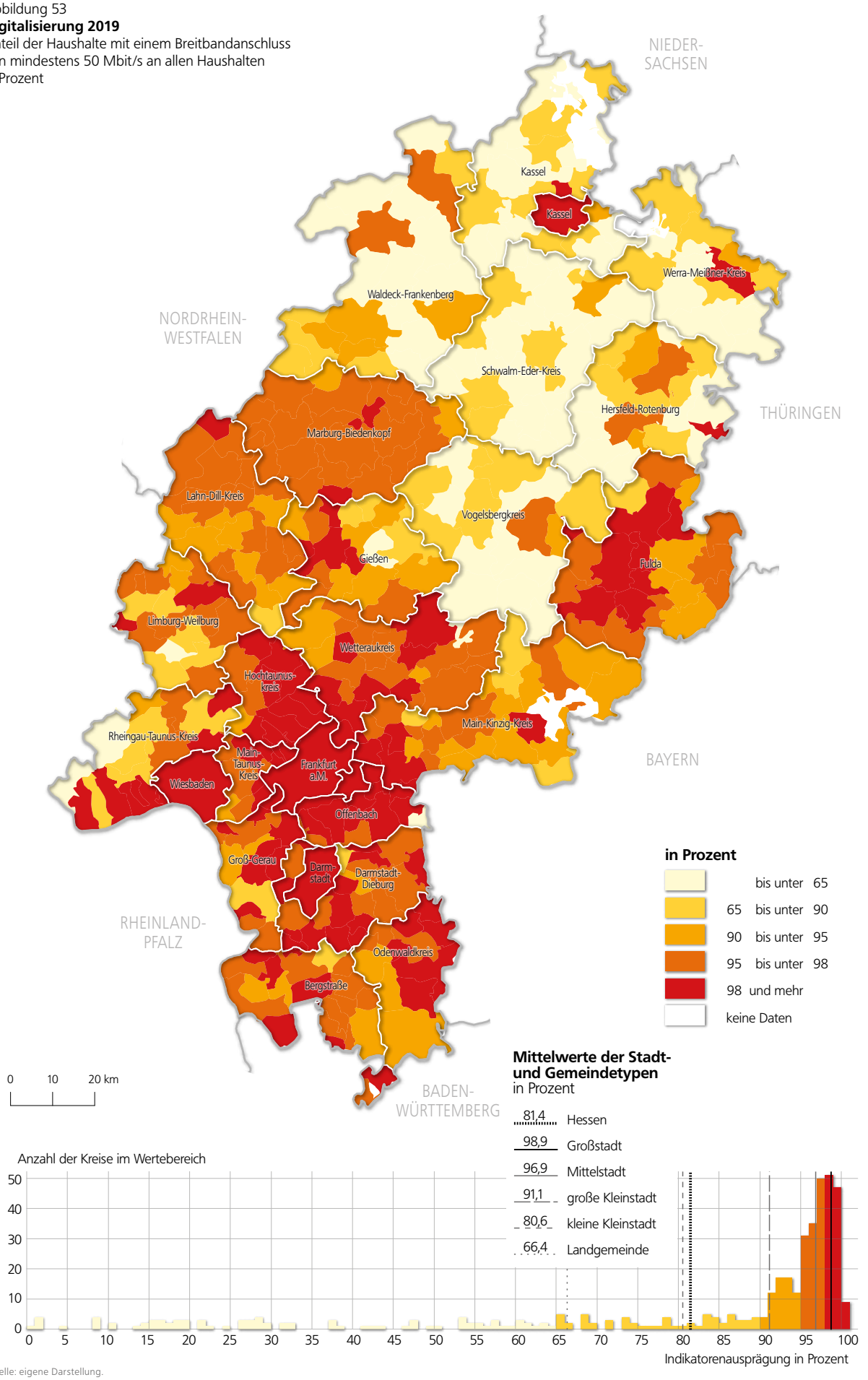
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Breitbandatlas, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Interpretation

Die Karte in Abbildung 53 zeigt die deutliche Ungleichheit im Bereich der digitalen Infrastruktur und ihrer Nutzung in Hessen. Während die Stadtregionen in Südhessen sowie in Kassel und um Fulda sehr gute Rahmenbedingungen haben, liegen in weiten Teilen Mittel- und Nordhessens (Vogelsbergkreis, Schwalm-Eder-Kreis, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner-Kreis, Landkreis Kassel) deutliche Defizite vor. Hier sind weitflächig weniger als 65 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt. Diese Bandbreite wird als Voraussetzung für den Einsatz gängiger Anwendungen im Privatbereich angesehen und lag der (verfehlten) Zielsetzung der Bundesregierung zu Grunde, bis zum Jahr 2014 75 Prozent aller Haushalte diese Bandbreite zur Verfügung zu stellen. Auch die nachfolgenden Ziele wurden weit verfehlt, Deutschland liegt im internationalen Vergleich mit einem bundesweiten Durchschnitt von 24 Mbit/s auf Rang 25 von 200 Ländern, weit hinter dem führenden Land Taiwan (85 Mbit/s) und dem führenden europäischen Land Schweden (55 Mbit/s, Cable.co.uk 2020). In hessischen Landgemeinden wie Weißenborn im Werra-Meißner-Kreis oder Nieste im Landkreis Kassel haben weniger als ein Prozent der Haushalte Zugang zu modernem Internet, in weiteren 58 Gemeinden sind es weniger als 50 Prozent der Haushalte, die angeschlossen sind. Die gleiche Problematik zeigt sich in der Verfügbarkeit und im Anschluss von Mobilfunk (siehe Abbildung 51): Ländliche Regionen in Mittel- und Nordhessen haben im Wohnumfeld sehr viel schlechtere Übertragungsraten als südhessische Stadtregionen und Großstädte, das räumliche Muster zur Karte in Abbildung 53 ist ähnlich. Zwar sind die Anteile der Haushalte, in deren Wohnlagen LTE mit 6 Mbit/s und mehr erreicht wird, höher, die unterste Klasse erreicht bereits 85 Prozent der Haushalte. Dennoch sind Lagen, die diese Übertragungsraten nicht erreichen, strukturell benachteiligt. Besonders markant werden die infrastrukturellen Disparitäten im Bereich der bereits realisierten Anschlüsse, die der aktuellen Breitbandoffensive des Bundes bis 2025 zugrunde liegen: Bis 2025 sollen demnach alle Haushalte in Deutschland Zugang zu Gigabitleitungen (d.h. mindestens 1.000 Mbit/s) bekommen. Die Karte in Abbildung 52 zeigt, wo das bis Ende 2019 der Fall war: Nur in sehr wenigen Kommunen sind mehr als die Hälfte der Haushalte an dieses zukunftsorientierte Internet angeschlossen, mit deutlichen Schwerpunkten in den Großstädten und Universitätsstädten. In den meisten eher ländlich geprägten Kreisen dagegen sind weitflächig weniger als ein Prozent der Haushalte angeschlossen, was quasi einer Nichtverfügbarkeit entspricht.

Die Bedeutung eines erfolgreichen und zeitnahen Breitbandausbaus ist spätestens durch die Erfahrungen der Corona-

Abbildung 53
Digitalisierung 2019
Anteil der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s an allen Haushalten in Prozent



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Krise vollständig im öffentlichen Bewusstsein und über alle Parteien hinweg unumstritten. Umso deutlicher werden aber auch die Schwierigkeiten und Probleme, die den Breitbandausbau seit Jahren in der Ausgestaltung und Umsetzung begleiten (Garnadt et al. 2020: 663). Schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit muss der Breitbandausbau über die nächsten Jahre überzeugend funktionieren und die politische Priorität erhalten, die einer Post-Corona-Welt und ihrer Katalysatorwirkung für die digitale Transformation gerecht wird. Gelingt dies nicht, wird sich die strukturelle Benachteiligung nicht oder schlecht angeschlossener Regionen zu weiteren Problemlagen verfestigen. Die Konsequenz könnte unter anderem sein, dass sich Wanderungsbewegungen aus unterversorgten Räumen in die gut erschlossenen, aber überlasteten Ballungsgebiete verstetigen. Mit diesen kritischen Trends und Perspektiven beschäftigt sich der nächste Themenbereich, die Binnenwanderungen in Hessen.

3.5 WANDERUNGEN

Die vorangehend beschriebenen Faktoren der Ungleichheit haben Auswirkungen auf das Binnenwanderungsverhalten der Bevölkerung, das auch als „Abstimmen mit den Füßen" beschrieben wird (Siedentop et al. 2020). Menschen wählen ihren Wohnort gemäß ihrer persönlichen Präferenzen. Dabei spielen sowohl wirtschaftliche Erwägungen, wie die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum und Verdienstmöglichkeiten, als auch weichere Standortfaktoren, wie die landschaftliche Attraktivität oder das kulturelle Angebot, eine Rolle (Buch et al. 2014). Die Wohnstandortmobilität und die persönlichen Bestimmungsfaktoren des Wanderungsverhaltens unterliegen allerdings starken alters- und lebensabschnittsbedingten Schwankungen (Heider 2019). So wird in der Regel zwischen Familienwanderung, Bildungswanderung, Berufseinstiegswanderung und Ruhestandswanderung unterschieden.

Das Wanderungsverhalten ist dabei aber nicht nur das Resultat der räumlichen Ungleichheit, sondern auch ein wesentlicher Einflussfaktor der lokalen demografischen und ökonomischen Entwicklung (Stawarz/Rosenbaum-Feldbrügge 2020). Insbesondere das Wanderungsverhalten der mobilsten Bevölkerungsgruppe junger und gut ausgebildeter Erwachsener hat starke Auswirkungen auf die Entwicklung des regionalen Arbeitskräftepotenzials und kann somit ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen verschärfen. Bei allen Indikatoren zum Themenbereich Wanderung ist zu beachten, dass die Binnenwanderung auf der Gemeindeebene im Betrachtungszeitraum 2013 bis 2017 stark durch Migration ausländischer Bürger_innen und durch die teils staatlich gesteuerte Fluchtmigration beeinflusst wurde. Das Wanderungsverhalten internationaler Migrant_innen unterscheidet sich stark von der deutschen Binnenwanderung und ist deshalb nicht allein auf regionale Unterschiede in den Lebensverhältnissen zurückzuführen (Heider et al. 2020).

Für Hessen ergibt sich insgesamt ein recht differenziertes Bild, in dem starke Wanderungsgewinne im Großraum Rhein-Main Wanderungsverlusten in den ländlichen Regionen Nord- und Mittelhessens gegenüberstehen, auf kleinräumigerer Ebene aber auch starke intraregionale Disparitäten vor allem in der altersspezifischen Wanderung festzustellen sind. Zusammengefasst weisen die betrachteten Wanderungsmuster auf eine fortgeschrittene demografische Fragmentierung des Landes zwischen dynamischen Großstädten, familienfreundlichen suburbanen Gebieten und schrumpfenden Gemeinden im ländlich geprägten Raum hin.

Wanderungen insgesamt

Aussagekraft des Indikators

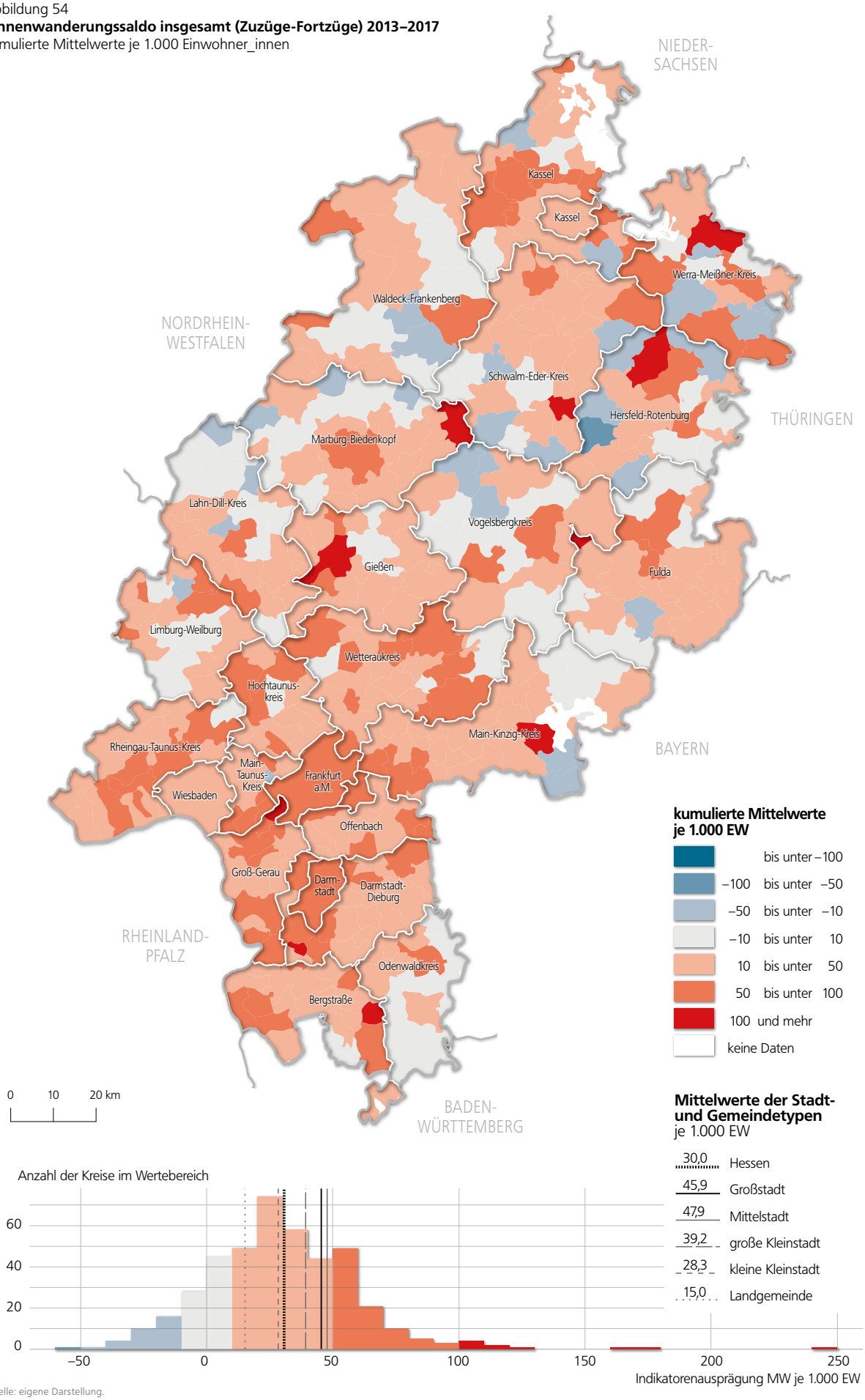
Der Gesamtwanderungssaldo gibt Aufschluss über die generelle Attraktivität einer Gemeinde als Wohnstandort über alle Altersgruppen hinweg. Er wird als Saldo der Zuzüge und Fortzüge im Zeitraum 2013 bis 2017 je 1.000 Einwohner_innen im Ausgangsjahr dargestellt. In entwickelten Ländern mit geringem natürlichen Bevölkerungswachstum sind Binnenwanderung und Zuwanderung die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der regionalen Bevölkerungsentwicklung (Gatzweiler/Schlömer 2008). Die Wanderungsbilanz kann große Auswirkungen auf die sozioökonomische Entwicklung einer Region haben. Während große Wanderungsgewinne zu steigenden Mieten und Grundstückspreisen, Verdrängung und sozialräumlicher Polarisierung führen können, haben Regionen, die von Abwanderung geprägt sind, oftmals mit den Folgen demografischer Schrumpfung wie einer alternden Bevölkerung, Fachkräftemangel und der Aufrechterhaltung der Nahversorgung zu kämpfen.

Interpretation

Die Karte in Abbildung 54 weist auf deutliche räumliche Unterschiede in den Binnenwanderungssalden der hessischen Gemeinden hin. Die Spannweite reicht von 59,6 Nettofortzügen je 1.000 Einwohner_innen in Kirchheim im Kreis Hersfeld-Rotenburg bis zu 240,2 Nettozuzügen je 1.000 Einwohner_innen in Schwarzenborn im Schwalm-Eder-Kreis. Beide Gemeinden können aber aufgrund ihrer geringen Bevölkerungszahl als Ausreißer betrachtet werden. Der überwiegende Anteil der Gemeinden konnte Wanderungsgewinne verzeichnen. Auch hier sticht Südhessen bzw. das Rhein-Main-Gebiet hervor. Neben den Großstädten Frankfurt (+58,3), Offenbach (+53,7) und Darmstadt (+60,6) konnten auch landschaftlich attraktive Umlandgemeinden wie Kronberg im Hochtaunuskreis (+70,5) und ländliche Gemeinden wie Kiedrich im Rheingau-Taunus-Kreis (+67,9) deutliche Wanderungsgewinne verzeichnen. Insgesamt lässt sich aber auch beobachten, dass die relativen Wanderungsgewinne mit der Größe und Dichte des betrachteten Gemeindetyps abnehmen.

Außerhalb des Rhein-Main-Gebiets sind vor allem in den Universitätsstädten wie Gießen (+108,8) und Marburg (+50,9) überdurchschnittliche Wanderungsgewinne zu beobachten. Aber auch einige Kleinstädte Nord- und Mittelhessens erzielten beachtliche Zuzugsraten. Zusammenfassend ergibt sich ein stark differenziertes Bild des räumlichen Wanderungsgeschehens in Hessen, bei dem monokausale Erklärungsansätze zu kurz greifen. Neben den allgemeinen Agglomerationsvorteilen des Rhein-Main-Gebiets, die sich in einem großen und breiten Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten und guter Erreichbarkeit äußern, können die lokalen Bestimmungs-

Abbildung 54
Binnenwanderungssaldo insgesamt (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017
kumulierte Mittelwerte je 1.000 Einwohner_innen



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; GeoBasis-DE/BKG 2017.

faktoren der Wanderung also stark unterschiedlich ausfallen. Eine Differenzierung nach Altersgruppen sollte diesbezüglich aufschlussreich sein.

Ein wesentliches strukturpolitisches Ziel dürfte es sein, den größer werdenden Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung zwischen Stadt und Land, dem Rhein-Main-Gebiet und dem Rest des Landes durch gezielte Verbesserung der Push- und Pull-Faktoren in den von Abwanderung betroffenen Gemeinden entgegenzuwirken. Neben der Schaffung lukrativer Beschäftigungsmöglichkeiten sind hier auch innovative Ansätze zur Verbesserung der ländlichen Nahversorgung vor allem in Nord- und Mittelhessen gefragt.

Wanderungen im Familiengründungsalter

Aussagekraft des Indikators

Günstige Preise für Bauland, ein hohes Sicherheitsgefühl, gute Bildungschancen und moderate Pendeldistanzen zum Arbeitsort sind wohl die Faktoren, die die Wohnstandortwahl von Familien am meisten beeinflussen. Die Wanderungssalden der unter 18-Jährigen sowie der 30- bis unter 50-Jährigen je Einwohner_in der relevanten Altersgruppen bilden die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnstandort für Familien ab. Im Gegensatz zu Bildungs- und Berufseinstiegswandernden sind Familienwandernde in der Regel bereits seit einigen Jahren im Erwerbsleben angekommen und hinsichtlich ihrer Wohnortwahl weniger flexibel. Sie sind verhältnismäßig weniger mobil, und Verlagerungen des Wohnorts vollziehen sich in der Regel über deutlich geringere Distanzen als bei den zuvor genannten Gruppen (Milbert et al. 2013). Aus lokalpolitischer Sicht sind Familienwandernde jedoch von besonderem Interesse, da sie aufgrund ihrer längeren Berufserfahrung als einkommensstark gelten, was sich positiv auf die Steuereinnahmen einer Region auswirken kann. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass die Eingrenzung der Familienwandernden anhand des Alters relativ unpräzise ist und deshalb Überschneidungen vor allem mit der Berufseinstiegswanderung nicht zu vermeiden sind. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die hier betrachteten Altersgruppen der unter 18-Jährigen und 30- bis unter 50-Jährigen sehr heterogen sind und es deshalb auch innerhalb dieser Gruppen starke Unterschiede im Wanderungsverhalten gibt.

Interpretation

Auch bei der Familienwanderung lassen sich deutliche räumliche Disparitäten erkennen (vgl. Abbildung 55). Allerdings zeigt sich hier im Vergleich zur Gesamtwanderung ein wesentlich klareres räumliches Muster. Die Spannweite der Familienwanderungssalden reicht von 69,6 Nettofortzügen je Einwohner_in im entsprechenden Alter in Kirchheim im Kreis Hersfeld-Rotenburg bis zu 202,5 Nettozuzügen in Kelsterbach im Kreis Groß-Gerau. Beide können aber aufgrund ihrer geringen Ausgangsbevölkerung als Ausreißer angesehen werden.

Zu den Gemeinden mit signifikanten Wanderungsverlusten bei den Familien gehören die Groß- und vor allem die Universitätsstädte Hessens. Dieser Umstand ist wenig überraschend. Gerade in etwas kleineren Studentenstädten reicht das Angebot an Arbeitsplätzen und Wohnraum nicht aus, um alle Absolvent_innen in der Stadt zu halten. Diese ziehen dann ins nahegelegene Umland oder in andere Regionen, in denen sie eine Beschäftigung finden. In den starken Familienwanderungsverlusten der Universitätsstädte äußern sich auch die Überschneidungen mit der Berufseinstiegswanderung.

Von der Abwanderung der Familien aus Groß- und Universitätsstädten profitieren vor allem Gemeinden in deren Umland, die günstigere Kosten des Wohnens mit einer relativ guten Erreichbarkeit der Arbeitsstätten in den wirtschaftlichen Zentren kombinieren. Dieses Muster ist recht typisch für die Familienwanderung. Junge Familien mit Kindern und dem Traum vom Eigenheim im Grünen stellen seit jeher das Idealbild der Protagonist_innen der Suburbanisierung dar (Hirschle/Schürt 2008). Diese Bewegung scheint in Hessen trotz des deutschlandweiten Trends zur Reurbanisierung (Jessen/Siedentop 2018) ungebrochen. Aus politischer Sicht deutet sich hier eine gewisse Gefahr der großräumigen Segregation an, bei der die Großstädte zu immer größeren Teilen von jungen Erwachsenen und Zuwandernden aus dem Ausland bevölkert werden, während Familien ins Umland abwandern. Dies kann einer Spaltung der Gesellschaft durch die starke räumliche Trennung verschiedener Lebensstile Vorschub leisten.

Bildungswanderungssaldo

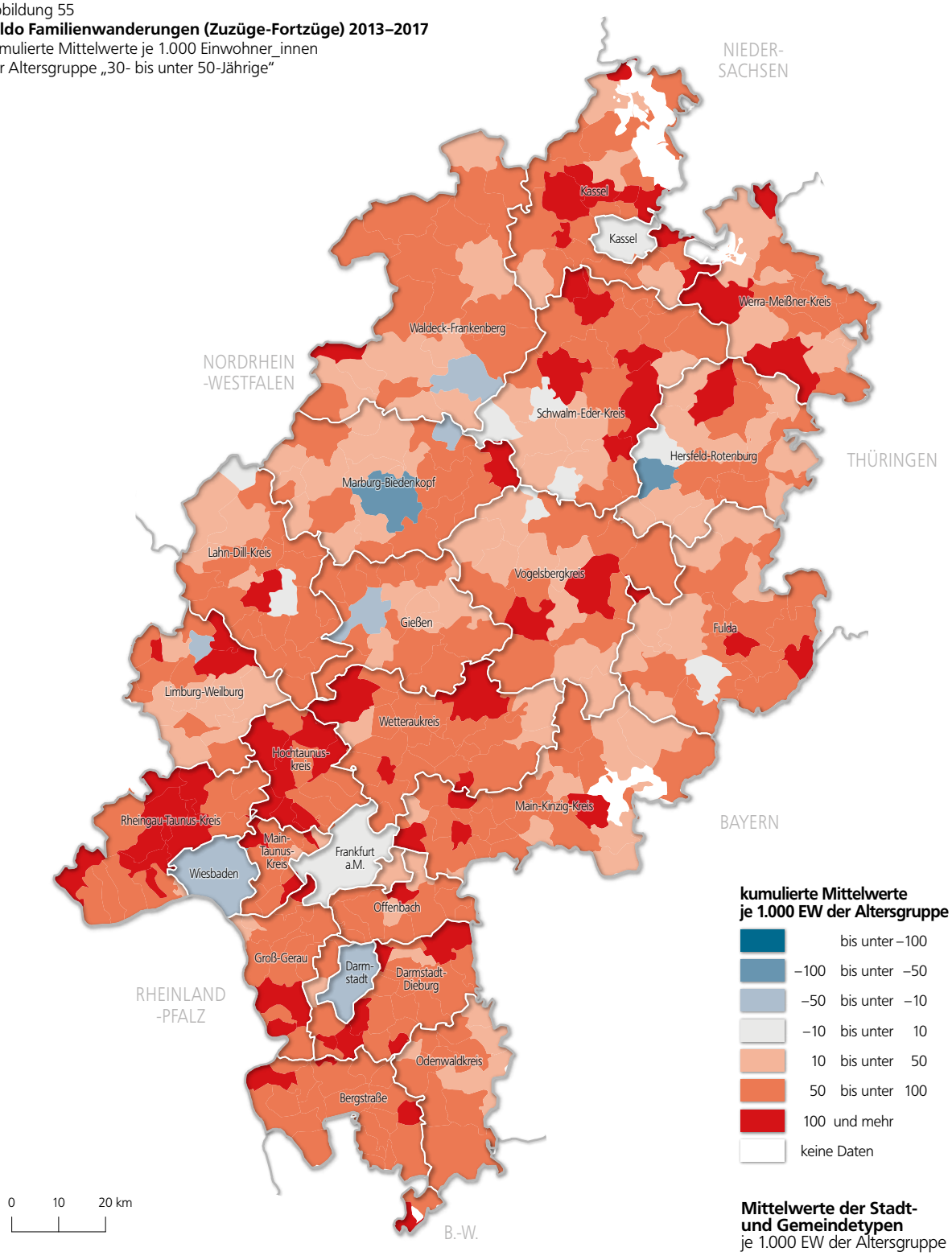
Aussagekraft des Indikators

Die Verfügbarkeit von Studienplätzen oder Ausbildungsmöglichkeiten in zukunftsfähigen Berufsfeldern ist die Hauptantriebsfeder des Wanderungsverhaltens der 18- bis unter 25-Jährigen. Deren Wanderungssaldo im Beobachtungszeitraum 2013 bis 2017 je 1.000 Einwohner_innen in der entsprechenden Alterskohorte repräsentiert die Attraktivität einer Gemeinde für die sogenannten Bildungswandernden. Diese sind wohl die mobilste und in ihrer Wohnstandortwahl flexibelste Altersgruppe (Faggian/McCann 2009). Neben den oben genannten Motiven gelten auch lebensstilbezogene Faktoren, wie ein breites Kulturangebot und ein pulsierendes Nachtleben, als ausschlaggebend für die Wohnstandortwahl der Bildungswandernden (Niedomysl/Hansen 2010). Es muss jedoch erwähnt werden, dass auch ein bedeutender Teil der Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2017 nach Deutschland einwanderten, in die Altersklasse der Bildungswandernden fällt. Gewisse Verzerrungen sind deshalb nicht auszuschließen.

Interpretation

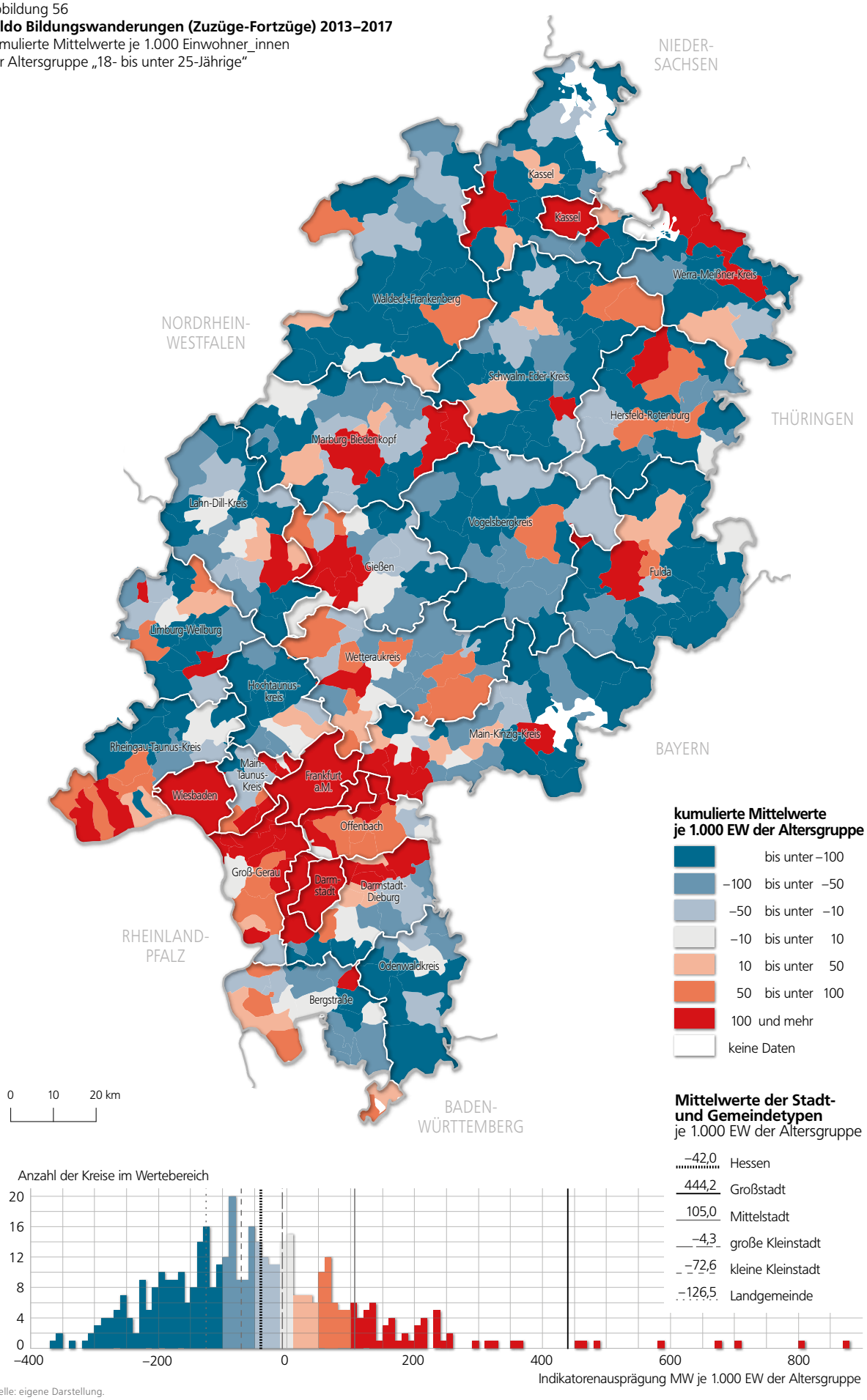
Von den hier dargestellten altersdifferenzierten Wanderungsraten weist die Bildungswanderung mit Abstand die größten räumlichen Disparitäten und das eindeutigste räumliche Muster auf (vgl. Abbildung 56). Die Spannweite reicht von 369,7 Nettofortzügen je 1.000 Einwohner_innen der betreffenden Altersgruppe in Mossautal im Odenwaldkreis bis zu 875,5 Nettozuzügen in Gießen. Wie zu erwarten stechen die Universitätsstädte als Zielregionen der Bildungswanderung eindeutig hervor. Aber auch eine große Zahl an Umlandgemeinden im Rhein-Main-Gebiet konnte deutlich profitieren.

Abbildung 55
Saldo Familienwanderungen (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017
kumulierte Mittelwerte je 1.000 Einwohner_innen
der Altersgruppe „30- bis unter 50-Jährige"



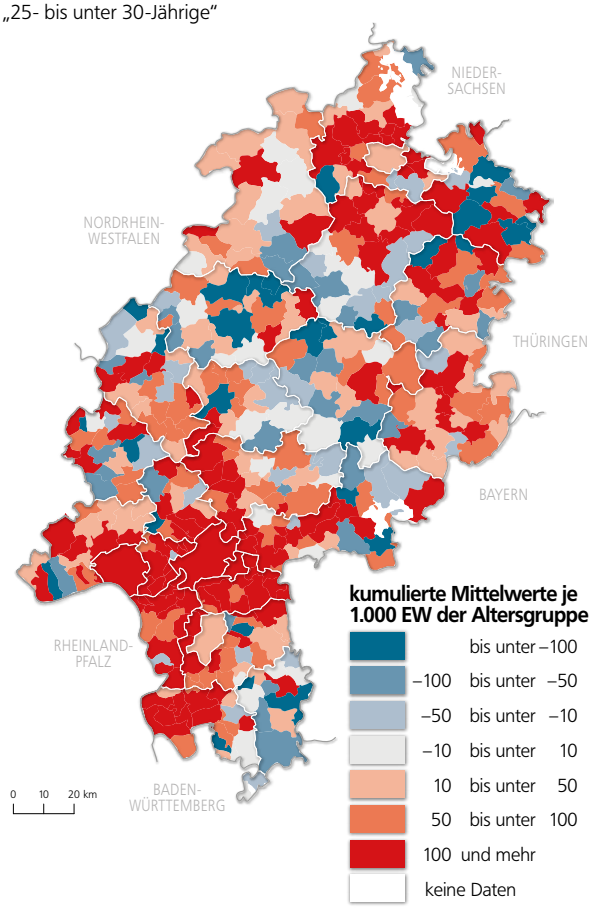
Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; GeoBasis-DE/BKG 2017.

Abbildung 56
Saldo Bildungswanderungen (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017
kumulierte Mittelwerte je 1.000 Einwohner_innen
der Altersgruppe „18- bis unter 25-Jährige“



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; GeoBasis-DE/BKG 2017.

Abbildung 57
Saldo Berufseinstiegswanderungen (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017
kumulierte Mittelwerte je 1.000 EW der Altersgruppe „25- bis unter 30-Jährige“



Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, GeoBasis-DE/BKG 2020.

Hier zeigt sich eventuell, dass die steigenden Mieten in den Zentren auch bei der Gruppe der Bildungswandernden zu einer gewissen Verdrängung ins Umland führen. Deutliche Wanderungsverluste erzielten hingegen die Kleinstädte und Landgemeinden außerhalb des Rhein-Main-Gebiets.

Die beobachteten Muster sind weitgehend deckungsgleich mit den oben geäußerten Überlegungen zu den Motiven von Bildungswandernden. Aus strukturpolitischer Sicht gibt es kaum Möglichkeiten, diesem Trend etwas entgegenzusetzen. Groß- und Universitätsstädte sind seit jeher Fixpunkte im Wanderungsverhalten junger Erwachsener. Aus Sicht der einzelnen Gemeinden ist es vielmehr entscheidend, das große Potenzial an gut ausgebildeten Fachkräften auch langfristig in der Region zu halten.

Saldo der Wanderungen zum Berufseinstieg

Aussagekraft des Indikators

Eine zweite Welle der lebensphasenbedingten Wanderung ist ab dem Alter von 25 Jahren zu erwarten, wenn Absolvent_innen den Ort ihrer Ausbildung oder ihres Studiums wieder verlassen, um sich auf die Suche nach lukrativen Beschäftigungsmöglichkeiten zu machen. Die sogenannte Berufseinstiegswanderung wird als Wanderungssaldo der 25- bis unter 30-Jährigen je 1.000 Einwohner_innen der jeweiligen Altersklasse dargestellt. Diese Gruppe ist aus regionalwirtschaftlicher Sicht von besonderem Interesse, da in den meisten Regionen ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften herrscht. Ökonomische Beweggründe und die Verfügbarkeit lukrativer Stellen spielen bei dieser Art der Migration die wohl entscheidendste Rolle, aber auch die Lebensqualität und das Kulturangebot sind für die Wohnstandortwahl von Bedeutung (Niedomysl/Hansen 2010). Ähnlich wie die Gruppe der Bildungswandernden sind Berufseinstiegswandernde hochmobil, aufgrund der Unterschiedlichkeit individueller Lebensläufe kann aber eine gewisse Überschneidung mit sowohl Bildungs- als auch Familienwandernden nicht ausgeschlossen werden. Auch die potenzielle Überschneidung mit zum Teil staatlich gesteuerter Fluchtmigration dürfte nicht ganz unerheblich sein.

Interpretation

Auch bei der Berufseinstiegswanderung zeigt sich ein räumliches Muster mit zum Teil großen Disparitäten (siehe Abbildung 57). Dieses ist allerdings etwas weniger stark ausgeprägt als bei der Bildungswanderung. Die Spannweite reicht von 387,3 Nettofortzügen je 1.000 Einwohner_innen der Altersgruppe in Marburg bis zu 680,6 Nettozuzügen in Nieste im Landkreis Kassel. Letztere Gemeinde kann aber aufgrund ihrer geringen Bevölkerungsgröße als Ausreißer betrachtet werden. Auffällig ist ein deutlicher Fokus der Migration auf wirtschaftlich starke Regionen. Nahezu das gesamte Rhein-Main-Gebiet ist durch signifikante Wanderungsgewinne von Berufseinsteiger_innen gekennzeichnet, aber auch die durch die boomende Logistikindustrie geprägte Region um Bad Hersfeld in Nordhessen sowie das Kasseler Umland konnten von der Berufseinstiegswanderung profitieren.

Die Anziehungskraft von Groß- und Universitätsstädten auf Berufseinstiegswandernde ist weniger stark ausgeprägt als bei den Bildungswandernden. Insbesondere mittelgroße Universitätsstädte (neben Marburg auch Gießen mit einer Nettomigrationsrate von –188,4) verzeichneten sogar große Wanderungsverluste. Neben den sich teilweise mit der Familienwanderung überschneidenden standörtlichen Präferenzen der Berufseinsteiger_innen äußert sich hier auch die mangelnde Kapazität der Mittelstädte, allen Absolvent_innen lukrative Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Dennoch können Universitäten als wichtiger Faktor zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur einer Region angesehen werden. Wichtig ist jedoch, dass das Studienangebot eine gewisse Schnittmenge mit dem Arbeitskräftebedarf der ansässigen Unternehmen hat. Nur so kann vermieden werden, dass ein Großteil der Absolvent_innen die Region nach Beendigung des Studiums wieder in Richtung lukrativerer und besser zur jeweiligen Qualifikation passenden Beschäftigungsmöglichkeiten verlässt.

4

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Die Dimensionen der Ungleichheit des Berichts zeigen die Problemlagen, aber auch die vielen Stärken und positiven Entwicklungen für die Lebensverhältnisse und ihre Perspektiven in Hessen auf. So wird zum Beispiel der wirtschaftliche Vorsprung in Südhessen durch Kennziffern belegt, der allerdings nur einem Teil der Menschen zugutekommt. Die Armutsraten sind Ausdruck dieser Entwicklung, die Verteuerung insbesondere des Wohnens und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind kritische Folgeerscheinungen. Soziale Probleme führen zu einer zunehmenden Polarisierung der (Stadt-)Gesellschaft, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Das wohlhabende Umland der südhessischen Stadtregionen profitiert von der Nähe zu lukrativen Arbeitsmärkten, gerät durch zunehmendes Wachstum allerdings an infrastrukturelle Belastungsgrenzen mit negativen Folgeerscheinungen für Mensch und Umwelt. Aktuelle Wanderungsmuster lassen befürchten, dass sich diese Ungleichgewichte weiter verstärken werden. Struktur- und sozialpolitische Maßnahmen(pakete) sind im Kontext dieser Treiber der Ungleichheit, aber auch unter den Prämissen einer digitalen, gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Zukunft zu bewerten.

Die Überlastungserscheinungen von Infrastrukturen in den Ballungsgebieten bewirken Verlagerungen von Funktionen in das Stadtumland und darüber hinaus. Beispiele sind flächenintensive Gewerbe- und Industrieflächen für die Logistikbranche, die in anderen Landesteilen die verkehrsgeografische Gunstlage Hessens im Zentrum Deutschlands nutzt. Theoretisch kommt man von Bad Hersfeld aus in vier Stunden Fahrtdauer in alle Regionen Deutschlands. Die deutschlandweit zu beobachtende Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen an Verkehrsknotenpunkten von Autobahnen verstärkt allerdings bestehende Verkehrsprobleme. Der Pendelverkehr steigt in Anzahl und Distanz, die siedlungsstrukturelle Entwicklung verfestigt die Autoabhängigkeit im Individual- und Güterverkehr, eine wirksame Verkehrs- und Mobilitätswende ist so nicht zu erreichen. Die verkehrspolitische Situation Hessens hält somit besondere Herausforderungen bereit, die einer bundes- und landespolitischen Koordinierung über eine konsequent auf nachhaltige Mobilitätsoptionen ausgerichteten Verkehrswegeplanung bedürfen.

Die Perspektiven der nord- und mittelhessischen Landesteile dagegen sind geprägt von Herausforderungen und Chancen, für deren Bewältigung und Realisierung die Weichenstellungen der nächsten Jahre entscheidend sein dürften. Die Landesplanung Hessens gibt hierfür die Zielsetzungen vor: Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen zur politischen Kernaufgabe machen, die Entwicklung ländlicher Räume fördern, Raumordnung stärken, dezentrale Strukturen erhalten und ergänzen, digitale Infrastruktur flächendeckend gewährleisten sowie Mobilität und Anbindungen sichern. Damit wird deutlich Bezug genommen zu den Empfehlungen der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, deren Ergebnisse auch weiterführende Anknüpfungspunkte aus der Studie „Ungleiches Deutschland“ aus dem Jahr 2019 bietet. Diese sind unter den folgenden Überschriften in Fina et al. (2019: 69ff.) ausgeführt:

- Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ als Staatsziel im Grundgesetz verankern
- Monitoring/Berichterstattung verbessern
- Kommunale Ebene stärken
- Regionalpolitik und Raumordnung erneuern und stärken
- Erreichbarkeiten verbessern

Der Bericht zeigt mit seinen Kennziffern und ihrer zusammenfassenden Darstellung in der Disparitätenkarte auf, wo die Herausforderungen für diese Maßnahmen liegen und welche Chancen sich für die wirtschaftlich bisher weniger dynamisch entwickelnden Räume ergeben. Bisherige Trends deuten darauf hin, dass der demografische Wandel trotz zwischenzeitlicher Einwohnerstabilisierung in weiten Teilen Hessens weitergehen wird. Junge Menschen wandern im Ausbildungs- und Berufseinstiegsalter in großer Zahl in die Städte ab, Wanderungen im Familiengründungsalter führen die Menschen in der Mehrheit aus den Städten in die Umlandgemeinden der Pendlereinzugsbereiche. Die Einwohner_innen in den peripheren, eher ländlichen Räumen sind überdurchschnittlich alt, die Einwohnerzahl schrumpft. Es drohen finanzielle Engpässe für den Erhalt von Infrastrukturen, im fortgeschrittenen demografischen Wandel wird der Rückbau von Infrastrukturen unvermeidlich.

In diesem Teufelskreislauf aus finanziellen Engpässen, Anpassungsdruck und der Abwanderung von Menschen sind gezielte Investitionen in wirtschaftliche Perspektiven über kommunale Grenzen hinweg zu koordinieren, die um den Wert von Naturraumpotenzialen und den Sozialstrukturen vor Ort wissen. Wesentliche Eckpfeiler hierfür sind qualifiziertes Personal für Verwaltung und Planung, finanzielle Spielräume in den kommunalen Finanzen und nicht zuletzt Fachbetriebe für die Ausführung von Maßnahmen. Zu fördern sind teilräumliche

Konzepte und ihre Umsetzung z. B. im Hinblick auf Tourismus und Logistikbranche, ortsungebundene digitale Geschäftsmodelle, moderne und ökologisch orientierte Land- und Forstwirtschaft und ganz besonders kleine und mittelständische Unternehmen mit hohem Innovationspotenzial und identitätsstiftender Pionierkraft. Die Voraussetzungen hierfür sind anspruchsvoll: Sie erfordern ein gut eingespieltes Zusammenwirken der vertikalen (d. h. von der Bundes- bis zur Kommunalpolitik) und horizontalen Verwaltungsebenen (d. h. interkommunal und interregional) nicht nur zum Erhalt, sondern zwingend auch zur Modernisierung sozialer und technischer Infrastrukturen (Kinderbetreuung und Schulbildung, Gesundheitswesen und Pflege, digitale Infrastruktur und Netzwerke für digitale Geschäftsmodelle, öffentlicher Nahverkehr, eine Auswahl qualitätsvoller Einrichtungen für den täglichen Bedarf). Sie erfordern weiterhin eine Einbettung in die lokalen, aber zunehmend auch nationalen und internationalen Wettbewerbssituationen, zum Beispiel mit Strategien einer Diversifizierung regionaler Wirtschaftsmodelle und Kompetenzen. Dies erscheint insbesondere im Hinblick auf die Folgewirkungen der Corona-Krise eine auch von Raumordung und Planungswesen neu zu denkende Herausforderung.

Womit schlussendlich das beherrschende Thema, das zum Zeitpunkt der Anfertigung dieses Berichts Deutschland fest im Griff hat und einleitend thematisiert wurde, erneut aufgegriffen wird. Die disruptive Wirkung des Krisenschocks ist im Herbst und Winter 2020/21 noch nicht vollumfänglich bekannt, die Dauer und finanzielle Höhe von Hilfsmaßnahmen kaum einschätzbar. Klar ist jedoch, dass sich bei aller Gefahr für die Verfestigung disparitärer Entwicklungspfade Chancen für Weichenstellungen ergeben, die tunlichst ergriffen werden sollten. Die Digitalisierung weiter Lebensbereiche, angefangen von Bildung über Gesundheitswesen bis zum Homeoffice, ist dabei nur die offensichtlichste Entwicklung. Hinzu kommen (nachgelagerte) Chancen für die Reduzierung umweltbelastender Verkehrsströme, neue Wertschätzungen für nahräumlich integrierte Versorgungsangebote oder gemeinwohlorientierte Aspekte des Zusammenlebens und ihrer nachbarschaftlichen Organisation sowie staatlichen Unterstützung. Gleichzeitig sei deutlich auf die Gefahren hingewiesen, die sich bei andauernder Unsicherheit in Kombination mit einem beständig belastenden Anpassungsdruck auch sozialpsychologisch gesellschaftlich auswirken könnten. Die Nachwirkungen der Corona-Krise werden einen wirtschaftlichen Wiederaufbau erfordern, um dessen Ausgestaltung schon jetzt gerungen wird. Es besteht die unmittelbare Gefahr, dass im Wettbewerb um staatliche Investitionen und Fördermittel Zielsetzungen von nachhaltiger Entwicklung, Generationengerechtigkeit und europäischer Integration aus dem Blick geraten und sich stattdessen wirkmächtige Akteurskonstellationen durchsetzen, die mit veralteten Konzepten bestehende Disparitäten weiter ausbauen. Aus Sicht der Autor_innen dieses Berichts sind neue Programme und Strategien deshalb zweckgebunden für die Transformationsanforderungen der kommenden Jahre, z. B. im Hinblick auf Klimaanpassung, Energie- und Verkehrswende und selbstverständlich im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse, konsequent auszugestalten. Für dieses Ziel wurden in den Ausführungen zu den einzelnen Themenkomplexen und Kennziffern dieses Berichts entsprechende Vorschläge gemacht.

Anhang A
Dokumentation der Indikatoren

#	Name	Quelle	Zeitraum
Pandemie und Ungleichheit			
Abb. 1	Kurzarbeit	eigene Berechnung: Statistik der Bundesagentur für Arbeit	März/April 2020
Abb. 2	Krisenbetroffenheit	https://www.prognos.com/presse/news/detailansicht/1931/7191bb33fdbdd1d3fdcf799f77ee0846/	2020
Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung			
Abb. 6	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen/Erwerbstätiger	INKAR: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Eurostat Regio Datenbank	2017
Abb. 7	Veränderung der Arbeitslosenquote	eigene Berechnung: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2015/2019
Abb. 8	Arbeitslosenquote	eigene Berechnung: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2019
Abb. 9	Beschäftigungsquote am Wohnort	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 10	Veränderung der Beschäftigungsquote	Bundesagentur für Arbeit	2014/2019
Abb. 11	Hoch qualifizierte Beschäftigte	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 12	Veränderung des Anteils hoch qualifizierter Beschäftigter	Bundesagentur für Arbeit	2014/2019
Abb. 13	SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Aggregat der drei ausgewählten Berufssparten	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 14	SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 15	SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Naturwissenschaften, Geografie, Informatik	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 16	SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 17	Pendelnde mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr	INKAR: Pendlermatrizen der Bundesagentur für Arbeit	2017
Abb. 18	Veränderung der Quote der Pendelnden	eigene Berechnung: INKAR: Pendlermatrizen der Bundesagentur für Arbeit	2007/2017
Lebens- und Bildungschancen			
Abb. 20	Veränderung der Beschäftigungsquote Frauen	Bundesagentur für Arbeit	2014/2019
Abb. 21	Beschäftigungsquote Frauen	Bundesagentur für Arbeit	2019
Abb. 22	Verdienstabstand	INKAR: Statistik der Bundesagentur für Arbeit	2017
Abb. 23	Betreuungsquote	INKAR: Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege	2017
Abb. 24	Veränderung der Kinderarmut	Bundesagentur für Arbeit	2015/2020
Abb. 25	Kinderarmut	Bundesagentur für Arbeit	2020
Abb. 26	Altersarmut	INKAR: Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	2017
Abb. 27	Schulabgänger_innen ohne Abschluss	INKAR: Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder	2017
Abb. 29	Erreichbarkeit Grundschulen	Hessisches Kultusministerium	2019/2020
Abb. 30	Erreichbarkeit weiterführende Schulen	Hessisches Kultusministerium	2019/2020
Abb. 31	Erreichbarkeit Gymnasien	Hessisches Kultusministerium	2019/2020

#	Name	Quelle	Zeitraum
Wohlstand und Gesundheit			
Abb. 32	Hausärztebesatz	INKAR: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Wer-zu-Wem-Verlag, http://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php	2017
Abb. 33	Veränderung des Hausärztebesatzes	INKAR: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Wer-zu-Wem-Verlag, http://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php	2013/2017
Abb. 34	Erreichbarkeit Hausärztin/Hausarzt	Landatlas: Thünen-Erreichbarkeitsmodell; Hausarztstandorte: wer-zu-wem.de Datensatz „Niedergelassene Ärzte in Deutschland"	2016
Abb. 35	Erreichbarkeit Supermärkte	INKAR: Nahversorgungsmodell des BBSR, Wer-zu-Wem-Verlag	2017
Abb. 36	Veränderung der Mietpreise je Quadratmeter	eigene Berechnung: Empirica Preisdatenbank	2012/2018
Abb. 37	Mietpreise für Wohnungen aller Baujahre je Quadratmeter	Empirica Preisdatenbank	2017/2018
Abb. 38	Erholungsfläche je Einwohner_in	INKAR: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Bundes und der Länder	2017
Abb. 39	Durchschnittliches Haushaltseinkommen je Einwohner_in	INKAR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder	2017
Abb. 40	Veränderung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens je Einwohner_in	eigene Berechnung: INKAR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder	2013/2017
Abb. 41	Veränderung des Medianentgeltes am Wohnort	Bundesagentur für Arbeit	2014/2019
Abb. 42	Medianentgelt am Wohnort	Bundesagentur für Arbeit	2019
Staatliches Handeln und Partizipation			
Abb. 43	Veränderung der Steuerkraft je Einwohner_in	eigene Berechnung: INKAR: Realsteuervergleich des Bundes und der Länder	2013/2017
Abb. 44	Gemeindliche Steuerkraft je Einwohner_in	INKAR: Realsteuervergleich des Bundes und der Länder	2017
Abb. 45	Flächeneffizienz	Destatis	2016-2018
Abb. 46	Flächenproduktivität	Regionalstatisitk Destatis	2017
Abb. 47	Nahversorgung Haltestellen	INKAR: Nahversorgungsmodell des BBSR, HaCon Ingenieurgesellschaft mbH	2017
Abb. 49	Veränderung der Wahlbeteiligung	eigene Berechnung: Regionalstatistik: Allgemeine Bundestagswahlstatistik	2013/2017
Abb. 50	Wahlbeteiligung	Regionalstatistik: Allgemeine Bundestagswahlstatistik	2017
Abb. 51	Mobilfunkverfügbarkeit LTE ≥ 6 Mbit/s	Breitbandatlas	2019
Abb. 52	Breitbandverfügbarkeit 1.000 Mbit/s	Breitbandatlas	2019
Abb. 53	Digitalisierung	Breitbandatlas	2019
Wanderungen			
Abb. 54	Binnenwanderungssaldo insgesamt (Zuzüge-Fortzüge)	eigene Berechnung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2013–2017
Abb. 55	Saldo Familienwanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	eigene Berechnung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2013–2017
Abb. 56	Saldo Bildungswanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	eigene Berechnung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2013–2017
Abb. 57	Saldo Berufseinstiegswanderungen (Zuzüge-Fortzüge)	eigene Berechnung: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2013–2017

Anhang B
Wertebereiche der Indikatoren

Indikator	Jahr	Wertebereich von … bis
Gemeindeebene		
Arbeitslosenquote	2019	1,5 % (Friedewald) bis 10,6 % (Wetzlar)
Beschäftigungsquote am Wohnort	2019	46,8 % (Gießen) bis 74,0 % (Kirchheim)
Hoch qualifiziert Beschäftigte	2019	1,9 % (Münchhausen am Christenberg) bis 46,6 % (Kronberg im Taunus)
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Aggregat der drei ausgewählten Berufssparten	2019	0,3 % (Antrifttal) bis 84,5 % (Eschborn)
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung	2019	0 % (28 von 432 Gemeinden) bis 7,3 % (Eschborn)
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Naturwissenschaften, Geografie, Informatik	2019	0 % (11 von 432 Gemeinden) bis 26,8 % (Eschborn)
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort – Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung	2019	0,2 % (Frankenau) bis 50,4 % (Eschborn)
Pendelnde mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr	2017	4,5 % (Steffenberg) bis 38,8 % (Selters (Taunus))
Beschäftigungsquote Frauen	2019	43,4 % (Gießen) bis 71,1 % (Kirchheim)
Kinderarmut	2020	1,3 % (Grebenau) bis 26,4 % (Bad Schwalbach)
Erreichbarkeit Grundschulen	2019/2020	0,2 Minuten (Ahnatal) bis 11,8 Minuten (Heidenrod)
Erreichbarkeit weiterführende Schulen	2019/2020	0,4 Minuten (Wolfhagen) bis 28,9 Minuten (Neckarsteinach)
Erreichbarkeit Gymnasien	2019/2020	0,2 Minuten (Rodgau) bis 34,2 Minuten (Neckarsteinach)
Erreichbarkeit von Hausärztin/Hausarzt	2016	1,7 Minuten (Heuchelheim) bis 11,1 Minuten (Mossautal)
Erreichbarkeit Supermärkte	2017	0 % (13 von 432 Gemeinden) bis 100 % (11 von 432 Gemeinden)
Mietpreis für Wohnungen aller Baujahre je Quadratmeter	2017/2018	2,72 EUR (Oberzent, Stadt) bis 13,43 EUR (Frankfurt am Main)
Erholungsfläche je Einwohner_in	2017	7,4 m^2 (Kiedrich) bis 253 m^2 (Waldeck)
Medianentgelt am Wohnort	2019	2.751 EUR (Willingen (Upland)) bis 5.009 EUR (Bad Soden am Taunus)
Gemeindliche Steuerkraft je Einwohner_in	2017	–505 EUR (Philippsthal (Werra)) bis 5.810 EUR (Eschborn)
Flächeneffizienz	2016–2018	–197 m^2 (Nüsttal) bis 359 m^2 (Schwalmtal, Hess)
Nahversorgung Haltestellen	2017	22 % (Ottrau) bis 100 % (199 von 432 Gemeinden)
Wahlbeteiligung	2017	67,5 % (Raunheim) bis 86,5 % (Wehrheim)
Mobilfunkverfügbarkeit LTE ≥ 6 Mbit/s	2019	0 % der Haushalte (Weißenborn bei Eschwege) bis 100 % der Haushalte (103 von 432 Gemeinden)
Breitbandverfügbarkeit	2019	0 % der Haushalte (55 von 432 Gemeinden) bis 100 % der Haushalte (Walluf und Eichenzell)
Digitalisierung	2019	0 % der Haushalte (Michelbuch, gem. fr. Geb.) bis 100 % der Haushalte (9 von 432 Gemeinden)
Binnenwanderungssaldo insgesamt	2013–2017	–60 je 1.000 Einwohner_innen (Kirchheim) bis 240 je 1.000 Einwohner_innen (Schwarzenborn, Knüll)

Indikator	Jahr	Wertebereich von … bis
Saldo Familienwanderungen	2013–2017	–70 je 1.000 Einwohner_innen (Altersgruppe) (Kirchheim) bis 203 je 1.000 Einwohner_innen (Altersgruppe) (Kelsterbach)
Saldo Bildungswanderungen	2013–2017	–370 je 1.000 Einwohner_innen (Altersgruppe) (Mossautal) bis 875 je 1.000 Einwohner_innen (Altersgruppe) (Gießen)
Saldo Berufseinstiegswanderungen	2013–2017	–387 je 1.000 Einwohner_innen (Altersgruppe) (Marburg) bis 681 je 1.000 Einwohner_innen (Altersgruppe) (Nieste)

Kreisebene

Kurzarbeit März/April	2020	4,2 % (Main-Kinzig-Kreis) bis 41,2 % (Waldeck-Frankenberg)
Krisenbetroffenheit	2020	12,0 % (Frankfurt am Main) bis 38,4 % (Landkreis Kassel)
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem/Erwerbstätiger	2017	59.922 EUR (Werra-Meißner-Kreis) bis 101.190 EUR (Main-Taunus-Kreis)
Verdienstabstand	2017	71,7 % (Landkreis Kassel) bis 90,4 % (Rheingau-Taunus-Kreis)
Betreuungsquote	2017	20,1 % (Groß-Gerau) bis 37,9 % (Frankfurt am Main)
Altersarmut	2017	2,1 % (Landkreis Kassel) bis 8,9 % (Offenbach am Main, Stadt)
Schulabgänger_innen ohne Abschluss	2017	2,9 % (Darmstadt) bis 7,0 % (Kassel, Stadt)
Hausärztebesatz (hausärztlich tätige Allgemeinärzt_innen inkl. Angestellte je 10.000 Einwohner_innen)	2017	39,3 (Odenwaldkreis und Landkreis Kassel) bis 103,6 (Kassel, Stadt)
Durchschnittliches Haushaltseinkommen je Einwohner_in	2017	1.490 EUR (Offenbach am Main, Stadt) bis 2.813 EUR (Hochtaunuskreis)
Flächenproduktivität	2017	51 EUR (Main-Kinzig-Kreis) bis 352 EUR (Offenbach am Main, Stadt)

Anhang C
Methodische Erläuterungen zur Hauptkomponenten- und Clusteranalyse

Die Zusammenführung der einzelnen hessischen Gemeinden zu Clustern mit ähnlichen lokalen Bedingungen in den unterschiedlichen Dimensionen der Ungleichheit erfolgt in drei Schritten. Im ersten Schritt werden alle verwendeten Indikatoren mittels z-Transformation standardisiert, um die unterschiedlich skalierten Variablen (etwa Prozentwerte oder durchschnittliche Beträge in Euro) vergleichbar zu machen.

In einem zweiten Schritt werden die zehn bzw. zwölf Einzelindikatoren dann mittels Hauptkomponentenanalyse in wenige unkorrelierte „Supervariablen", sogenannte Hauptkomponenten, überführt. Diese Reduktion erfolgt über Linearkombinationen, aus denen die Hauptkomponenten resultieren. Die erste Hauptkomponente entsteht durch Minimierung der Summe der quadrierten Abweichungen aller Variablen. Es soll also ähnlich wie bei einer Regressionsgeraden ein Maximum an Gesamtvarianz durch nur eine Linearkombination erklärt werden. Die zweite Komponente soll dann wieder so viel Restvarianz wie möglich aufklären. Dieses Verfahren wird so lange fortgeführt, bis theoretisch die Gesamtvarianz aller Indikatoren durch die Hauptkomponenten erklärt ist.

Im Anschluss an die Hauptkomponentenanalyse erfolgt in einem dritten Schritt die eigentliche Clusteranalyse, für die nur diejenigen Hauptkomponenten verwendet werden, die für sich gesehen einen möglichst großen Teil, insgesamt aber mehr als 90 Prozent der Gesamtvarianz erklären (vgl. Tabelle A-1). Im Fall der ersten Variante mit zwölf Indikatoren sind dies sieben Hauptkomponenten, im Fall der zweiten Variante

Tabelle A-1
Hauptkomponenten

Variante 1					Variante 2				
Komponente	**Eigenwert**	**Differenz**	**Anteil erklärter Varianz**	**kumulativ**	**Komponente**	**Eigenwert**	**Differenz**	**Anteil erklärter Varianz**	**kumulativ**
1	4,064	1,359	0,338	0,337	1	3,593	0,887	0,359	0,359
2	2,705	1,520	0,225	0,564	2	2,706	1,841	0,271	0,630
3	1,184	0,229	0,099	0,663	3	0,865	0,062	0,087	0,716
4	0,955	0,172	0,079	0,742	4	0,803	0,091	0,080	0,797
5	0,783	0,093	0,065	0,808	5	0,713	0,249	0,071	0,868
6	0,690	0,195	0,058	0,865	6	0,463	0,151	0,046	0,914
7	0,494	0,182	0,041	0,906	7	0,312	0,063	0,031	0,946
8	0,312	0,048	0,026	0,932	8	0,247	0,079	0,024	0,970
9	0,264	0,007	0,022	0,954	9	0,170	0,043	0,017	0,987
10	0,257	0,091	0,021	0,976	10	0,127		0,013	1
11	0,166	0,039	0,014	0,990					
12	0,126		0,011	1					

mit zehn Indikatoren sind dies sechs Hauptkomponenten. Bei der Clusteranalyse handelt es sich um ein hierarchisches Verfahren nach der Ward-Methode. Dabei werden schrittweise diejenigen Beobachtungen bzw. Cluster fusioniert, die zusammengenommen den kleinsten Zuwachs der totalen Varianz bewirken. Es ist dabei die freie Entscheidung der Forschenden, an welcher Stelle dieser Prozess gestoppt wird und zu wie vielen Clustern die Beobachtungen im Endergebnis zusammengeführt werden. Eine gute Richtlinie, um die optimale Anzahl an Clustern zu bestimmen, bietet die Pseudo-F-Statistik nach Calinski und Harabasz (1974). Je größer der Index, desto größer ist die Gesamtvarianz zwischen den Clustern (vgl. Tabelle A-2). Im Fall der ersten Variante liegt der aus statistischer Sicht optimale Punkt für die Trennung bei zwei Clustern, aber auch eine Drei- bzw. Vier-Cluster-Lösung scheint sinnvoll. Um eine aussagekräftigere Differenzierung zu erhalten, wurde die Clusteranalyse schlussendlich bei vier Clustern gestoppt. In Variante 2 liegt der statistisch optimale Punkt der Trennung relativ eindeutig bei drei Clustern, weshalb die Entscheidung letztendlich auf diese Lösung fiel.

Tabelle A-2
Calinski-Harabasz-Index der hierarchischen Clusteranalysen

Anzahl Cluster		**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**
Variante 1	Calinski/Harabsz pseudo-F	99.77	94.08	84.97	76.10	70.64	67.44	65.64	63.92	62.27
Variante 2	Calinski/Harabsz pseudo-F	104.73	122.00	104.53	97.69	93.93	89.92	87.29	83.78	80.34

Anhang D
Kartografische Umsetzung und Lesehilfe

Die großformatigen A4-Karten des vorliegenden Berichts folgen einer Farblogik, die sich auf die Einheiten der dargestellten Indikatorwerte bezieht. Folgende Farbverläufe werden unterschieden:

- gelb-rot: Prozentwerte
- gelb-grün: fiskalisch (Euro-Werte)
- gelb-blau: verschiedene Zeiteinheiten
- blau-rot: Binnenwanderungen in Einwohner_innen
- Zeitreihenentwicklung: immer blau-grau-rot

Zudem ermöglichen Diagramme unter den großformatigen Karten einen Vergleich von Indikatorausprägungen mit den Mittelwerten des Gebietstyps, dem eine Stadt oder eine Gemeinde zugeordnet ist. Die Gebietstypen nutzen die Definition der Stadt- und Gemeindetypen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Die Definition stammt aus dem Jahre 2003 und wird auf den Gebietsstand 2017 der Stadt- und Gemeindegrenzen angewandt, der vom Bundesamt für Kartografie und Geodäsie herausgegeben wird. Sinn und Zweck dieses Vergleichs ist die Erfassung von Abweichungen einzelner Lagen vom Mittelwert des Raumtyps – einem mitunter wertvollen methodischen Ansatz zur Ermittlung geografischer Besonderheiten in der Raumanalyse. „Kriterien sind die Größe der Gemeinde (Bevölkerungszahl) und ihre zentralörtliche Funktion. Hat eine Gemeinde innerhalb eines Gemeindeverbandes oder die Einheitsgemeinde selbst mindestens 5.000 Einwohner oder mindestens grundzentrale Funktion, dann wird diese als Stadt bezeichnet. Trifft eine dieser Bedingungen auf den Gemeindeverband bzw. die Einheitsgemeinde nicht zu, dann handelt es sich um eine Landgemeinde. Von den rund 4.500 Einheiten [in Deutschland] sind rund 1.700 Landgemeinden und 2.800 Städte.

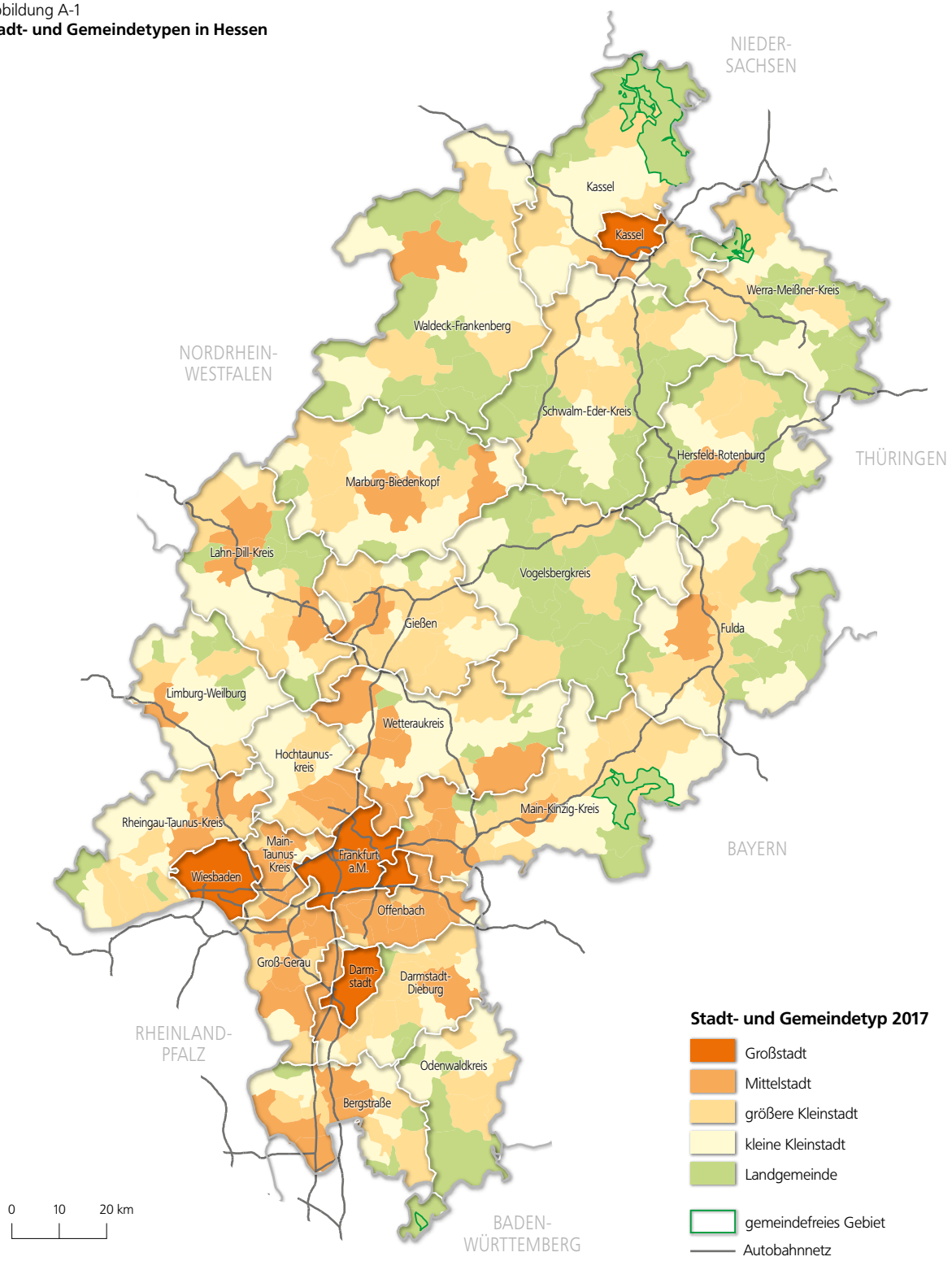
Die Gruppe der Städte wird des Weiteren wie folgt unterschieden:

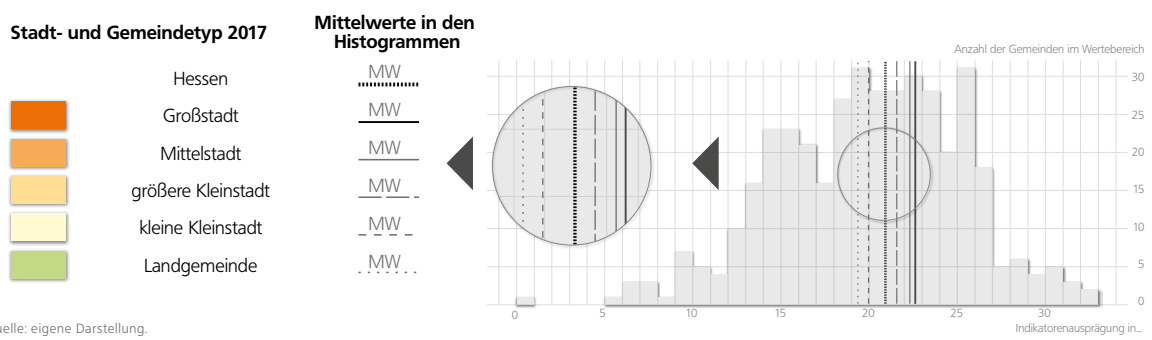
Großstadt: Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde mit mindestens 100.000 Einwohnern; diese Städte haben meist oberzentrale Funktion, mindestens jedoch mittelzentrale. Die Gruppe der Großstädte kann unterschieden werden in 15 große Großstädte mit mind. 500.000 Einwohnern und kleinere Großstädte mit weniger als 500.000 Einwohnern.

Mittelstadt: Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern; überwiegend haben diese Städte mittelzentrale Funktion. Die Gruppe der Mittelstädte kann unterschieden werden in Große Mittelstadt mit mind. 50.000 Einwohnern in der Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde, Kleine Mittelstadt mit weniger als 50.000 Einwohnern.

Kleinstadt: Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Funktion. Die Gruppe der Kleinstädte kann unterschieden werden in Größere Kleinstadt mit mind. 10.000 Einwohnern in der Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder Einheitsgemeinde, Kleine Kleinstadt mit weniger als 10.000 Einwohnern." (BBSR 2020c)

Abbildung A-1
Stadt- und Gemeindetypen in Hessen





Quelle: eigene Darstellung.
Datengrundlage: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; GeoBasis-DE/BKG 2020.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

4 Abbildung 1
Kurzarbeit März/April 2020

5 Abbildung 2
Krisenbetroffenheit 2020

7 Abbildung 3
Disparitätenkarte Deutschland 2019

9 Abbildung 4
Disparitätenkarte Hessen

14 Abbildung 5
Variante der Disparitätenkarte Hessen mit drei Raumtypen

16 Abbildung 6
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen/Erwerbstätiger 2017

17 Abbildung 7
Veränderung der Arbeitslosenquote 2015–2019

18 Abbildung 8
Arbeitslosenquote 2019

19 Abbildung 9
Beschäftigungsquote am Wohnort 2019

19 Abbildung 10
Veränderung der Beschäftigungsquote 2014–2019

20 Abbildung 11
Hoch qualifiziert Beschäftigte 2019

21 Abbildung 12
Veränderung des Anteils hoch qualifiziert Beschäftigter 2014–2019

22 Abbildung 13
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Aggregat der drei ausgewählten Berufssparten

22 Abbildung 14
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Geisteswissenschaften, Kultur, Gestaltung

23 Abbildung 15
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Naturwissenschaften, Geografie, Informatik

23 Abbildung 16
SV-Beschäftigte in wissensintensiven Berufen am Arbeitsort 2019 – Unternehmensorganisation, Recht und Verwaltung

24 Abbildung 17
Pendelnde mit einem Arbeitsweg von 50 km und mehr 2017

25 Abbildung 18
Veränderung der Quote der Pendelnden 2007–2017

25 Abbildung 19
Entwicklung der Pendelzeiten nach Qualifikation in Hessen 2002–2017

26 Abbildung 20
Veränderung der Beschäftigungsquote Frauen 2014–2019

27 Abbildung 21
Beschäftigungsquote Frauen 2019

28 Abbildung 22
Verdienstabstand 2017

29 Abbildung 23
Betreuungsquote 2017

30 Abbildung 24
Veränderung der Kinderarmut 2015–2020

31 Abbildung 25
Kinderarmut 2020

32 Abbildung 26
Altersarmut 2017

34 Abbildung 27
Schulabgänger_innen ohne Abschluss 2017

34 Abbildung 28
Besuchte Schulart von Schüler_innen im Alter ab 15 Jahren 2016 nach höchstem beruflichem Abschluss der Eltern

35 Abbildung 29
Erreichbarkeit Grundschulen 2019/2020

36 Abbildung 30
Erreichbarkeit weiterführende Schulen 2019/2020

36 Abbildung 31
Erreichbarkeit Gymnasien 2019/2020

38 Abbildung 32
Hausärztebesatz 2017

38 Abbildung 33
Veränderung des Hausärztebesatzes 2013–2017

40 Abbildung 34
Erreichbarkeit Hausärztin/Hausarzt 2016

41 Abbildung 35
Ereichbarkeit Supermärkte 2017

42 Abbildung 36
Veränderung der Mietpreise je Quadratmeter 2012–2018

43 Abbildung 37
Mietpreise für Wohnungen aller Baujahre je Quadratmeter 2018

45 Abbildung 38
Erholungsfläche je Einwohner_in 2017

46 Abbildung 39
Durchschnittliches Haushaltseinkommen je Einwohner_in 2017

46 Abbildung 40
Veränderung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens

47 Abbildung 41
Medianentgelt am Wohnort 2019

48 Abbildung 42
Veränderung des Medianentgeltes am Wohnort 2014–2019

49 Abbildung 43
Gemeindliche Steuerkraft je Einwohner_in 2017

50 Abbildung 44
Veränderung der Steuerkraft je Einwohner_in 2013–2017

51 Abbildung 45
Flächeneffizienz 2016–2018

51 Abbildung 46
Flächenproduktivität 2017

52 Abbildung 47
Nahversorgung Haltestellen 2017

53 Abbildung 48
Kreislauf der Strukturanpassungen bei wachsendem Pkw-Besitz

54 Abbildung 49
Wahlbeteiligung 2017

55 Abbildung 50
Veränderung der Wahlbeteiligung 2013–2017

56 Abbildung 51
Mobilfunkverfügbarkeit LTE ≥ 6 Mbit/s 2019

56 Abbildung 52
Breitbandverfügbarkeit 1.000 Mbit/s 2019

57 Abbildung 53
Digitalisierung 2019

59 Abbildung 54
Binnenwanderungssaldo insgesamt (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017

61 Abbildung 55
Saldo Familienwanderungen (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017

62 Abbildung 56
Saldo Bildungswanderungen (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017

63 Abbildung 57
Saldo Berufseinstiegswanderungen (Zuzüge-Fortzüge) 2013–2017

73 Abbildung A-1
Stadt- und Gemeindetypen in Hessen

11 Tabelle 1
Beschreibung der Raumtypen

12 Tabelle 2
Bandbreiten in den Raumtypen

13 Tabelle 3
Beschreibung der Raumtypen der Variante

70 Tabelle A-1
Hauptkomponenten

71 Tabelle A-2
Calinski-Harabasz-Index der hierarchischen Clusteranalysen

Literaturverzeichnis

Anger, Christina; Plünnecke, Axel 2020: INSM-Bildungsmonitor 2020: Wo stehen die Bundesländer beim Bildungscheck?, Institut der Deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, https://www.nationalesmintforum.de/fileadmin/medienablage/content/themen/aktuelles/2018/aktuelle-studien/2020/Bildungsmonitor_Schwerpunkt_2020_IW.pdf (13.10.2020).

Articus, Stephan; Deubel, Ingolf; Junkerheinrich, Martin; Landsberg, Gerd; Rosenfeld, Martin T.W.; Thöne, Michael 2010: Kommunen in der Krise, in: Wirtschaftsdienst 90 (5), S. 283–308.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: Bildung in Deutschland 2020, Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, https://www.bildungsbericht.de/static_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf (14.10.2020).

Boettcher, Florian; Freier, Ronny; Geißler, René; Schubert, Moritz; Stollhoff; Rainer 2019: Kommunaler Finanzreport 2019, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Böhnke, Petra 2011: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation, in: Aus Politik du Zeitgeschichte (1-2), S. 18–24.

Börsch-Supan, Axel 2020: Empfehlungen für eine nachhaltige und solide Rentenpolitik: Anlässlich des Berichts der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag" vom 27. März 2020, Munich Center for the Economics of Aging, https://www.mpisoc.mpg.de/fileadmin/user_upload/MEA/Redaktion/PDFs/Empfehlungen_zur_ReKo_ABS_27032020.pdf (13.10.2020).

Borucki, Isabelle; Michels, Dennis; Marschall, Stefan 2020: Die Zukunft digitalisierter Demokratie: Perspektiven für die Forschung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2), S. 359–378.

Brand, Karl-Werner 2020: Nachhaltigkeitsperspektiven in der (Post-) Corona Welt, in: Soziologie und Nachhaltigkeit, Sonderband II: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise, S. 8–20.

Buch, Tanja; Hamann, Silke; Niebuhr, Annekatrin; Rossen, Anja 2014: What Makes Cities Attractive? The Determinants of Urban Labour Migration in Germany, in: Urban Studies 51 (9), S. 1.960–1.978. DOI: 10.1177/0042098013499796.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2018: Handlungsziele für Stadtgrün und deren empirische Evidenz: Indikatoren, Kenn- und Orientierungswerte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn (Sonderveröffentlichung), https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2018/handlungsziele-stadtgruen-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (11.6.2020).

Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung 2020a: Mobilikon: Das Nachschlagewerk rund um das Thema Mobilität vor Ort, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), https://stage-bbsr.gbg.msg.team/ (Testzugang zur Demoversion vom 11.10.2020) (24.10.2020).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2020b: INKAR-Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn, https://www.inkar.de/ (22.10.2020).

Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung 2020c: Laufende Stadtbeobachtung: Raumabgrenzungen: Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung, Bonn, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html (25.10.2020).

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) 2019: Unser Plan für Deutschland: Gleichwertige Lebensverhältnisse überall: Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse", Berlin.

Buslei, Hermann; Geyer, Johannes; Haan, Peter; Harnisch, Michelle 2019: Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung deutet auf hohe verdeckte Altersarmut, in: DIW-Wochenbericht 86 (49), S. 909–917.

Cable.co.uk 2020: Worldwide Broadband Speed League 2020, https://www.cable.co.uk/broadband/speed/worldwide-speed-league/#highlights (24.10.2020).

Calinski, Tadeusz; Harabasz, Joachim 1974: A Dendrite Method for Cluster Analysis, in: Communications in Statistics: Theory and Methods 3 (1), S. 1–27. DOI: 10.1080/03610927408827101.

Dannenberg, Peter; Dederichs, Sebastian 2019: Online-Lebensmittelhandel in ländlichen Räumen, in: RaumPlanung 202 (3/4), S. 16–22.

Dauth, Wolfgang; Haller, Peter 2018: Klarer Trend zu längeren Pendeldistanzen, in: IAB Kurzbericht 10, S. 1–12.

Deutsche Bundesregierung 2017: Lebenslagen in Deutschland: Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Kurzfassung, Berlin.

Die Bundesregierung 2018: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Aktualisierung 2018, Berlin, https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf?download=1 (23.10.2020).

Faggian, Alessandra; McCann, Philip 2009: Universities, Agglomerations and Graduate Human Capital Mobility, in: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 100 (2), S. 210–223. DOI: 10.1111/J.1467-9663.2009.00530.X.

Fina, Stefan; Osterhage, Frank; Rönsch, Jutta; Rusche, Karsten; Siedentop, Stefan; Zimmer-Hegmann, Ralf; Danielzyk, Rainer 2019: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019: Karten, Indikatoren und wissenschaftliche Handlungsempfehlungen, unter Mitarbeit von Christian Gerten, Pamela Sanwald, Julian Schmitz, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, http://library.fes.de/pdf-files/fes/15889.pdf (23.11.2020).

Fina, Stefan; Henger, Ralph; Siedentop, Stefan 2020: Erfolgreiche Wege für mehr Wohnungsbau: Eine Analyse der Mobilisierung von Baulandpotenzialen in NRW, in: IW-Report 41 (2020), Köln.

Florida, Richard L. 2003: The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life, North Melbourne, Victoria, Australien.

Funcke, Antje; Menne, Sarah 2018: Kinderarmut überwinden: Kinder und Jugendliche ins Zentrum der Politik rücken, Policy Brief, Bertelsmann Stiftung, Bielefeld.

Garnadt, Niklas; Schnitzer, Monika; Viete, Steffen 2020: Räumliche Flexibilisierung durch zunehmende Homeoffice-Nutzung, in: Wirtschaftsdienst 100 (9), S. 661–666.

Gatzweiler, Hans-Peter; Schlömer, Claus 2008: Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung (3/4), S. 245–259.

Geißler, René 2019: Kommunale Finanzen: Hessens Kommunen haben die höchsten Steuereinnahmen, Pressemitteilung Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Kommunale_Finanzen/PMs_neu/hessenPressemitteilung.pdf (15.10.2020).

Geis-Thöne, Wido 2020: Kinderbetreuung: Über 340.000 Plätze für unter Dreijährige fehlen, IW Kurzbericht 96 (2020), Köln, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/IW-Kurzbericht_2020-_Kinderbetreuung.pdf (11.10.2020).

Götz, Irene (Hrsg.) 2019: Kein Ruhestand: Wie Frauen mit Altersarmut umgehen, München.

Grabka, Markus M.; Goebel, Jan; Liebig, Stefan 2019: Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen, in: DIW Wochenbericht (19), S. 343–353.

Grözinger, Gerd 2018: Regionale Arbeitslosigkeit: Falsche Eindrücke von Stadt-Land-Differenzen, in: Wirtschaftsdienst 98 (1), S. 68–70. DOI: 10.1007/s10273-018-2243-5.

Haan, Peter; Stichnoth, Holger; Blömer, Maximilian; Buslei, Hermann; Geyer, Johannes; Krolage, Carla; Müller, Kai-Uwe 2017: Entwicklung der Altersarmut bis 2036: Trends, Risikogruppen und Politikszenarien, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Haller, Peter; Heuermann, Daniel F. 2020: Opportunities and Competition in Thick Labor Markets: Evidence from Plant Closures, in: Journal of Regional Science 60 (2), S. 273–295. DOI: 10.1111/JORS.12460.

Heider, Bastian 2019: What Drives Urban Population Growth and Shrinkage in Postsocialist East Germany?, in: Growth and Change 50 (4), S. 1.460–1.486. DOI: 10.1111/GROW.12337.

Heider, Bastian; Stroms, Peter; Koch, Jannik; Siedentop, Stefan 2020: Where Do Immigrants Move in Germany? The Role of International Migration in Regional Disparities in Population Development, in: Population, Space and Place, DOI: 10.1002/PSP.2363.

Henger, Ralph M.; Voigtländer, Michael 2019: Ist der Wohnungsbau auf dem richtigen Weg? Aktuelle Ergebnisse des IW-Wohnungsbedarfsmodells, in: IW-Report 28 (2019), Köln.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen 2020: Landesentwicklungsplan Hessen 2020: Raumstruktur, Zentrale Orte und Großflächiger Einzelhandel, 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000, Entwurf für die Beteiligung nach § 9 ROG in Verbindung mit § 4 HLPG, Wiesbaden, https://landesplanung.hessen.de/sites/landesplanung.hessen.de/files/191213_A_LEP_4_Aenderung_Plantext_barr.pdf (7.10.2020).

Hirschle, Michaela; Schürt, Alexander 2008: Suburbanisierung und kein Ende in Sicht? Intraregionale Wanderungen und Wohnungsmärkte, in: Informationen zur Raumentwicklung (3/4), S. 211–227.

Hövermann, Andreas 2020: Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona-Auswirkungen für Erwerbstätige: Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020, WSI Policy Brief Nr. 44, 06 (2020), Düsseldorf.

INRIX 2019: Berlin ist Deutschlands Stauhauptstadt, https://inrix.com/press-releases/scorecard-2018-de/ (9.10.2020).

Iskan, Stefan (Hrsg.) 2020: Corona in Deutschland: Die Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Stuttgart.

IWAK (Hrsg.) 2019: Zukünftige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regionen bis 2024: Prognoseergebnisse und Strategieansätze, Frankfurt am Main.

Jessen, Johann; Siedentop, Stefan 2018: Reurbanisierung, in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raum- und Stadtentwicklung, Hannover, S. 2.073–2.084.

Kaduszkiewicz, Hanna; Teichert, Ute; van den Bussche, Hendrik 2018: Ärztemangel in der hausärztlichen Versorgung auf dem Lande und im Öffentlichen Gesundheitsdienst, in: Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz 61 (2), S. 187–194.

Kinderhilfswerk e.V., Deutsches 2018: Kinderreport Deutschland 2018: Rechte von Kindern in Deutschland, Berlin.

Kohlrausch, Bettina; Zucco, Aline 2020: Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt, WSI Policy Brief Nr. 40, 5 (2020), Düsseldorf.

Krause, Peter 2015: Einkommensungleichheit in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 95 (8), S. 572–574.

Kühn, Gerd 2011: Einzelhandel in den Kommunen und Nahversorgung in Mittel- sowie Großstädten, Difu-Paper, Berlin.

Kühnau, C.; Böhm, J.; Reinke, M.; Böhme, C.; Bunzel, A. 2016: Doppelte Innenentwicklung: Perspektiven für das urbane Grün: Empfehlungen für Kommunen, Bonn.

Lietzmann, Torsten; Wenzig, Claudia 2020: Materielle Unterversorgung von Kindern, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Materielle_Unterversorgung_von_Kindern_2020.pdf (12.10.2020).

Lübking, Uwe 2020: Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auf dem Lande, in: G&S Gesundheits- und Sozialpolitik 74 (2), S. 8–15. DOI: 10.5771/1611-5821-2020-2-8.

Mensing, Matthias 2019: Lebensmittel-Onlinehandel: Alternative zur zukünftigen Versorgung der Bevölkerung ländlicher Räume?, Dissertation am Lehr-und Forschungsgebiet Wirtschaftsgeographie der Dienstleistungen der RWTH Aachen University, Geographisches Institut, Aachen.

Milbert, Antonia; Sturm, Gabriele; Walther, Antja 2013: Auf der Suche nach dem guten Leben: Geschlechtstypische Wanderungen in Deutschland, BBSR-Analysen KOMPAKT (4), S. 1–20.

Niedomysl, Thomas; Hansen, Høgni Kalsø 2010: What Matters More for the Decision to Move: Jobs versus Amenities, in: Environment and Planning A 42 (7), S. 1.636–1.649. DOI: 10.1068/A42432.

Nobis, Claudia; Kuhnimhof, Tobias 2018: Mobilität in Deutschland: MiD: Ergebnisbericht, Bonn.

Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) 2018: Bildung auf einen Blick, Paris, https://www.bmbf.de/files/eag2018%20finale%20fassung%20mit%20links1.pdf (3.5.2019).

Prognos 2020: Wie wirkt der Lockdown auf Branchen und Regionen?, https://www.prognos.com/presse/news/detailansicht/1931/7191bb33fdbdd1d3fdcf799f77ee0846 (19.11.2020).

Randelhoff, Martin 2017: Stadt formt Mobilität formt Stadt, https://www.zukunft-mobilitaet.net/163387/analyse/mobilitaet-stadt-siedlungsstruktur-autogerechte-stadt-technikglaeubigkeit (25.10.2020).

Scherf, Wolfgang 2016: Der Ausgleichstarif im hessischen kommunalen Finanzausgleich: ein Vorbild für andere Länder?, in: Wirtschaftsdienst 96 (3), S. 2.016–2.211.

Siedentop, Stefan; Osterhage, Frank; Münter, Angelika 2020: „Abstimmen mit den Füßen": Migration und Wanderung als raum- und stadtgestaltende Prozesse, in: ILS-Journal (1), S. 1–2.

Statistisches Bundesamt 2020: Gender Pay Gap 2019: Frauen verdienten 20% weniger als Männer, Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 097, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_097_621.html;jsessionid=DFA586CA0EFCB3067D67EE121DF926C5.internet8731 (9.10.2020).

Stawarz, Nico; Rosenbaum-Feldbrügge, Matthias 2020: Binnenwanderung in Deutschland seit 1991: Aktuelle Analysen und Befunde, in: Bevölkerungsforschung Aktuell 41 (2), S. 3–7.

Steinwede, Jacob; Kaltenborn, Bruno; Knerr, Petra; Schiel, Stefan 2008: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Eine Bilanz, München; Mering.

Tophoven, Silke; Lietzmann, Torsten; Reiter, Sabrina; Wenzig, Claudia 2017: Armutsmuster in Kindheit und Jugend: Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Trapp, Mario; Hess, Steffen 2019: Digitale Dörfer, in: Neugbauer, Reimund (Hrsg.): Biologische Transformation, Wiesbaden, S. 371–387.

Volgmann, Kati; Münter, Angelika 2018: Specialization of and Complementarities Between (New) Knowledge Clusters in the Frankfurt/Rhine-Main Urban Region, in: Regional Studies, Regional Science 5 (1), S. 125–148. DOI: 10.1080/21681376.2018.1452630.

Wößmann, Ludger; Freundl, Vera; Grewenig, Elisabeth; Lergetporer, Philipp; Werner, Katharina; Zierow, Larissa 2020: Bildung in der Coronakrise: Wie haben die Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen?, in: ifo Schnelldienst 73 (9), S. 25–39.

Roßteutscher, Sigrid; Schäfer, Armin 2016: Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung, in: Politische Vierteljahresschrift 57 (3), S. 455–483.

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof (Hrsg.) 2019: Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017, Baden-Baden.

Umweltbundesamt (Hrsg.) 2016: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland: Aktualisierte Ausgabe 2016, Dessau-Roßlau, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbroschuere_umweltschaedliche-subventionen_bf.pdf (23.10.2020).

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) 2019: Hauptgutachten: Unsere gemeinsame digitale Zukunft, Berlin.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm 2019: Verlorene Mitte: Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39612&token=c976c48f6e98113e7e79e3f74a3cd4bc84880d4e (1.5.2019).

Impressum

ISBN:
978-3-96250-689-6

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Hessen
Marktstr. 10
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Severin Schmidt

Text und Redaktion:
ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH

Titelmotiv:
dpa – picture alliance/Boris Roessler

Gestaltung:
Stetzer Kommunikationsdesign, München

Lektorat:
Sönke Hallmann, Berlin

Druck:
Druckerei Brandt, Bonn

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen

Februar 2021

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Hessen

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden
Sie bei uns im Internet unter
www.fes.de